Umweltbewußtsein in Deutschland

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996

Eine Information des Bundesumweltministeriums

Herausgeber:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Referat " Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen " (Z II 1)
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Juli 1996

Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit, Förderkennzeichen 101 07 112/05

Umweltbewußtsein in Deutschland 1996

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Im Auftrag
des Umweltbundesamtes

Berlin 1996

Projektgruppe: GFM-GETAS, Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung mbH, Hamburg, Barbara L. von Harder

Institut für Soziologie der Universität Rostock, Prof. Dr. Peter Preisendörfer

Institut für Soziologie der Universität Bern, Prof. Dr. Andreas Diekmann

Autor dieses Berichts: Peter Preisendörfer

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
Ergebnisüberblick		
1.	**Konzeption und Durchführung der Untersuchung**	1
2.	**Umweltverhältnisse in Deutschland**	2
2.1	Globale Einschätzung der Umweltverhältnisse	2
2.2	Wahrgenommene Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes	5
2.3	Stellenwert des Umweltproblems im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Problemen	7
3.	**Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld**	9
3.1	Wahrgenommene Belästigungen im eigenen Wohnumfeld	9
3.2	Beurteilung der Umweltsituation in der Wohngegend	13
4.	**Ökologische Werthaltungen und Umweltbewußtsein**	14
4.1	Dimensionen ökologischer Werthaltungen	15
4.2	Umweltbewußtsein als Einstellung	18
5.	**Einstellungen und Verhalten im Bereich "Einkaufen/Konsum"**	21
5.1	Einstellungen zum Thema "Einkaufen/Konsum"	21
5.2	Ausgewählte Verhaltensaspekte im Bereich "Einkaufen/Konsum"	23
5.2.1	Orientierung an Kennzeichnungen umweltfreundlicher Produkte	24
5.2.2	Weitere Aspekte umweltorientierten Konsumverhaltens	27
6.	**Einstellungen und Verhalten im Bereich "Müll/Recycling"**	30
6.1	Einstellungen zum Thema "Müll/Recycling"	31
6.2	Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Müll/Recycling"	33
6.2.1	Möglichkeiten und Gelegenheiten für Recyclingaktivitäten	33
6.2.2	Beteiligung am Recycling	34
6.3	Beurteilung verschiedener Vorschläge zur Bekämpfung der Müllflut	38

		Seite
7.	**Einstellungen und Verhalten im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"**	39
7.1	Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt"	40
7.2	Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"	42
7.2.1	Heizungssysteme und Aspekte des Heizverhaltens	42
7.2.2	Wasserkosten und Wasserverbrauch	45
7.2.3	Weitere Aspekte energiesparenden Verhaltens	48
8.	**Einstellungen und Verhalten im Bereich "Auto/Verkehr"**	50
8.1	Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr"	50
8.2	Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Auto/Verkehr"	52
8.2.1	Verkehrsmittel im Haushalt	52
8.2.2	Autonutzung für Freizeit, Urlaub und Einkaufen	54
8.2.3	Der Weg zum Arbeitsplatz	56
8.3	Beurteilung verschiedener Vorschläge im Bereich "Auto/Verkehr"	61
9.	**Umweltwissen und Umweltengagement**	65
9.1	Umweltbezogenes Faktenwissen	65
9.2	Engagement für Belange des Umweltschutzes	70
10.	**Umweltpolitik: Akteure, gesetzliche Regelungen und Handlungsperspektiven**	75
10.1	Vertrauen in die Leistungsfähigkeit verschiedener Akteure	75
10.2	Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium	77
10.3	Umweltschutzgesetze und ihre Einhaltung	78
10.4	Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben	81
10.5	Ökologische Steuerreform und nachhaltige Entwicklung	84

ERGEBNISÜBERBLICK

1. Konzeption und Durchführung der Untersuchung

In dem Bericht werden die Basisergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Thema "Umweltbewußtsein in Deutschland" vorgestellt. Eine vertiefende Auswertung der Befragung bleibt einem späteren "analytischen Ergebnisbericht" vorbehalten. Empirische Datengrundlage sind 2.307 einstündige mündliche Interviews mit 1.095 Bürger/innen aus Westdeutschland und 1.212 Bürger/innen aus Ostdeutschland. Die Umfrage wurde im Januar/Februar 1996 durchgeführt. Sie knüpft an vier frühere Erhebungen über Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes und der Umweltpolitik an, so daß sich zum Teil der Zeittrend seit Beginn der 90er Jahre nachvollziehen läßt.

2. Umweltverhältnisse in Deutschland

2.1 Die allgemeine Einschätzung, ob die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland eher gut oder eher schlecht sind, hat sich im Zeitraum von 1991 bis 1996 erheblich geändert: Im Jahr 1991 waren nur 4% der ostdeutschen Befragten der Meinung, die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland seien gut oder sehr gut, im Jahr 1996 sind es 51%. Auch die westdeutschen Befragten schätzen die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland nun besser ein; das Urteil "gut bzw. sehr gut" stieg aber nur von 3% auf 12%. Weniger Bewegung ist bei der Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland zu konstatieren: Die Umweltverhältnisse in Westdeutschland werden von den Befragten im Westen und Osten nach wie vor besser beurteilt als die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland, der Blick vom Osten in den Westen ist jedoch tendenziell kritischer geworden.

2.2 Die Anteile der Befragten, die für die letzten fünf Jahre "große Fortschritte" in verschiedenen Aktionsfeldern des Umweltschutzes sehen, sind bereichsspezifisch unterschiedlich: So z.B. sehen 39% der Westdeutschen und 57% der Ostdeutschen große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer, 30% bzw. 38% große Fortschritte bei der Einsparung von Energie und 25% bzw. 51% große Fortschritte bei der

Sauberkeit der Luft. Der Bereich, in dem große Fortschritte am seltensten gesehen werden, ist der Klimaschutz.

2.3 In einem Spektrum von sieben gesellschaftspolitischen Problemfeldern werden politische Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes von den Befragten in Westdeutschland auf dem dritten Rang (hinter Arbeitslosigkeit und Kriminalität) und von den Befragten in Ostdeutschland auf dem vierten Rang (hinter Arbeitslosigkeit, Kriminalität und dem Erhalt des Sozialstaates) plaziert. Damit deutet sich an, daß im Vergleich zu Erhebungen Anfang der 90er Jahre der Umweltschutz in seinem Stellenwert zurückgegangen ist.

3. Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld

3.1 Vom Straßen- und Autoverkehr ausgehende Belästigungen bilden den Schwerpunkt wahrgenommener Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld. In Westdeutschland fühlen sich in ihrem eigenen Wohnumfeld 12% stark von Straßenverkehrslärm und 14% stark von Autoabgasen belästigt; die entsprechenden Prozentwerte in Ostdeutschland belaufen sich auf 22% und 19%. Bei der Belästigung durch Straßen- und Flugverkehrslärm deutet sich im Zeitverlauf ein gewisser Rückgang an.

3.2 Im Lichte ergänzender Charakterisierungen der Wohngegend zeigt sich durchgehend eine schlechtere "Umweltqualität" in Ostdeutschland. Trotz vorhandener Beeinträchtigungen der Umweltqualität in der Wohngegend führt dies aber nur in wenigen Fällen dazu, daß tatsächlich Unzufriedenheit artikuliert wird: Lediglich 6% der Befragten im Westen und 7% im Osten geben an, daß sie eher unzufrieden bzw. überhaupt nicht zufrieden mit der Umweltsituation in ihrer Wohngegend sind.

4. Ökologische Werthaltungen und Umweltbewußtsein

4.1 Ökologische Werthaltungen wurden auf den drei Dimensionen "Natur/Kreatur versus Mensch", "Ökologie versus Ökonomie" und "Mißtrauen in Wissenschaft und Technik" erfaßt. Dabei ergibt sich, daß in der Bevölkerung durchaus unterschiedliche Positionen vertreten werden und daß ökologische Wertüberzeugungen keineswegs all-

gemein durchgesetzt sind. So vertreten z.B. jeweils 27% der Befragten im Westen und Osten nach wie vor die Position, daß Wissenschaft und Technik viele Umweltprobleme lösen werden, ohne daß wir unsere Lebensweise ändern müssen. Vor allem mit Blick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen werden im Osten - im Vergleich zum Westen - ökonomische Belange stärker akzentuiert als ökologische Belange.

4.2 Das allgemeine Umweltbewußtsein (definiert als Einstellung) ist, was auch schon viele andere Studien belegt haben, zunächst einmal relativ hoch. Die Bevölkerung ist angesichts der Umweltprobleme in hohem Maße beunruhigt: So sind z.B. 64% im Westen und 67% im Osten der Meinung, daß wir - trotz wahrgenommener Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes - auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weiter machen wie bisher. Geht es jedoch um Verhaltensanforderungen an die eigene Person, wie etwa um eine Einschränkung des derzeitigen Lebensstandards oder um umweltbewußtes Verhalten trotz höherer Mühen und Kosten, sinken die Zustimmungsquoten deutlich ab. Während die Befragten ihr eigenes "Umweltverhalten" in einem recht positiven Licht sehen, wird das Verhalten "des größten Teils der Bevölkerung" sehr viel kritischer eingeschätzt.

5. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Einkaufen/Konsum"

5.1 Neben ökologischen Werthaltungen und dem allgemeinen Umweltbewußtsein wurden in der Befragung bereichsspezifische Einstellungen erhoben. Das im ersten Zugriff relativ stark ausgeprägte ökologische "Konsumbewußtsein" sinkt dann deutlich ab, wenn es um höhere Preise für umweltfreundliche Produkte geht. 37% der Befragten im Westen und 27% im Osten signalisieren die Bereitschaft, höhere Preise für Produkte zu zahlen, die weniger umweltbelastend sind. Insgesamt sind umweltorientierte Konsumeinstellungen im Westen stärker verbreitet als im Osten, bei Frauen stärker als bei Männern, bei jüngeren Befragten stärker als bei älteren Befragten und bei Personen mit höherer Schulbildung stärker als bei Personen mit niedrigerer Schulbildung.

5.2 Auf der Verhaltensebene sind die Ergebnisse unterschiedlich, je nachdem welches Verhalten konkret betrachtet wird. Dazu drei Beispiele: 51% der Befragten im

Westen und 30% im Osten geben an, daß sie beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel achten, wobei sich die Bereitschaft, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr Geld auszugeben, seit Anfang der 90er Jahre verringert hat. Daß sie Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte immer in Pfandflaschen kaufen, wird von 57% im Westen und 46% im Osten angegeben. 32% im Westen und 35% im Osten haben noch nie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Verpackungsmaterial im Geschäft zurückzulassen. Insgesamt sind es am ehesten die westdeutschen Frauen, die in ihrem Einkaufsverhalten Belange des Umweltschutzes verstärkt berücksichtigen. Es gibt Hinweise darauf, daß vor allem die jüngere Generation ihr Umweltbewußtsein kaum in ein umweltverträglicheres Einkaufsverhalten umsetzt.

6. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Müll/Recycling"

6.1 Abfall und Recycling sind ein Thema, das im Westen und mehr noch im Osten stark emotional besetzt ist. 49% der West- und 59% der Ostbefragten äußern die Befürchtung, daß "wir bald in dem von uns produzierten Müll ersticken werden". Die Bereitschaft, höhere Müllgebühren für die Abfallentsorgung zu zahlen, ist bei 22% im Westen und 15% im Osten vorhanden. Stärker ausgeprägt ist die Bereitschaft, in Zukunft weitere Müllarten getrennt zu sammeln.

6.2 Die Infrastruktur für das Recycling von Altpapier und Altglas bzw. für das Duale System ist - nach Angabe der Befragten - in Ostdeutschland inzwischen genauso gut ausgebaut wie in Westdeutschland. Ein West-Ost-Gefälle gibt es noch bei Sammelstellen für Sondermüll und bei der getrennten Abfuhr für Bio-Müll. Auf der Verhaltensebene hat sich das Recycling von Altpapier und Altglas im Westen und Osten fast vollständig durchgesetzt. Am seltensten werden in beiden Landesteilen noch immer Lebensmittelabfälle getrennt gesammelt. 21% der Befragten in Westdeutschland und 15% in Ostdeutschland geben an, sich nicht am Dualen System zu beteiligen. Die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten beteiligen sich im Westen und Osten seltener an der Mülltrennung.

6.3 Unter verschiedenen Vorschlägen zur Bewältigung der Müllflut finden lediglich mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten eine fast ungeteilte Zustim-

mung. 37% im Westen und 50% im Osten befürworten den Bau von mehr Müllverbrennungsanlagen, und 31% im Westen und 42% im Osten akzeptieren die Einrichtung von mehr Mülldeponien. Seit 1994 hat sich in beiden Landesteilen das Meinungsbild weg von Müllverbrennungsanlagen und hin zu Mülldeponien verschoben.

7. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"

7.1 Die Bereitschaft, in Zukunft den Energieverbrauch im eigenen Haushalt zu senken, ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. 53% der Befragten im Westen und 68% im Osten bekunden z.B. ihre Entschlossenheit, in Zukunft den Energieverbrauch in ihrem Haushalt (noch weiter) zu senken. Anders als im Einkaufs- und Konsumbereich, wo umweltfreundliche Produkte oftmals den Geldbeutel belasten, gehen im Energiebereich Ökologie und Ökonomie in der Regel Hand in Hand. Dies dürfte das im Durchschnitt höhere "Energiebewußtsein" der ostdeutschen Bevölkerung zum Teil erklären.

7.2 Die Heizkosten machen normalerweise den größten Anteil am "Energiebudget" privater Haushalte aus. Hier ist zunächst zu konstatieren, daß (nach den Daten der Umfrage) 21% der Haushalte im Osten - gegenüber nur 2% im Westen - noch immer ihre Wohnung hauptsächlich mit Holz- und Kohleöfen beheizen. Jenseits dieses Unterschiedes in der Infrastruktur bestehen im Umgang mit Heizenergie (Reduktion der Raumtemperatur über Nacht, Formen des Lüftens der Wohnung im Winter usw.) keine nennenswerten West-Ost-Unterschiede. Anders verhält es sich beim Wasserverbrauch, wo sich die Haushalte in Ostdeutschland stärker um eine Reduktion des Wasserverbrauchs bemühen. Als ein entscheidender Faktor, der die Bemühungen um Einsparen von Energie und Wasser beeinflußt, erweist sich erwartungsgemäß der Modus der Heiz- und Wasserkostenabrechnung. Ein Abrechnungsmodus genau nach Verbrauch führt dazu, daß sparsamer mit Energie und Wasser umgegangen wird. Die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten bemühen sich nicht häufiger, sondern seltener um eine Reduktion des Energie- und Wasserverbrauchs in ihrem Haushalt.

8. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Auto/Verkehr"

8.1 Der Eindruck vom "Auto als Buhmann der Umweltschützer" (Umweltschützer kritisieren viel zu einseitig immer nur die Autofahrer) besteht bei 51% der Befragten im Westen und 57% im Osten. Mit 48% bzw. 46% geht nur knapp die Hälfte der Bevölkerung im Westen und Osten davon aus, daß in Deutschland das Auto auf jeden Fall zu den wichtigsten Umweltsündern gehört.

8.2 Immerhin 23% der Befragten im Westen und 31% im Osten geben an, daß sie in ihrem Haushalt kein Auto haben. Fragt man weiter, ob ökologische Gründe für das Nichtvorhandensein eines Autos entscheidend seien, erweist sich, daß der Verzicht aufs Auto aus Umweltgründen noch immer eine Ausnahmeerscheinung ist. 51% der Befragten im Westen und 48% im Osten "haben ein Auto" in dem Sinne, daß sie regelmäßig frei über ein Auto verfügen können. Hinlänglich bekannt ist der Tatbestand, daß Frauen seltener ein Auto haben als Männer. Personen mit höherer Schulbildung verfügen häufiger über ein Auto als Personen mit geringerer Schulbildung. Altersmäßig ist es im Westen und Osten die Gruppe der über 60-Jährigen, die am seltensten über ein Auto verfügt. Das Auto ist das eindeutig dominierende Verkehrsmittel für Ausflüge am Wochenende, für die Fahrt in den Urlaub, für die Erledigung größerer Haushaltseinkäufe und für den Weg zum Arbeitsplatz. Speziell am Beispiel der Verkehrsmittelwahl zum Arbeitsplatz läßt sich belegen, daß der Rückgriff auf das Auto seit 1991 in Ostdeutschland deutlich zugenommen hat, daß auch in Westdeutschland eher ein Anstieg als ein Rückgang zu verzeichnen ist und daß die Ost-West-Angleichung wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Unabhängig von erheblichen Unterschieden in der "Zeitbilanz" bei Rückgriff auf verschiedene Verkehrsmittel geben die Befragten an, daß die Nutzung des Autos für den Weg zur Arbeit in hohem Maße "strukturell bedingt" sei. Dies in dem Sinne, daß die Autofahrer ihr Auto auch für Fahrten während der Arbeitszeit brauchen und daß es keine adäquaten Verbindungsmöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln gibt.

8.3 Der Anteil der Bevölkerung im Westen und Osten, die sich für Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen aussprechen, ist von 1991 bis 1996 zurückgegangen, und selbst diejenigen, die für ein Tempolimit plädieren, haben ihre Vorstellungen

bezüglich der Höhe des Tempolimits nach oben geändert. Mit Befürwortungsquoten von 79% bis 91% finden mehr Fußgängerzonen in größeren Städten und mehr Tempo-30-Zonen in Wohngebieten große Zustimmung. Die Anteile derer, die sich für eine Sperrung der Innenstadt für den Autoverkehr aussprechen, sind jedoch von 1991 bis 1996 deutlich gesunken. Lediglich 28% im Westen und 22% im Osten wären mit einer Erhöhung der Parkgebühren in größeren Städten einverstanden. Und: Dem Vorschlag, das Autofahren sollte verteuert werden, schlossen sich im Westen 1991 noch 39% an, jetzt nur noch 26%; der entsprechende Rückgang in Ostdeutschland geht von 28% auf 20%. Insgesamt scheint sich damit das Auto - trotz ausgeprägten Umweltbewußtseins - eher im "Vor- denn im Rückwärtsgang" zu bewegen.

9. Umweltwissen und Umweltengagement

9.1 Das umweltbezogene Faktenwissen der Bevölkerung wurde mit einem aus acht Fragen bestehenden "Umwelt-Quiz" zu erheben versucht. Die Quoten richtiger Antworten sind unterschiedlich. Dazu drei Beispiele: 16% der Befragten im Westen und 25% im Osten wissen, daß der durchschnittliche Wasserverbrauch eines Bundesbürgers pro Tag zwischen 100 und 200 Litern liegt. 42% der West-, aber 73% der Ostbefragten wissen, daß ihr Haushalt für eine Kilowattstunde Strom 20-30 Pfennige bezahlen muß. Daß im Haushalt für das Heizen die meiste Energie verbraucht wird, ist 54% der Befragten im Westen und 53% im Osten bekannt. In weiteren Analysen erklärungsbedürftig sind die Befunde, daß das (per Umwelt-Quiz erhobene) Umweltwissen bei den Frauen niedriger ist als bei den Männern und bei den Westdeutschen tendenziell niedriger als bei den Ostdeutschen.

9.2 5.6% der Befragten im Westen und 2.6% im Osten sind Mitglied einer Gruppe oder Organisation, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Mitgliedschaft sind gering; mit zunehmendem Alter der Befragten sinkt und mit zunehmender Schulbildung steigt die Mitgliedschaft; Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen sind erwartungsgemäß überdurchschnittlich häufig Mitglied einer Umweltgruppe. Auch bei der Beteiligung an sechs ausgewählten "Umweltaktivitäten" (Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, Geldspende usw.) fällt das Engagement im Osten niedriger aus als im Westen.

10. Umweltpolitik: Akteure, gesetzliche Regelungen und Handlungsperspektiven

10.1 Lösungskonzepte für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten, wird am ehesten den Umweltbürgerinitiativen und den Umweltschutzorganisationen und -verbänden zugetraut. Deren "Problemlösungskompetenz" wird höher eingeschätzt als die der Umweltschutzbehörden. Unter den Parteien wird Bündnis 90/Die Grünen am positivsten beurteilt; auch Wähler/innen von CDU/CSU, SPD und PDS gestehen nicht ihrer eigenen Partei, sondern Bündnis 90/Die Grünen die höchste Problemlösungskompetenz zu.

10.2 Die Leistungen des Bundesumweltministeriums wurden von den Befragten auf einer Skala von -5 bis +5 beurteilt. Die Durchschnittswerte liegen in West- und Ostdeutschland mit jeweils -0.4 im Minusbereich der Skala. Im Vergleich zu 1991 haben die Befragten im Westen ihre Beurteilung des Bundesumweltministeriums nur wenig geändert. Die Befragten im Osten beurteilten die Leistungen des Bundesumweltministeriums 1991 noch mit +0.3; demnach ist hier die Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium im Zeitverlauf leicht zurückgegangen.

10.3 Der Aussage, daß die Umweltschutzgesetze in Deutschland im großen und ganzen ausreichen, stimmen 31% im Westen und 32% im Osten zu. Lediglich 16% der Befragten im Westen und 11% im Osten sind von einer hinreichenden Überwachung der Gesetze überzeugt. Beispielhaft wurde die Einschätzung der Umweltschutzgesetzgebung noch am Fall der Gentechnik konkretisiert: Rund zwei Drittel der Bevölkerung halten die Entwicklung im Bereich der Gentechnik für gefährlich (68% im Westen und 61% im Osten), und nur 11% im Westen und 9% im Osten geben die Einschätzung, daß der Staat in diesem Bereich genug tut bzw. getan hat, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

10.4 Von den Befragten im Westen bekunden 21% und im Osten 13%, daß sie zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz bereit wären (wenn sichergestellt wäre, daß diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen). Dieses Ergebnis bekräftigt das Bild einer derzeit schwach ausgeprägten "Zahlungsbereitschaft" für Zwecke des Umweltschutzes.

10.5 30% im Westen und 24% im Osten geben an, daß sie schon von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform gehört haben. Noch weniger bekannt ist die Diskussion um das "Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung" (sustainable development): 11% im Westen und 7% im Osten antworten, daß sie von dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung schon einmal etwas gehört haben. Diese beiden Befunde machen deutlich, daß die ökologische "Insider"-Diskussion an breiten Bevölkerungskreisen vorbeiläuft. In Verbindung mit dem Gesamteindruck aus der Befragung, daß das Thema Umweltschutz derzeit nicht im Vordergrund des Interesses der Bevölkerung steht, ergibt sich die Schlußfolgerung, daß sich die notwendige Aufklärungs- und Informationsarbeit im Bereich des Umweltschutzes auf einem schwierigen Boden bewegt.

1. KONZEPTION UND DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG

Der vorliegende Bericht gibt eine Zusammenfassung der Basisbefunde der im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführten Befragungsstudie "Umweltbewußtsein in Deutschland 1996". Eine vertiefende Auswertung der Befragung, die auch die vorhandene sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur aufarbeitet und miteinbezieht, bleibt einem späteren "analytischen Ergebnisbericht" vorbehalten, der dem Auftraggeber bis Ende 1996 zugehen wird. Verantwortlich für die Bearbeitung sind GFM-GETAS (Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung mbH, Hamburg), das Institut für Soziologie der Universität Rostock und das Institut für Soziologie der Universität Bern. Die Untersuchung knüpft zum Teil an vier frühere Erhebungen an, so daß sich zeitliche Veränderungen von Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes nachvollziehen lassen.[1]

Empirische Grundlage der Untersuchung sind insgesamt 2.307 mündliche Interviews mit 1.095 Bürger/innen aus Westdeutschland und 1.212 Bürger/innen aus Ostdeutschland, durchgeführt in den beiden Monaten Januar und Februar 1996. Die Ergebnisse der Befragung, die eine durchschnittliche Interviewzeit von einer Stunde pro Person erforderte, sind repräsentativ für die Bevölkerung in West- und Ostdeutschland. Die Interviewzeit von einer Stunde erwies sich als problemlos, nicht zuletzt weil das Thema der Umfrage bei der großen Mehrheit der Befragten auf ein großes Interesse stieß. Altersmäßig beschränkte sich die Erhebung auf Personen ab dem 18. Lebensjahr sowie auf die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die inhaltlichen Themenfelder der Umfrage lassen sich folgenden neun Bereichen zuordnen: (1) wahrgenommene Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld, (2) ökologische Werthaltungen und Umweltbewußtsein, (3) Einstellungen und Verhalten im Bereich "Ein-

---

[1] Die früheren Erhebungen wurden in den Jahren 1991, 1992, 1993 und 1994 vom Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS, Mannheim) durchgeführt. Neben einer beträchtlichen Erweiterung und Modifikation der Inhalte der Befragung besteht ein wesentlicher Unterschied der vorliegenden Studie zu den früheren IPOS-Erhebungen darin, daß sowohl in West- als auch in Ostdeutschland mündliche Befragungen erfolgten; die IPOS-Studien 1991-1994 stützten sich in Westdeutschland auf telefonische Interviews, während in Ostdeutschland mündliche Befragungen zum Zuge kamen. Seit 1994 wird die Erhebung nur noch alle zwei Jahre durchgeführt.

kaufen/Konsum", (4) Einstellungen und Verhalten im Bereich "Müll/Recycling", (5) Einstellungen und Verhalten im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt", (6) Einstellungen und Verhalten im Bereich "Auto/Verkehr", (7) Umweltwissen in der Bevölkerung, (8) öffentliches Engagement für Belange des Schutzes von Umwelt und Natur, sowie (9) Umweltpolitik mit einer Einschätzung der Akteure, der gesetzlichen Regelungen und verschiedener Umweltschutzmaßnahmen. In seiner Gliederung folgt der nachstehende Bericht weitgehend dieser Einteilung in neun Themenfelder, obwohl die Zuordnung einzelner Fragen nicht immer trennscharf ist. Den neun Themenfeldern vorangestellt ist ein einleitendes Kapitel "Umweltverhältnisse in Deutschland", das über einige Einschätzungen der Umweltsituation in Deutschland und über den Stellenwert des Umweltschutzes aus der Sicht der Bevölkerung informiert.

2. UMWELTVERHÄLTNISSE IN DEUTSCHLAND

In diesem Kapitel soll dargestellt werden, wie die Befragten die Umweltsituation im Osten und Westen Deutschlands allgemein einschätzen, ob und inwieweit Fortschritte und Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes gesehen werden, und welchen generellen Stellenwert die Bevölkerung dem Umweltproblem einräumt.

2.1 Globale Einschätzung der Umweltverhältnisse

Anknüpfend an die früheren IPOS-Erhebungen wurden die Befragten um ein zusammenfassendes Urteil gebeten, ob sie die Umweltverhältnisse im Osten und im Westen Deutschlands als sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht einschätzen. Die Ergebnisse für den Beobachtungszeitraum von 1991 bis 1996 sind in Tabelle 1 zusammengestellt, wobei jeweils die Anteile der Befragten aufgeführt sind, die die Einschätzung "gut" bzw. "sehr gut" gegeben haben.

Stuften 1991 lediglich 4% der ostdeutschen Befragten die Situation in Ostdeutschland als gut bzw. sehr gut ein, sind es jetzt 51%, also mehr als die Hälfte. Die Einschätzung der

ostdeutschen Situation seitens der Westdeutschen ändert sich hingegen nur langsam. Im Jahr 1991 waren es 3%, die die Einschätzung gut bzw. sehr gut gaben, jetzt im Jahr 1996 sind es 12%. Mithin besteht zwischen den Befragten in Ost und West zum aktuellen Zeitpunkt eine gravierende Wahrnehmungsdifferenz bezüglich der Umweltverhältnisse in Ostdeutschland.

Tabelle 1: Einschätzung der Umweltverhältnisse in Ost- und Westdeutschland 1991 bis 1996 (Anteile der Befragten, die die Umweltverhältnisse als gut bzw. sehr gut einschätzen)

Jahr	91	92	93	94	96
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Ostdeutschland					
Befragte Ost	4	13	27	26	51
Befragte West	3	5	5	8	12
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland					
Befragte Ost	77	62	70	66	53
Befragte West	49	45	46	51	52

Fragen: (1) Wie beurteilen Sie insgesamt die Umweltverhältnisse im Osten Deutschlands, also in den neuen Bundesländern? Sind die Umweltverhältnisse im Osten zur Zeit: sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht? (2) Und wie schätzen Sie insgesamt die Umweltverhältnisse im Westen Deutschlands ein, also in den alten Bundesländern? Sind die Umweltverhältnisse im Westen zur Zeit: sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht? Weitere Antwortmöglichkeit: weiß nicht.

Weniger Bewegung ist bei der Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland zu konstatieren. Die Westdeutschen haben ihre Urteilstendenz im Zeitablauf kaum verändert. Die Ostdeutschen jedoch werden zunehmend skeptischer. Während 1991 noch 77% die westdeutschen Umweltverhältnisse als gut bzw. sehr gut einschätzten, hat sich dieser Prozentsatz inzwischen auf 53% reduziert.

Sowohl was die Umweltverhältnisse im Osten als auch im Westen anbelangt, geben die Westdeutschen häufiger negative Einschätzungen als die Ostdeutschen. Die ostdeutsche Situation wird von 72% der Westdeutschen und von 39% der Ostdeutschen als schlecht bzw. sehr schlecht eingeschätzt. Bei der Einschätzung der westdeutschen Situation sind die entsprechenden Prozentwerte 39% seitens der West- und 27% seitens der Ostdeutschen.

Bei der Einschätzung der ostdeutschen Umweltverhältnisse durch die Westdeutschen gibt es keine Unterschiede nach dem Geschlecht der Befragten; die Jüngeren und Personen mit höherer Schulbildung urteilen kritischer; am häufigsten schätzen Wähler/innen der CDU/-CSU die Situation als gut bzw. sehr gut ein, während Anhänger/innen von Bündnis 90/Die Grünen am negativsten urteilen. Unter den ostdeutschen Befragten gibt es ebenfalls kaum geschlechtsspezifische Differenzen; auch dort sind die Jüngeren und Personen mit höherer Schulbildung kritischer; die Wähler/innen von CDU, SPD und PDS unterscheiden sich in ihrer Einschätzung nur marginal, während Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen erneut am skeptischsten sind.

Ähnliche Gruppenunterschiede ergeben sich bei der Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland. Unter den westdeutschen Befragten beurteilen die Frauen, die Jüngeren und Personen mit höherer Schulbildung die Situation schlechter; CDU/CSU-Wähler/innen geben das günstigste Urteil, gefolgt von SPD-Wähler/innen und am Ende mit deutlichem Abstand Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen. Seitens der ostdeutschen Befragten bestehen keine Unterschiede nach dem Geschlecht; die Jüngeren und Personen mit höherer Bildung sind wiederum kritischer; die Anhänger/innen von CDU und SPD liegen in etwa gleichauf mit positiven Urteilen, Anhänger/innen von Bündnis 90/Die Grünen und auch Anhänger/innen der PDS fallen klar ab. Mithin beobachten wir für die ostdeutschen PDS-Wähler/innen, daß sie zwar nicht die ostdeutsche, aber die westdeutsche Situation kritischer im Visier haben.[2]

---

[2] Soweit Unterschiede nach dem Alter, der Schulbildung und der Parteipräferenz der Befragten angesprochen werden, gilt im gesamten Text folgendes: Die Aussagen über eventuelle Unterschiede nach dem Alter der Befragten basieren auf einer Aufgliederung in vier Altersgruppen: (1) 18-30 Jahre, (2) 31-45 Jahre, (3) 46-60 Jahre, (4) älter als 60 Jahre. Die Schulbildung wurde in drei Kategorien unterteilt: (1) Volks-/Hauptschulabschluß, polytechnische Oberschule mit Abschluß 8. oder 9. Klasse, Schule beendet ohne Abschluß, (2) mittlere Reife, Realschulabschluß, polytechnische Oberschule mit Abschluß 10. Klasse, (3) Fachhochschulreife, Abitur, erweiterte Oberschule mit Abschluß 12. Klasse. Die Parteipräferenz wurde mit der sog. Sonntagsfrage erhoben, nämlich: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? Für die Befragten im Westen wird unterschieden nach Wähler/innen von (1) CDU/CSU, (2) SPD, (3) Bündnis 90/Die Grünen, und für die Befragten im Osten nach Wähler/innen von (1) CDU, (2) SPD, (3) Bündnis 90/Die Grünen, (4) PDS. In der gesamten Erhebung gaben nur 31 Befragte an, daß sie die FDP wählen würden, so daß aufgrund von Fallzahlproblemen über die Anhänger/innen der FDP keine verläßlichen Angaben gemacht werden können.

2.2 Wahrgenommene Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes

In der Öffentlichkeit wird kontrovers diskutiert, ob und inwieweit in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes in den zurückliegenden Jahren Fortschritte erzielt wurden. Zumindest für Ostdeutschland sind Verbesserungen, vor allem bei den lokalen Umweltverhältnissen, ziemlich augenfällig. Aber auch für Westdeutschland lassen sich Fortschritte in einigen Bereichen (etwa bei der Eindämmung der Müllflut oder beim Schutz der Gewässer) im Lichte ausgewählter Kennziffern durchaus belegen. In einer Befragung kann es nur darum gehen, die Sichtweise der Bevölkerung zu erheben und damit zu überprüfen, ob und inwieweit (tatsächliche oder vermeintliche) Fortschritte bzw. Verbesserungen überhaupt zur Kenntnis genommen werden.

Konkret wurde gefragt, ob es in den letzten fünf Jahren in sechs verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes große Fortschritte gegeben habe, ob keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden seien oder ob es im Gegenteil eher schlimmer geworden sei. Die Antworten auf diese Frage sind in Tabelle 2 festgehalten.

Von den Westdeutschen sehen 39% große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer, 30% bei der Energie-Einsparung, 27% bei der Umweltverträglichkeit bzw. der Mengenverminderung von Verpackungen, 25% bei der Sauberkeit der Luft, 14% beim Zustand des Bodens und 12% beim Klimaschutz. Mit Ausnahme des Bereiches "Umweltverträglichkeit/-Mengenverminderung bei Verpackungen" sind die Einschätzungen der Ostdeutschen noch positiver. 57% der Ostdeutschen sehen große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer, 51% bei der Sauberkeit der Luft, 38% bei der Energie-Einsparung, 22% beim Zustand des Bodens, 15% bei den Verpackungen und 12% beim Klimaschutz. Unabhängig von diesen positiven Urteilen läßt sich sowohl im Westen als auch im Osten ein beträchtliches Maß an Unsicherheit feststellen, was sich an den vergleichsweise hohen Quoten derer zeigt, die auf die Antwortkategorie "weiß nicht" ausweichen.

Addieren wir die Zahl der Bereiche, in denen die Befragten große Fortschritte wahrnehmen, ergibt sich für die ostdeutschen Befragten ein signifikant höherer Durchschnittswert als für die westdeutschen Befragten. Gemessen an diesem Durchschnittswert sehen die Männer und

Tabelle 2: Wahrgenommene Verbesserungen/Fortschritte in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes (Angaben in Prozent)

	große Fortschritte	keine wesentlichen Fortschritte	eher schlimmer geworden	weiß nicht
BEFRAGTE WEST				
Reinheit der Gewässer	39	35	12	14
Energie-Einsparung	30	47	8	15
Verpackungsmaterial	27	52	8	13
Sauberkeit der Luft	25	42	21	12
Zustand des Bodens	14	45	17	24
Klimaschutz	12	41	33	14
BEFRAGTE OST				
Reinheit der Gewässer	57	25	5	13
Sauberkeit der Luft	51	30	9	10
Energie-Einsparung	38	38	5	19
Zustand des Bodens	22	44	6	28
Verpackungsmaterial	15	56	21	8
Klimaschutz	12	43	21	24

Frage: Gab es Ihrer Meinung nach in den letzten fünf Jahren in folgenden Bereichen des Umweltschutzes: große Fortschritte, keine wesentlichen Fortschritte, oder ist es im Gegenteil eher schlimmer geworden? Nennung der sechs Bereiche.

die älteren Befragten in West und Ost häufiger große Fortschritte. Während die Befragten im Westen mit höherer Bildung kritischer urteilen, ist dies bei den Befragten im Osten nicht der Fall (hier diagnostizieren die Befragten mit der höchsten Schulbildung sogar am häufigsten große Fortschritte). Mit Blick auf die Parteipräferenz ergibt sich bei den Westdeutschen folgende Rangfolge positiver Urteile: Wähler/innen der CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Bei den Ostdeutschen ist die Rangfolge analog, an vierter und letzter Stelle stehen aber noch die Wähler/innen der PDS, die noch weniger Fortschritte sehen als die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen.

2.3 Stellenwert des Umweltproblems im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Problemen

Die Erfassung der relativen "Wichtigkeit" verschiedener gesellschaftspolitischer Probleme ist Gegenstand zahlreicher Umfragen. Dabei ist für Deutschland bekannt, daß das Problem der Arbeitslosigkeit seit Jahren an der Spitze der Problemnennungen rangiert. Anders als die Arbeitslosigkeit wird die Einschätzung der Bedeutung des Umweltproblems erfahrungsgemäß stärker von aktuellen politischen Tagesereignissen beeinflußt, so daß sich beträchtliche Schwankungen in der Plazierung ergeben können. Einschränkend kommt im Fall der vorliegenden Studie hinzu, daß sich eine Aufwertung des Umweltproblems wohl auch dadurch ergeben hat, daß die Befragten von Anfang an wußten, daß es in der gesamten Befragung um das Thema Umwelt gehen wird.

Der Stellenwert des Umweltproblems wurde erhoben, indem mithilfe einer Punkteskala von 0 bis 10 nach der Wichtigkeit politischer Maßnahmen in sieben verschiedenen Bereichen gefragt wurde. Das Ergebnis der Auszählung findet sich in Tabelle 3, in der die jeweiligen Mittelwerte berichtet werden.

Tabelle 3: Wichtigkeit politischer Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftspolitischen Problemfeldern (Mittelwerte auf einer Skala von 0-10)

BEFRAGTE	WEST	OST
Verminderung der Arbeitslosigkeit	9.2	9.6
Verbesserung der Verbrechensbekämpfung	8.4	9.2
Verbesserung des Umweltschutzes	8.3	8.5
Mehr tun für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	8.0	8.3
Mehr tun für den Erhalt des Sozialstaates	7.7	8.8
Verbesserung der Wohnraumversorgung	7.4	7.6
Verringerung des Zuzugs von Ausländern	6.9	6.9

Frage: Wie wichtig sind für Sie persönlich politische Maßnahmen zu folgenden Problemen? Zu jedem Problem können Sie Punkte zwischen 0 und 10 vergeben. 0 bedeutet, daß politische Maßnahmen zu dem Problem für Sie überhaupt nicht wichtig sind. 10 bedeutet sehr wichtig. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Nennung der sieben Bereiche.

Auffallend an Tabelle 3 ist zunächst, daß bei sechs der sieben Vorgaben die Mittelwerte der ostdeutschen Befragten höher liegen als die der westdeutschen Befragten. Da der Fragetext auf die Wichtigkeit politischer Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen abstellte, spiegelt sich hier der aus zahlreichen Umfragen bekannte Tatbestand wider, daß die ostdeutsche Bevölkerung den Verantwortungs- und Aufgabenbereich des Staates und der Politik offenbar weiter spannt als die westdeutsche Bevölkerung. Das Problem der Arbeitslosigkeit steht, wie nicht anders zu erwarten, in beiden Landesteilen an der Spitze der Prioritätenliste. Die Westbefragten plazieren die Verbesserung der Verbrechensbekämpfung an zweiter Stelle, und die Verbesserung des Umweltschutzes steht auf Platz 3. Berücksichtigt man die obige Einschränkung (die Befragten kannten das Thema der Umfrage) und vergleicht das Ergebnis mit früheren Erhebungen in Westdeutschland, deutet sich an, daß der Umweltschutz aktuell in seiner Bedeutung zurückgegangen ist. Anfang der 90er Jahre stand das Thema der Kriminalitätsbekämpfung im Westen nur selten vor dem Umweltschutz, und auch der Abstand zum Problem der Arbeitslosigkeit war bei weitem nicht so groß. Bei den Befragten in Ostdeutschland steht die Verbrechensbekämpfung ebenfalls an zweiter Stelle, gefolgt vom Erhalt des Sozialstaates und dem Umweltschutz auf Platz 4. Diese Prioritätenfolge legt die Schlußfolgerung nahe, daß - trotz des etwas höheren Durchschnittswertes - die ostdeutsche Bevölkerung dem Umweltschutz insgesamt einen niedrigeren Stellenwert einräumt als die westdeutsche Bevölkerung.

Gliedert man speziell die Vorgabe "Verbesserung des Umweltschutzes" nach demographischen Merkmalen auf, deutet sich bei den Befragten in Ost und West an, daß die Frauen und die jüngeren Befragten den Umweltschutz tendenziell höher gewichten. Während im Westen die Bedeutung des Umweltschutzes mit zunehmender Schulbildung steigt, ist dies bei den Befragten aus den neuen Bundesländern nicht der Fall. Kaum überraschend wiederum sind die Unterschiede in Abhängigkeit von der Parteipräferenz: Im Westen ist die Abfolge Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU/CSU mit den Durchschnittswerten 9.0, 8.2 und 7.8; im Osten Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und PDS mit den Durchschnittswerten 8.8, 8.6, 8.5 und 8.4. Aus diesen Durchschnittswerten geht hervor, daß der Einfluß der Parteipräferenz auf die Plazierung des Umweltschutzes im Westen stärker ausgeprägt ist als im Osten. Dieses Muster, daß die Parteipräferenz der Befragten im Westen mit größeren Unterschieden verknüpft ist als im Osten, wird uns noch bei zahlreichen weiteren Einzel-

fragen der Erhebung begegnen. Daraus kann die These hergeleitet werden, daß die mit dem Wahlverhalten verbundenen weltanschaulichen Orientierungen im Osten bislang noch weniger stark fixiert sind als im Westen. Genauere Überprüfungen der Vermutung, daß die Parteipräferenz und Einstellungen zum Umweltschutz im Osten weniger stark miteinander verkoppelt sind als im Westen, werden im späteren analytischen Ergebnisbericht erfolgen.

3. UMWELTBELASTUNGEN IM PERSÖNLICHEN LEBENSUMFELD

Umweltbelastungen, denen Personen in ihrem direkten Lebensumfeld ausgesetzt sind, erscheinen aus mehreren Gründen von Bedeutung. Es kann davon ausgegangen werden, daß sie das Wohlergehen und die Gesundheit der Betroffenen beeinträchtigen, so daß ihre Reduktion eine unmittelbare Zielgröße der Politik sein muß. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht interessiert in der Regel speziell die Frage, wie verschiedene Umweltbelastungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilt sind. Schließlich wird häufig argumentiert, daß im persönlichen Umfeld direkt erfahrene Umweltbeeinträchtigungen eine wesentliche Rolle bei der Entstehung umweltbezogener Einstellungen und umweltorientierten Verhaltens spielen.

Im ersten Schritt wird in diesem Kapitel berichtet, in welchem Ausmaß sich die Befragten in ihrem eigenen Wohnumfeld von verschiedenen Faktoren belästigt fühlen. Im zweiten Schritt wird auf einige ergänzende Fakten und Einschätzungen der "Umweltqualität" der Wohngegend eingegangen. Die Befragung beschränkte sich auf eine Charakterisierung der Wohnsituation; mit der Arbeits- und Berufssituation eventuell verknüpfte Umweltbelastungsfaktoren wurden nicht erfaßt.

3.1 Wahrgenommene Belästigungen im eigenen Wohnumfeld

Die früheren IPOS-Umfragen zielten darauf ab, die Belästigung durch verschiedene Lärmquellen zu erheben. Um die zeitliche Entwicklung verfolgen zu können, wurde das IPOS-Frageformat übernommen. Zusätzlich zu den Lärmquellen wurden jedoch vier weitere

mögliche Belästigungsfaktoren in den Fragebogen aufgenommen. Konkret wurde danach gefragt, ob sich die Zielpersonen persönlich, d.h. in ihrem eigenen Wohnumfeld, von verschiedenen Sachverhalten stark, nicht so stark oder gar nicht belästigt fühlen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 4 aufgelistet, wobei in der Tabelle jeweils die Anteile derer aufgeführt sind, die eine starke Belästigung angeben.

Tabelle 4: Wahrgenommene Belästigungen im eigenen Wohnumfeld 1984 bis 1996 (Anteile der Befragten, die eine starke Belästigung angeben)

JAHR	84	86	89	91	92	93	94	96
BEFRAGTE WEST								
Straßenverkehrslärm	21	25	23	21	20	21	18	12
Flugverkehrslärm	11	17	20	17	17	14	10	6
Lärm von Nachbarn	4	4	4	4	4	4	5	5
Industrie- und Gewerbelärm	4	3	3	3	3	4	3	3
Schienenverkehrslärm	3	4	3	4	3	3	3	3
Autoabgase								14
Schlechte Luft								11
Herumliegende Abfälle								9
Abgase/Abwässer von Fabriken								5
BEFRAGTE OST								
Straßenverkehrslärm				35	40	36	37	22
Flugverkehrslärm				9	5	4	3	2
Lärm von Nachbarn				6	7	7	7	5
Industrie- und Gewerbelärm				3	4	3	4	1
Schienenverkehrslärm				4	5	6	3	4
Autoabgase								19
Schlechte Luft								9
Herumliegende Abfälle								15
Abgase/Abwässer von Fabriken								2

Frage: Wie stark fühlen Sie sich persönlich, also in Ihrem eigenen Wohnumfeld, von folgenden Dingen belästigt: stark, nicht so stark oder gar nicht belästigt?

Wie schon in den bisherigen Befragungen zeigt sich auch in der Befragung 1996, daß die vom Straßen- und Autoverkehr ausgehenden Belästigungen den Schwerpunkt der Probleme bilden. In Westdeutschland fühlen sich in ihrem eigenen Wohnumfeld 12% stark von Straßenverkehrslärm und 14% stark von Autoabgasen belästigt; die Anteile derer, die sich "gar nicht" belästigt fühlen, belaufen sich beim Straßenverkehrslärm auf 45% und bei den Autoabgasen auf 48%. Noch stärker werden die entsprechenden Belästigungen in Ostdeutschland wahrgenommen. Hier fühlen sich in ihrem eigenen Wohnumfeld 22% stark von Straßenverkehrslärm und 19% stark von Autoabgasen belästigt; die Prozentwerte derer, die gar keine Belästigung angeben, liegen beim Straßenverkehrslärm bei 32% und bei den Autoabgasen bei 36%.

Ein Blick auf den Zeittrend in Tabelle 4 legt die Schlußfolgerung nahe, daß die Belästigung durch den Straßenverkehrslärm (und zum Teil auch bei anderen Lärmquellen) zurückgegangen ist. Gegenüber dieser Interpretation ist jedoch eine gewisse Vorsicht angebracht, da ein Effekt der leicht geänderten Frageformulierung nicht ausgeschlossen werden kann. Während in den IPOS-Erhebungen mit der allgemeinen Formulierung gearbeitet wurde "Ich nenne Ihnen jetzt einige Lärmquellen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie davon stark, nicht so stark oder gar nicht belästigt werden", zielte die Frageformulierung nun speziell auf die persönliche Belästigung im eigenen Wohnumfeld ab. Es ist bekannt, daß eine genauere Fokussierung der Fragestellung die perzipierte Belästigung in der Regel reduziert. Trotz dieses methodischen Vorbehaltes dürfte insgesamt dennoch die Interpretation eines gewissen Rückgangs der Belästigung durch Straßenverkehrslärm und auch durch Fluglärm zulässig sein.

Für die Untersuchung der Frage, wie sich die Belästigungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilen, wurden die Befragten in zwei Gruppen unterteilt: Personen, die zwei oder mehr starke Belästigungen angeben, im Vergleich zu Personen mit keiner oder einer starken Belästigung. 17% im Westen und 22% im Osten nannten zwei oder mehr starke Belästigungen, was das Gesamtbild einer höheren wahrgenommenen Belastung im Osten unterstreicht. Am klarsten wird das Ausmaß der Belästigung von objektiven Merkmalen der Wohnumgebung bestimmt. In Abhängigkeit von der Größe des Ortes, in dem die Befragten leben, zeigt sich, daß in kleinen Orten (unter 5.000 Einwohner) die Belästigung signifikant niedriger liegt

als in Großstädten (mehr als 100.000 Einwohner). In kleinen Orten geben im Westen nur 6% und im Osten nur 14% zwei oder mehr Belästigungen an; in Großstädten hingegen sind es im Westen 24% und im Osten 29%. Auch der Typ der Wohnung macht sich klar bemerkbar. Von denjenigen, die in einer Mietwohnung des sozialen Wohnungsbaus leben, nennen 32% im Westen und 29% im Osten zwei oder mehr starke Belästigungen; die entsprechenden Anteilswerte bei denjenigen, die ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung haben, sind nur 10% im Westen und 13% im Osten.

Die Einschätzung der Belästigungen steht aber auch in einem Zusammenhang mit der "weltanschaulichen Orientierung" der Befragten. Dies läßt sich beispielhaft an den Unterschieden in Abhängigkeit von der Parteipräferenz aufzeigen. Sowohl im Westen als auch im Osten sind es bevorzugt Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen, die eine überdurchschnittliche Belästigung angeben. Zwei oder mehr Belästigungen für sich sehen im Westen 23% der Grün-Wähler/innen (jeweils 16% bei den Wähler/innen von CDU/CSU und SPD) und im Osten 30% der Grün-Wähler/innen (17% bei den Wähler/innen von CDU, 20% bei SPD und 22% bei PDS). Ähnlich verhält es sich mit den Einschätzungen in Abhängigkeit davon, wie sich die Befragten auf dem politischen Links-Rechts-Kontinuum einordnen; eine Orientierung hin zur politischen Linken geht einher mit der Perzeption einer stärkeren Umweltbelästigung im persönlichen Lebensumfeld.

Ob und inwieweit diese Effekte der "weltanschaulichen Orientierung" erhalten bleiben, wenn man Einstellungsunterschiede (Parteipräferenz, Links-Rechts-Orientierung usw.) und Unterschiede in den objektiven Rahmenbedingungen (Ortsgröße, Wohnungstyp usw.) parallel betrachtet, wird in späteren Detailanalysen zu klären sein. Es ist durchaus plausibel, daß nicht nur die objektiven Bedingungen, sondern auch das jeweilige Niveau der Sensibilisierung die Einschätzungen beeinflussen. Im einzelnen wird zu untersuchen sein, welches relative Gewicht den beiden Faktorengruppen zukommt. Das gegenläufige Wirken der beiden Faktorengruppen könnte auch dafür verantwortlich sein, daß wir zunächst einmal kaum Unterschiede im Ausmaß der angegebenen Belästigung in Abhängigkeit von Indikatoren der sozialen Schichtzugehörigkeit der Befragten finden. Personen mit höherer Bildung z.B. mögen unter objektiv günstigeren Bedingungen leben, gleichzeitig aber kann ein höheres Ausmaß an Sensibilisierung gegenüber Umweltbelastungen bestehen, so daß sich im End-

ergebnis die Wahrnehmungen von Umweltbelästigungen in der eigenen Wohngegend bildungsspezifisch kaum unterscheiden. Erst ein theoretisches Modell, das alle Einflußfaktoren gleichzeitig berücksichtigt, kann hier genauere Aufschlüsse vermitteln.

3.2 Beurteilung der Umweltsituation in der Wohngegend

Um noch einen etwas detaillierteren Einblick in die "Umweltqualität" der Wohngegend der Befragten zu gewinnen, wurden ergänzend sieben Fragen gestellt, die zum Teil stärker auf objektive Gegebenheiten abstellten, zum Teil aber auch den Befragten einen größeren subjektiven Beurteilungsspielraum einräumten. Die Reaktionen auf diese sieben Fragen sind in Tabelle 5 zusammengefaßt.

Tabelle 5: Sieben ergänzende Charakterisierungen der Wohngegend (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Kein Garten/keine Grünfläche, die zum Wohnhaus gehört	29	39
Wohnen an einer stark befahrenen Straße	18	26
Eher laute nähere Wohnumgebung	14	15
In hohem Maße störende Geräusche von draußen im Schlafzimmer	13	18
Eher laute Lage der Wohnung	12	14
Von den Fenstern der Wohnung keinerlei Grün zu sehen	6	8
Unzufrieden/überhaupt nicht zufrieden mit der Umweltsituation in der Wohngegend	6	7

Fragen: (1) Gehört zu dem Haus, in dem Sie wohnen, ein Garten oder eine Grünfläche? (2) Wenn Sie aus der Haustüre Ihres Wohnhauses hinausgehen, wie stark befahren ist die Straße, auf der Sie dann sind: stark, nicht so stark oder gar nicht? (3) Wie würden Sie insgesamt die nähere Umgebung Ihrer Wohnung beschreiben: eher als ruhig oder eher als laut? (4) Wenn Sie am Abend im Schlafzimmer Ihrer Wohnung das Fenster öffnen, in welchem Ausmaß hören Sie da störende Geräusche von draußen: stark, nicht so stark oder gar nicht? (5) Wie würden Sie insgesamt die Lage Ihrer Wohnung beschreiben: eher als ruhig oder eher als laut? (6) Von den Fenstern Ihrer Wohnung aus, sehen Sie da: keinerlei Grün, etwas Grün oder viel Grün, z.B. Bäume oder Rasenfläche? (7) Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Umweltsituation in Ihrer Wohngegend? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

Bemerkenswert an den Ergebnissen in Tabelle 5 erscheint vor allem, daß - trotz durchaus vorhandener Belästigungen - die Befragten nur in sehr wenigen Fällen tatsächlich Unzufriedenheit mit der Umweltsituation in ihrer Wohngegend artikulieren. Lediglich 6% der Befragten im Westen und 7% im Osten geben an, daß sie mit der Umweltsituation in ihrer Wohngegend eher unzufrieden bzw. überhaupt nicht zufrieden sind. Weiterhin geht aus Tabelle 5 hervor, daß alle "Belästigungsaspekte" in Ostdeutschland höher liegen als in Westdeutschland, was das Gesamtbild einer höheren persönlichen, d.h. in der eigenen Wohnumgebung bestehenden Umweltbelastung im Osten nochmals bestätigt. Der Handlungsbedarf, die lokale Wohn- und Umweltsituation zu verbessern, ist mithin - trotz schon erreichter Verbesserungen, die von der Bevölkerung durchaus gesehen und anerkannt werden - im Osten nach wie vor größer als im Westen.

4. ÖKOLOGISCHE WERTHALTUNGEN UND UMWELTBEWUSSTSEIN

In der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung besteht Einigkeit darüber, daß man bei der Erfassung des "ökologischen Bewußtseins" der Bevölkerung zwischen ökologischen Werthaltungen auf der einen Seite und Umweltbewußtsein als Einstellung bzw. Attitüde auf der anderen Seite unterscheiden sollte. Sowohl auf der Ebene der allgemeinen Wertüberzeugungen als auch auf der Einstellungsebene ist dabei generell zu erwarten, daß sich in allen Bevölkerungsschichten inzwischen eine hohe ökologische "Grundsensibilisierung" (im Sinne eines allgemeinen Problembewußtseins) durchgesetzt hat, so daß also zunächst einmal ein Meinungsklima besteht, das für die Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen durchaus günstig erscheint. Fraglich aber ist, ob das Bild eines hohen ökologischen Bewußtseins erhalten bleibt, wenn man zu spezifischen umweltpolitischen Maßnahmen übergeht, die der Bevölkerung Opfer abverlangen. Auf diese Frage wird in späteren Abschnitten noch genauer eingegangen. Und fraglich ist weiterhin, ob und inwieweit sich das hohe Umweltbewußtsein auch in ein entsprechendes alltägliches Verhalten der Bevölkerung umsetzt. Auch darauf wird später noch eingegangen, wenngleich das komplexe Zusammenspiel von Umweltbewußtsein und Umweltverhalten erst im analytischen Bericht genauer und detaillierter bearbeitet werden kann.

4.1 Dimensionen ökologischer Werthaltungen

Ausgehend von (aus zahlreichen Vorläuferstudien stammenden) Erfahrungen bezüglich relevanter Dimensionen ökologischer Wertorientierungen wurden in der Erhebung Fragen zu drei Bereichen formuliert. Der erste Bereich läßt sich stichwortartig mit dem Kürzel "Natur/Kreatur versus Mensch", der zweite Bereich mit "Ökologie versus Ökonomie" und der dritte Bereich mit "Mißtrauen in Wissenschaft und Technik" ansprechen. Hinter dem ersten Bereich steht die Vorstellung, daß eine "ökologische Weltsicht" mit einer stärkeren Hochachtung vor der Natur und ihren nichtmenschlichen Geschöpfen einhergeht; hinter dem zweiten Bereich der Gedanke, daß eine umweltbewußte Werthaltung ökologischen Belangen eher Vorrang einräumt als ökonomischen Belangen; und hinter dem dritten Bereich die Vermutung, daß umweltorientierte Werte eine gewisse Skepsis gegenüber den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik implizieren.

Für jeden der drei Bereiche wurden den Befragten verschiedene Aussagen vorgelegt, die jeweils auf einer fünfstufigen Skala beantwortet werden konnten. Diese Aussagen und die Anteile derer, die jeweils zustimmen, mit teils/teils antworten oder ablehnen, sind in Tabelle 6 aufgelistet.

Was zunächst den Bereich "Natur/Kreatur versus Mensch" anbelangt, ergibt sich in der Tabelle, daß 48% im Westen und 51% im Osten Tieren ähnliche Lebensrechte wie den Menschen zugestehen. Während im Westen 47% der Befragten den Menschen das Recht absprechen, die Natur nach ihren Bedürfnissen umzugestalten, sind es im Osten 44%. Die Aussage, daß Pflanzen und Tiere hauptsächlich existieren, um von den Menschen genutzt zu werden, wird im Westen von 45% und im Osten von 42% verneint. Die Ost-West-Differenzen sind auf dieser Dimension somit insgesamt uneinheitlich und relativ schwach ausgeprägt.

Stärkere und konsistente Ost-West-Unterschiede bestehen auf der Wertdimension "Ökologie versus Ökonomie". 57% im Westen und 51% im Osten sehen Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird. Die Aussage, daß wir uns zu viele Sorgen um die Zukunft der Umwelt machen und dabei zu wenig an die Arbeitsplätze denken, wird im Westen von 36% abgelehnt, im Osten hingegen

Tabelle 6: Dimensionen ökologischer Wertorientierungen (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST			BEFRAGTE OST		
	--	-/+	++	--	-/+	++
NATUR/KREATUR VERSUS MENSCH						
Tiere sollten ähnliche Lebensrechte wie Menschen haben	22	30	48	19	30	51
Die Menschen haben das Recht, die Natur nach ihren Bedürfnissen umzugestalten	47	32	21	44	31	25
Pflanzen und Tiere existieren hauptsächlich, um von den Menschen genutzt zu werden	45	31	24	42	32	26
ÖKOLOGIE VERSUS ÖKONOMIE						
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird	10	33	57	14	35	51
Wir machen uns zu viele Sorgen über die Zukunft der Umwelt und denken dabei zu wenig an die Arbeitsplätze	36	34	30	27	30	43
Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen	35	38	27	42	33	25
Um die Umwelt schützen zu können, braucht Deutschland wirtschaftliches Wachstum	24	32	44	22	30	48
MISSTRAUEN IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK						
Wir vertrauen zu sehr der Wissenschaft und der Technik und zu wenig unseren Gefühlen	19	36	45	18	40	42
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne daß wir unsere Lebensweise ändern müssen	38	35	27	36	37	27
Das meiste, was Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, schadet der Umwelt	23	43	34	31	39	30

Erläuterung: -- stimme überhaupt nicht bzw. eher nicht zu; -/+ teils/teils; ++ stimme weitgehend bzw. voll und ganz zu.

Frage: Im folgenden haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen (fünfstufige Antwortskala mit 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=teils/teils, 4=stimme weitgehend zu, 5=stimme voll und ganz zu).

nur von 27%. Umweltschutzmaßnahmen selbst auf Kosten von Arbeitsplätzen werden im Westen von 27% befürwortet und von 35% abgelehnt; im Osten steht eine Befürwortungsquote von 25% einer Ablehnungsquote von 42% gegenüber. Daß wirtschaftliches Wachstum eine Voraussetzung für den Umweltschutz ist, wird im Westen von 24% und im Osten von 22% bestritten.

Auch das Mißtrauen in Wissenschaft und Technik scheint im Westen etwas stärker verbreitet als im Osten, wobei die Unterschiede allerdings gering sind. 45% im Westen und 42% im Osten schließen sich der Aussage an, daß wir zu sehr der Wissenschaft und der Technik und zu wenig unseren Gefühlen vertrauen. 38% im Westen und 36% im Osten lehnen die Vorstellung ab, daß Wissenschaft und Technik viele Umweltprobleme lösen werden, ohne daß wir unsere Lebensweise ändern müssen. Vor dem Hintergrund der aktuellen ökologischen Diskussion um Effizienz- und/oder Suffizienz-Revolution ist dabei zu beachten, daß umgekehrt auch jeweils 27% im Westen und Osten von der Problemlösungsfähigkeit von Wissenschaft und Technik überzeugt sind. Der relativ pauschalen Aussage (im Sinne eines Gesamturteils) schließlich, daß das meiste, was Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, der Umwelt schadet, schließen sich 34% der West- und 30% der Ostbefragten an.

Alles in allem bestehen auf den erfaßten Dimensionen ökologischer Wertorientierungen in der Bevölkerung offenbar durchaus unterschiedliche Positionen, was die Auffassung widerlegt, daß man in Umweltbefragungen in der Regel nur "Gefälligkeitsurteile" erhält. Die bei einigen Aussagen feststellbare Polarisierung in der Bevölkerung macht die Frage nach sozialen Hintergrundmerkmalen ökologischer Werthaltungen zusätzlich interessant. In einer ersten Annäherung ergeben unsere Analysen hierzu, daß im Westen und im Osten ökologische Wertüberzeugungen tendenziell häufiger bei Frauen, bei jüngeren Befragten, bei Personen mit höherer Schulbildung und vor allem bei Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen anzutreffen sind. Dieses generelle Muster stimmt mit den Befunden anderer Studien zur "ökologischen Wertbasis" überein. Je nach Einzelaussage, die man betrachtet, und je nach Bereich zeigen sich aber gewisse Variationen, denen in späteren Detailanalysen genauer nachgegangen werden soll.

4.2 Umweltbewußtsein als Einstellung

Konzipiert man Umweltbewußtsein als Einstellung bzw. Attitüde, bietet sich entsprechend einer in der Sozialpsychologie verbreiteten Differenzierung an, drei Komponenten dieser Attitüde zu unterscheiden: Die affektive Komponente stellt ab auf den Grad der emotionalen Besetzung der Umweltgefährdung und auf das Ausmaß der emotionalen Reaktionen; die kognitive Komponente spricht das Ausmaß der Einsicht in die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an; und die konative Komponente betrifft die persönliche Handlungsbereitschaft im Bereich des Umweltschutzes.

Analog zum Vorgehen bei der Erhebung der ökologischen Wertorientierungen (und wiederum unter Rückgriff auf in früheren Studien erprobte "Messungen") wurden auch mit Blick auf das Umweltbewußtsein den Befragten zehn Aussagen vorgelegt, denen sie auf einer fünfstufigen Antwortskala zustimmen oder nicht zustimmen konnten. Diese Aussagen zusammen mit den dazugehörigen Antwortverteilungen finden sich in Tabelle 7.

Mit Bezug auf die affektive Komponente des Umweltbewußtseins ist aus Tabelle 7 ersichtlich, daß 73% im Westen und 72% im Osten beunruhigt sind, wenn sie daran denken, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen. 63% der West- und 62% der Ostbefragten sind oft empört und wütend, wenn sie Zeitungsberichte über Umweltprobleme lesen oder entsprechende Fernsehsendungen sehen. Mithin kann die Umweltproblematik als ein in hohem Maße emotional besetztes Thema eingestuft werden, und dies gilt in gleicher Weise für West- und Ostdeutschland.

Die höchste Zustimmung im Rahmen der kognitiven Komponente des Umweltbewußtseins findet mit 65% im Westen und 70% im Osten die Ansicht, daß die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun. Auch dem möglichen Zusteuern auf eine Umweltkatastrophe stimmen mit 67% - gegenüber 64% im Westen - die Ostdeutschen etwas häufiger zu. Etwas skeptischer jedoch wird im Westen das Umweltverhalten der Bevölkerung gesehen. 59% der West- und 55% der Ostdeutschen vertreten die Einschätzung, daß sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewußt verhält. Daß viele Umweltschützer das Umweltproblem in seiner Bedeutung stark übertreiben, lehnen 55% im Westen und 44% im Osten ab.

Tabelle 7: Aspekte des Umweltbewußtseins (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST --	-/+	++	BEFRAGTE OST --	-/+	++
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen	8	19	73	11	17	72
Wenn ich Zeitungsberichte über Umweltprobleme lese oder entsprechende Fernsehsendungen sehe, bin ich oft empört und wütend	11	26	63	8	30	62
KOGNITIVE KOMPONENTE						
Es ist noch immer so, daß die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun	9	26	65	7	23	70
Wenn wir so weiter machen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu	12	24	64	11	22	67
Derzeit ist es immer noch so, daß sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewußt verhält	13	28	59	12	33	55
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben	55	26	19	44	35	21
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Egal, was die anderen tun, ich selbst versuche, mich soweit wie möglich umweltgerecht zu verhalten	4	23	73	3	19	78
Zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken	11	34	55	16	39	45
Für jemand wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun	40	30	30	35	33	32
Ich verhalte mich auch dann umweltbewußt, wenn es zusätzlich erheblich höhere Kosten und Mühen verursacht	18	44	38	21	42	37

Erläuterung: -- stimme überhaupt nicht bzw. eher nicht zu; -/+ teils/teils; ++ stimme weitgehend bzw. voll und ganz zu.

Frage: Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala von 1=stimme überhaupt nicht zu bis 5=stimme voll und ganz zu).

Die Komponente der Handlungsbereitschaft erstreckt sich zunächst auf die Einschätzung des eigenen Umweltverhaltens. Dabei meinen 73% im Westen und 78% im Osten, daß sie sich - egal, was die anderen tun - soweit wie möglich umweltgerecht verhalten. Diese positive Sichtweise des eigenen Verhaltens kontrastiert auffallend mit der obigen Einschätzung des Verhaltens des "größten Teils der Bevölkerung". Während das Verhalten der Bevölkerung mehrheitlich als wenig umweltbewußt eingestuft wird, sind drei Viertel der Befragten mit Bezug auf die eigene Person davon überzeugt, daß sie das ihnen Mögliche tun. Überspitzt formuliert bedeutet dies, daß man im Umweltbereich das eigene Verhalten zwar als "kooperativ", das Verhalten der anderen aber als "defektiv" einschätzt.

55% im Westen und 45% im Osten bejahen die Aussage, daß wir alle zugunsten der Umwelt bereit sein sollten, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken. Die geringere Zustimmung im Osten dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß die ostdeutsche Bevölkerung zunächst erst einmal den Anschluß an den Lebensstandard im Westen erreichen möchte. 30% im Westen und 32% im Osten vertreten die Position, daß es für sie persönlich schwierig ist, viel für die Umwelt zu tun, was als ein Hinweis auf "perzipierte Macht- und Einflußlosigkeit" gesehen werden kann. Das Bild einer positiven Selbstdarstellung wird ergänzt durch die Zustimmungsquoten zur letzten Aussage in Tabelle 7, daß man sich auch dann umweltbewußt verhalte, wenn dies erheblich höhere Kosten und Mühen verursache. Angesichts der bekannten Ost-West-Einkommensdifferenzen erscheint hier bemerkenswert, daß mit 38% Zustimmung im Westen und 37% im Osten praktisch keine Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen bestehen.

Nimmt man eine Aggregation der verschiedenen Aussagen zu einem summarischen Index des Umweltbewußtseins vor, dann erhält man in der demographischen Aufschlüsselung ein ähnliches Muster wie im Fall der ökologischen Wertorientierungen: Das Umweltbewußtsein in Westdeutschland ist etwas stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland; Frauen haben ein höheres Umweltbewußtsein als Männer; jüngere Personen und Personen mit höherer Schulbildung erreichen höhere Werte; und in Abhängigkeit von der Parteipräferenz zeichnen sich vor allem Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen durch ein überdurchschnittliches Umweltbewußtsein aus.

5. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "EINKAUFEN/ KONSUM"

In den bisherigen Kapiteln ging es relativ allgemein um Umweltverhältnisse und Umwelteinstellungen, ohne daß spezifische Bereiche des Umweltschutzes genauer betrachtet wurden. Die folgenden Kapitel 5-8 werden sich jetzt vier speziellen Bereichen zuwenden (Einkaufen/-Konsum, Müll/Recycling, Energiesparen/Wasserverbrauch, Auto/Verkehr), die im Rahmen der Erhebung beispielhaft näher beleuchtet wurden.

In jedem der vier Bereiche wurden im ersten Schritt einige ausgewählte Aspekte des Verhaltens und im zweiten Schritt bereichsspezifische Einstellungen erhoben. Bei den Verhaltensaspekten ist zu berücksichtigen, daß es sich stets um Selbstauskünfte der Befragten handelt, also um selbstbekundetes Verhalten, das durch die Tendenz zu "ökologisch korrekten Antworten" mehr oder weniger stark beeinflußt sein dürfte.[3] Anders als im Ablauf des Interviews werden wir bei der Darstellung der Ergebnisse die Reihenfolge umdrehen und jeweils mit den Einstellungen beginnen und dann zum Verhalten übergehen.

5.1 Einstellungen zum Thema "Einkaufen/Konsum"

Ähnlich wie das "allgemeine Umweltbewußtsein" läßt sich auch eine umweltorientierte Konsumhaltung als Einstellung mit einer affektiven, kognitiven und konativen (die Handlungsbereitschaft betreffenden) Komponente auffassen. Bezogen auf die drei Komponenten wurden je zwei Aussagen formuliert, denen die Befragten auf einer fünfstufigen Antwortskala zustimmen oder nicht zustimmen konnten. Tabelle 8 informiert über die verwendeten Aussagen und zeigt die Antwortverteilungen.

---

[3] Als "Methoden-Test" wurde an einer Stelle des Interviews die Gelegenheit genutzt, danach zu fragen, ob die Befragten eine BahnCard haben. 7% im Westen und 4% im Osten geben an, daß sie im Besitz einer BahnCard sind. Nach Auskunft der Deutschen Bahn AG hatten Ende 1995 im gesamten Bundesgebiet 5-6% der erwachsenen Bevölkerung eine gültige BahnCard. Dieser Abgleich mit einer offiziell bekannten Verkaufszahl kann insgesamt als ein durchaus ermutigender Hinweis auf die Verläßlichkeit unserer Befragungsdaten gewertet werden.

Tabelle 8: Einstellungen zum Thema "Einkaufen/Konsum" (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST			BEFRAGTE OST		
	--	-/+	++	--	-/+	++
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Ich bin erschrocken darüber, wie viele umweltschädliche Produkte immer noch in den Regalen der Geschäfte stehen	15	31	54	25	39	36
Ich ärgere mich über Leute, die ohne Bedenken große Mengen von Konservendosen kaufen	40	26	34	44	27	29
KOGNITIVE KOMPONENTE						
Die Sorglosigkeit der Leute beim Einkaufen trägt erheblich zu unseren derzeitigen Umweltproblemen bei	15	29	56	20	38	42
Verhaltensänderungen der Leute beim Einkaufen sind dringend notwendig, wenn man im Umweltschutz Fortschritte machen will	10	27	63	13	32	55
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Beim Einkaufen bin ich bereit, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, die weniger umweltbelastend sind	29	34	37	40	33	27
Ich bin dazu entschlossen, in Zukunft (noch) mehr Produkte aus kontrolliert-biologischem Anbau zu kaufen	24	34	42	17	40	43

Erläuterung: -- stimme überhaupt nicht bzw. eher nicht zu; -/+ teils/teils; ++ stimme weitgehend bzw. voll und ganz zu.

Frage: Zum Thema "Einkaufen": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala mit 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=teils/teils, 4=stimme weitgehend zu, 5=stimme voll und ganz zu).

Erschrocken darüber, wie viele umweltschädliche Produkte immer noch in den Regalen der Geschäfte stehen, zeigen sich 54% der Westbefragten und 36% der Ostbefragten. Leute, die ohne Bedenken große Mengen von Konservendosen kaufen, sind für 34% im Westen und 29% im Osten ein Ärgernis. Mithin wird das breite und buntgemischte Warenangebot der Kaufhäuser offenbar im Osten weniger kritisch gesehen als im Westen. 56% der West- und 42% der Ostbefragten schließen sich der Ansicht an, daß die Sorglosigkeit der Leute beim Einkaufen erheblich zu unseren derzeitigen Umweltproblemen beiträgt. Und 63% im Westen

- gegenüber 55% im Osten - erachten Verhaltensänderungen beim Konsum für dringend notwendig, wenn man im Umweltschutz Fortschritte machen will. Betrachtet man die Antworten auf die Frage, ob die Befragten bereit sind, für weniger umweltbelastende Produkte höhere Preise zu bezahlen, ergibt sich folgendes Bild: Im Westen erklären sich hierzu 37% bereit und 29% lehnen ab; im Osten sind 27% bereit und 40% lehnen ab. Anders als im Osten übertrifft im Westen die Zustimmungsquote zwar die Ablehnungsquote, aber man sollte dessen gewahr sein, daß von der bekundeten Bereitschaft hin zum tatsächlichen Verhalten noch eine gewisse Wegstrecke zurückzulegen ist. Etwas größer ist mit 42% im Westen und 43% im Osten die deklarierte Entschlossenheit, in Zukunft mehr Produkte aus kontrolliert-biologischem Anbau zu kaufen.

Im Unterschied zum allgemeinen Umweltbewußtsein (in Tabelle 7) läßt sich damit im Konsum- und Einkaufsbereich ein relativ deutlicher Ost-West-Unterschied beobachten. Wird aus den sechs Aussagen einen Summenindex konstruiert, erweist sich der Ost-West-Unterschied als statistisch signifikant. Im Westen haben die Frauen, jüngere Befragte, Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen eine signifikant höhere umweltorientierte "Konsumhaltung" als Männer, ältere Befragte, Personen mit niedriger Schulbildung und Wähler/innen der anderen Parteien. Dies entspricht im Gesamtmuster den Ergebnissen beim allgemeinen Umweltbewußtsein. Im Osten bestehen bei den Merkmalen Geschlecht und Alter keine nennenswerten Unterschiede, und wie im Westen sind die Einstellungen bei Personen mit höherer Schulbildung und bei Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen stärker an Belangen des Umweltschutzes ausgerichtet.

5.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte im Bereich "Einkaufen/Konsum"

Auf der Verhaltensebene soll im folgenden zuerst betrachtet werden, ob und inwieweit die Befragten in West- und Ostdeutschland beim Einkaufen auf Kennzeichnungen achten, die Hinweise auf umweltfreundliche Produkte geben. Anschließend wird auf einige weitere Verhaltensaspekte eingegangen, die in der Befragung im Bereich "Einkaufen/Konsum" erhoben wurden.

5.2.1 Orientierung an Kennzeichnungen umweltfreudlicher Produkte

Im Einkaufs- und Konsumbereich wird auf vielen Wegen und mit verschiedenen Strategien versucht, die Verbraucher/innen auf ein stärker umweltbewußtes Verhalten hinzulenken. Ein wichtiger Weg ist dabei die Kennzeichnung umweltfreundlicher Produkte. Direkt danach gefragt, wie häufig sie beim Einkaufen auf Hinweise achten, die auf den Verpackungen stehen und etwas zur Umweltverträglichkeit der Produkte sagen, antworten, wie es in Tabelle 9 dargestellt ist, 48% im Westen und 44% im Osten mit "immer" bzw. "oft". Mithin kann man davon ausgehen, daß knapp die Hälfte der Verbraucher/innen umweltbezogenen Verpackungshinweisen in hohem Maße Beachtung schenkt. Die andere Hälfte scheint nur mäßig interessiert bzw. ignoriert die diesbezüglichen Informationen.

Tabelle 9: Beachtung von Verpackungshinweisen zur Umweltverträglichkeit der Produkte (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
immer	13	12
oft	35	32
manchmal	32	30
selten	12	18
nie	8	8

Frage: Wie häufig achten Sie beim Einkaufen auf Hinweise, die auf den Verpackungen stehen und etwas zur Umweltverträglichkeit der Produkte sagen?

Im Westen und im Osten achten Frauen häufiger auf Informationen zur Umweltverträglichkeit ("immer/oft"-Antworten im Westen: 53% bei den Frauen und 42% bei den Männern; im Osten: 47% bei den Frauen und 41% bei den Männern), was insofern bedeutsam ist, als der "tägliche Einkauf" wohl immer noch mehrheitlich von den Frauen bestritten wird. In Abhängigkeit vom Alter der Befragten ergeben sich keine konsistenten Unterschiede. Und während im Westen Personen mit höherer Schulbildung eher auf Umweltverträglichkeitshinweise achten, zeigen sich im Osten in Abhängigkeit von der Schulbildung keine Unterschiede.

Nachdem wir nun wissen, welche Aufmerksamkeit Verpackungshinweisen entgegengebracht wird, entsteht die Anschlußfrage, woran die Verbraucher/innen konkret zu erkennen glau-

ben, ob ein Produkt umweltfreundlich ist. Anknüpfend an die früheren IPOS-Erhebungen wurde die - mehrere Antworten zulassende - Frage in Tabelle 10 verwendet.

Tabelle 10: Erkennungshinweise für umweltfreundliche Produkte 1992 bis 1996 (Angaben in Prozent der jeweiligen Nennungen)

JAHR	92	93	94	96
BEFRAGTE WEST				
Aufdruck "Blauer Engel"	63	62	59	50
Aufschrift "umweltfreundlich"	22	15	20	40
Aufschrift "Öko"	9	8	10	20
Aufschrift "Bio"	8	8	9	22
BEFRAGTE OST				
Aufdruck "Blauer Engel"	45	48	52	33
Aufschrift "umweltfreundlich"	43	33	41	39
Aufschrift "Öko"	26	20	23	27
Aufschrift "Bio"	18	22	19	22

Frage: Woran erkennen Sie, ob ein Produkt umweltfreundlich ist?

Verbleiben wir zunächst bei den Ergebnissen des Jahres 1996, läßt sich aus Tabelle 10 ablesen, daß 50% im Westen und 33% im Osten den "Blauen Engel" nennen.[4] Im Westen ist der Blaue Engel die häufigste Nennung, im Osten wird er von der Aufschrift "umweltfreundlich" übertroffen. Ein Blick auf den Zeittrend in Tabelle 10 legt drei Schlußfolgerungen nahe: Erstens scheint die Aufmerksamkeit auf den Blauen Engel als Erkennungszeichen für umweltfreundliche Produkte im Westen und Osten tendenziell gesunken zu sein. Zweitens ist die Verunsicherung im Westen gestiegen. Und drittens konnte im Zeitverlauf die Verunsicherung im Osten nicht verringert werden.[5] Insgesamt können die Ergebnisse als ein

[4] Sehr viele Produkte schmücken sich inzwischen mit Eigenschaften wie Bio, Öko, umweltfreundlich usw. Das wichtigste Zeichen in diesem Bereich ist aber nach wie vor der Blaue Engel, der von der Jury Umweltzeichen vergeben wird.

[5] Im Hinblick auf den Trend enthält Tabelle 10 allerdings einige schwer interpretierbare Brüche, was teilweise auf die veränderte Methodik der 96er Umfrage (mündliche Interviews in beiden Landesteilen) zurückgehen kann. In anderen Teilen der Befragung hat sich aber gezeigt, daß Trendaussagen unter Rückgriff auf die IPOS-Erhebungen sehr wohl möglich und aussagefähig sind.

Hinweis darauf gewertet werden, daß sich die Verbraucher/innen in der Vielzahl der Umweltetikettierungen langsam aber sicher verirren.

Weiter in Anknüpfung an die IPOS-Erhebungen wurden den Befragten zwei spezielle Fragen zum Blauen Engel vorgelegt, deren Ergebnisse in Tabelle 11 dokumentiert sind.

Tabelle 11: Aufdruck des Blauen Engels als Orientierungskriterium beim Einkaufen (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Achten auf den Blauen Engel		
ja, achte darauf	51	30
nein, achte nicht darauf	29	26
Blauer Engel unbekannt	20	44
Bereitschaft, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr zu bezahlen		
bereit	35	17
nicht bereit	33	26
weiß nicht	12	12
Blauer Engel unbekannt	20	44

Fragen: (1) Achten Sie beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel, oder ist Ihnen dieses Zeichen gar nicht bekannt? (2) Sind Sie bereit, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr Geld auszugeben als für andere Produkte, oder sind Sie dazu nicht bereit?

51% im Westen und 30% im Osten bekunden, daß sie beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel achten. Deutliche West-Ost-Unterschiede gibt es in bezug auf die Kenntnis des Blauen Engels. Während im Westen 20% die Antwort geben, daß sie den Blauen Engel nicht kennen, sind es im Osten 44%. Betrachten wir nur diejenigen, die den Blauen Engel kennen, geben im Westen 63% und im Osten 53% an, daß sie dann tatsächlich beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel achten. Wie so oft spielt aber auch der Preis der Produkte noch eine Rolle. Im Westen sind 35% und im Osten 17% bereit, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr auszugeben als für andere Produkte.

Vergleichen wir die Ergebnisse in Tabelle 11 mit den Ergebnissen der Erhebung im Jahr 1994, ergibt sich folgendes: Der Anteil derer, die beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel achten, hat sich im Westen und Osten kaum verändert. Deutlich verringert hat sich aber die Bereitschaft, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr Geld auszugeben. Sie

ist im Westen von 59% auf 35% gesunken, im Osten von 24% auf 17%. In ihrer "Zahlungswilligkeit" scheinen mithin immer mehr Bundesbürger/innen an Grenzen zu stoßen - ein Befund, der sich im weiteren Ablauf dieses Berichts noch mehrfach bestätigen wird.

5.2.2 Weitere Aspekte umweltorientierten Konsumverhaltens

Weitere Verhaltensaspekte im Einkaufs- und Konsumbereich, die in der Erhebung berücksichtigt wurden, werden zusammenfassend in Tabelle 12 berichtet. Aus der Tabelle läßt sich ablesen, daß Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte im Westen häufiger in Pfandflaschen gekauft werden als im Osten. Die Westdeutschen machen auch häufiger von der Gelegenheit Gebrauch, Verpackungsmaterial im Geschäft zurückzulassen. Bemerkenswert erscheint hier vor allem, daß 55% im Westen und 58% im Osten in den letzten vier Wochen nicht ein einziges Mal die Möglichkeit genutzt haben, Verpackungsmaterial im Geschäft zurückzulassen. In einer Zusatzfrage, die in Tabelle 12 nicht enthalten ist, wurde an dieser Stelle noch erhoben, ob die Befragten überhaupt schon einmal Verpackungsmaterial im Geschäft zurückgelassen haben. 32% im Westen und 35% im Osten haben von dieser Möglichkeit noch nie Gebrauch gemacht; rund ein Drittel der Bevölkerung gibt also an, das Angebot, Verpackungsmaterial im Geschäft zu lassen, zu ignorieren.

Die Frage, ob sie beim Kauf von Obst und Gemüse darauf achten, frische Ware der Saison aus ihrer Region zu kaufen, wird von 58% im Westen und 72% im Osten mit "immer" bzw. "oft" beantwortet. Der zu den beiden vorherigen Fragen gegenläufige Ost-West-Unterschied deutet darauf hin, daß - trotz aller Anfangsbegeisterung für "Westwaren" und vermutlich durch Erfahrungen aus DDR-Zeiten bedingt - die ostdeutsche Bevölkerung beim Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs stärker regional orientiert ist.

Als wichtigstes Kriterium für den Kauf von Textilien stufen im Westen 45% und im Osten 46% die "Langlebigkeit der Kleidungsstücke" ein. Überraschend ist hier vor allem, daß die ostdeutschen Befragten den Preis nicht stärker akzentuieren. Die jeweils aktuelle Mode ist im Westen nur für 15% und im Osten nur für 12% das zentrale Entscheidungskriterium. Dies bedeutet aber nicht, daß Oberbekleidung, die modisch im Trend liegt, nur für 10-15%

Tabelle 12: Weitere Aspekte des Einkaufs- und Konsumverhaltens (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Einkauf von Getränken in Pfandflaschen		
immer in Pfandflaschen	57	46
überwiegend in Pfandflaschen	28	26
teils/teils	14	23
nicht in Pfandflaschen	1	5
Verpackungsmaterial in den letzten vier Wochen im Geschäft gelassen		
fünfmal oder mehr	10	7
drei- bis viermal	12	9
ein- bis zweimal	19	22
gar nicht	55	58
weiß nicht	4	4
Achten beim Kauf von Obst und Gemüse auf frische Ware der Saison aus der Region		
immer	23	32
oft	35	40
manchmal	24	18
selten	11	7
nie	7	3
Wichtigstes Kriterium beim Kauf von Kleidungsstücken		
Langlebigkeit	45	46
Preis	40	42
Mode	15	12
Wichtigkeit von Oberbekleidung, die modisch im Trend liegt		
überhaupt nicht wichtig	12	6
eher nicht so wichtig	39	37
wichtig	43	49
sehr wichtig	6	8
Bereitschaft zum Kauf gentechnischer Lebensmittel		
überhaupt nicht	41	34
eher nicht	32	33
eventuell	22	26
ja, bereit	5	7

Fragen: (1) In welcher Form kaufen Sie Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte? (2) Wie oft haben Sie in den letzten vier Wochen die vorhandenen Möglichkeiten genutzt, Verpackungsmaterial im Geschäft zurückzulassen? (3) Wie häufig achten Sie beim Kauf von Obst und Gemüse darauf, frische Ware der Saison aus Ihrer Region zu kaufen? (4) Wenn Sie sich neu einkleiden, was von den drei folgenden Dingen ist für Sie am wichtigsten? (5) Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, daß Ihre Oberbekleidung modisch im Trend liegt? (6) Bei entsprechendem Preis und entsprechenden staatlichen Kontrollen, wären Sie da bereit, gentechnisch-behandelte und gentechnisch-hergestellte Lebensmittel zu kaufen?

bedeutsam ist, da sich Mode, Langlebigkeit und eventuell sogar ein günstiger Preis nicht notwendig ausschließen. 49% im Westen und 57% im Osten stufen Oberbekleidung, die modisch im Trend liegt, als wichtig bzw. sehr wichtig ein.

Eher Erkundungscharakter hatte die letzte Frage in Tabelle 12, ob die Befragten bereit wären, gentechnisch-behandelte und gentechnisch-hergestellte Lebensmittel zu kaufen. 41% im Westen und 34% im Osten lehnen gentechnische Lebensmittel ab; 5% bzw. 7% bekunden eine Bereitschaft ohne Einschränkungen. Die Befragten im Osten artikulieren mithin gegenüber gentechnischen Lebensmitteln etwas weniger Vorbehalte als die Befragten in Westen.

Gliedert man beispielhaft die drei ersten Fragen aus Tabelle 12 nach den demographischen Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung auf, ergibt sich das Bild in Tabelle 13.

Tabelle 13: Einkaufsverhalten in Abhängigkeit vom Geschlecht, dem Alter und der Schulbildung der Befragten (Angaben in Prozent)

	Kauf von Pfand-flaschen		Verpackungen im Geschäft gelassen		Gemüse/Obst nach Saison aus Region	
BEFRAGTE	WEST	OST	WEST	OST	WEST	OST
Insgesamt	85	72	41	38	58	72
Geschlecht						
Männer	84	72	36	38	53	69
Frauen	86	72	45	38	62	75
Alter in Jahren						
18 - 30 Jahre	81	62	48	41	52	61
31 - 45 Jahre	87	74	42	43	55	69
46 - 60 Jahre	87	75	43	38	64	73
Älter als 60	85	73	33	32	61	78
Schulbildung						
niedrig	84	72	42	31	58	71
mittel	87	73	37	43	58	72
hoch	89	73	42	45	58	76

Erläuterung: Kauf von Pfandflaschen = Anteil der Befragten, die Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte immer bzw. überwiegend in Pfandflaschen kaufen; Verpackungsmaterial im Geschäft gelassen = Anteil der Befragten, die in den letzten vier Wochen mindestens einmal Verpackungsmaterial im Geschäft zurückgelassen haben; Gemüse/Obst nach Saison aus Region = Anteil der Befragten, die beim Kauf von Obst und Gemüse darauf achten, frische Ware der Saison aus ihrer Region zu kaufen.

In Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten zeigen sich keine Unterschiede beim Kauf von Pfandflaschen; westdeutsche Frauen lassen häufiger als westdeutsche Männer Verpackungsmaterial im Geschäft zurück; und die Frauen in West- und Ostdeutschland achten beim Kauf von Obst und Gemüse häufiger auf frische Ware der Saison aus der Region. Angesichts des höheren Umweltbewußtseins der jüngeren Generation muß hervorgehoben werden, daß die Nutzung von Pfandflaschen und das Achten auf frisches Obst und Gemüse aus der Region eher mit zunehmendem Alter steigt; lediglich die relativ neue Regelung, daß man Verpackungsmaterial im Geschäft zurücklassen kann, wird von den Jüngeren eher angenommen. Ebenfalls in dieser Hinsicht überraschend sind die fast fehlenden Unterschiede nach der Schulbildung der Befragten. Bei den Westdeutschen sind Bildungseffekte bei allen drei Verhaltensaspekten praktisch nicht vorhanden; und bei den Ostdeutschen ist nur die Akzeptanz der Verpackungsmaterialregelung bei Personen mit höherer Schulbildung überdurchschnittlich.

Insgesamt bringen damit die Differenzierungen nach demographischen Merkmalen recht gemischte Befunde. Lassen wir die Textil- und Modefragen außer acht, kann man - mit Blick auf das Geschlecht - am ehesten noch den westdeutschen Frauen ein Einkaufs- und Konsumverhalten bescheinigen, das verstärkt Umweltbelange berücksichtigt. Beim Alter und zum Teil auch bei der Schulbildung deutet sich ein gewisser Konflikt an, der uns auch in den folgenden Kapiteln noch wiederholt begegnen wird: Auf der einen Seite ist das allgemeine und bereichsspezifische Umweltbewußtsein von jüngeren Personen und Personen mit höherer Schulbildung überdurchschnittlich stark ausgeprägt, auf der anderen Seite haben gerade diese beiden Gruppen einen Konsum- und Lebensstil entwickelt, der sich mit dem deklarierten Bewußtsein nur schwer vereinbaren läßt.

6. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "MÜLL/RECYCLING"

Wie schon im Bereich "Einkaufen/Konsum" soll auch im Bereich "Müll/Recycling" mit Einstellungen der Bevölkerung zu diesem Thema begonnen und anschließend zu Rahmenbedingungen sowie zum Verhalten übergegangen werden. Ohne explizit zwischen Müllvermeidung und Mülltrennung zu unterscheiden, lag der Schwerpunkt der Erhebung in diesem

Bereich bei der Mülltrennung, da die Müllvermeidung stark in eher vorgelagerte Bereiche hineinreicht. Auf Einstellungen der Bevölkerung zu politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der "Müllflut" wird im letzten Abschnitt dieses Kapitels eingegangen.

6.1 Einstellungen zum Thema "Müll/Recycling"

Gänzlich analog zum Konsumbereich wurde auch im Bereich Müll/Recycling mithilfe von sechs Aussagen versucht, wichtige bereichsspezifische Einstellungen der Bevölkerung zu erfassen. Tabelle 14 faßt die Ergebnisse zusammen.

Auf der emotionalen Ebene ist das Problem der "Müllflut" im Osten offenbar stärker besetzt als im Westen. 49% im Westen und 59% im Osten befürchten, daß wir bald in dem von uns produzierten Müll ersticken werden; und 69% im Westen - gegenüber 83% im Osten - fühlen sich von auf Straßen und am Wegrand herumliegenden Abfällen gestört und belästigt. Diese Prozentwerte belegen, daß das Thema "Müll und Abfall" in West und Ost in hohem Maße die Gemüter erregt.

Auch auf der kognitiven Ebene sind die Befragten in Ostdeutschland tendenziell stärker alarmiert als in Westdeutschland. 57% im Westen und 58% im Osten lehnen die Aussage ab, daß die Bedeutung des Müllproblems und des Recyclings in der Umweltdiskussion übertrieben wird; und 31% im Westen - gegenüber 43% im Osten - stimmen nicht der Aussage zu, daß die Deutschen bei der Mülltrennung und beim Recycling vorbildlich seien und man in diesem Bereich nicht mehr viel verbessern könne.

22% im Westen und 15% im Osten erklären sich bereit, höhere Müllgebühren zu bezahlen, wenn dadurch der Restmüll umweltschonender beseitigt werden könnte. Deutlich höher ist demgegenüber mit 48% im Westen und 60% im Osten die Bereitschaft, in Zukunft noch weitere Müllarten getrennt zu sammeln.

Fassen wir die sechs Aussagen von Tabelle 14 zu einem additiven Index zusammen, ergibt sich - trotz der geringeren Zahlungsbereitschaft - ein signifikant höherer Gesamtwert für die

Tabelle 14: Einstellungen zum Thema "Müll/Recycling" (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST			BEFRAGTE OST		
	--	-/+	++	--	-/+	++
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Ich befürchte, wir werden bald in dem von uns produzierten Müll ersticken	25	26	49	18	23	59
Herumliegender Abfall auf den Straßen und am Wegrand regt mich ziemlich auf	12	19	69	5	12	83
KOGNITIVE KOMPONENTE						
In der Umweltdiskussion wird die Bedeutung des Müllproblems und des Recyclings übertrieben	57	27	16	58	29	13
Bei der Mülltrennung und beim Recycling sind die Deutschen vorbildlich, und man kann da nicht mehr viel verbessern	31	34	35	43	38	19
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Ich wäre bereit, höhere Müllgebühren zu bezahlen, wenn dadurch der Restmüll umweltschonender beseitigt werden könnte	47	31	22	59	26	15
Ich wäre dazu bereit, in Zukunft noch weitere Müllarten getrennt zu sammeln	26	26	48	15	25	60

Erläuterung: -- stimme überhaupt nicht bzw. eher nicht zu; -/+ teils/teils; ++ stimme weitgehend bzw. voll und ganz zu.

Frage: Zum Thema "Mülltrennung und Abfall": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala mit 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=teils/teils, 4=stimme weitgehend zu, 5=stimme voll und ganz zu).

ostdeutsche Bevölkerung. In der soziodemographischen Aufgliederung erhalten wir für Westdeutschland das inzwischen geläufige Bild: Frauen, jüngere Befragte, Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen sind stärker besorgt und sensibilisiert als Männer, ältere Befragte, Personen mit niedriger Schulbildung und Wähler/-innen der anderen Parteien. In Ostdeutschland lassen sich keine nennenswerten Unterschiede nach dem Geschlecht, dem Alter und der Schulbildung der Befragten feststellen; lediglich bei der Parteipräferenz erweisen sich die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen als überdurchschnittlich problembewußt (und auch zahlungswillig).

6.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Müll/Recycling"

Ob und inwieweit Personen bzw. Haushalte an der Mülltrennung und am Recycling partizipieren, dürfte in hohem Maße von den jeweiligen Rahmenbedingungen und damit von der Gelegenheitsstruktur abhängen. Aus diesem Grund werden im folgenden zunächst kurz die Ergebnisse zu einigen Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen für Recyclingaktivitäten dargestellt, und erst danach wird das Verhalten ins Blickfeld genommen.

6.2.1 Möglichkeiten und Gelegenheiten für Recyclingaktivitäten

Das System der Abfallbeseitigung und der Wiederverwertung bestimmter Materialien hat sich in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung drastisch geändert. Deshalb erscheint es wichtig zu wissen, inwieweit die dazugehörige Infrastruktur im Osten inzwischen westdeutsche Standards erreicht hat. Dies läßt sich mit einer Befragung zwar nicht exakt objektivieren, dennoch wurde versucht, mit einigen ausgewählten "Fakt-Fragen" einen gewissen Einblick zu gewinnen.

Auf die Frage "Von Ihrer Wohnung aus, wie weit entfernt ist der nächste Sammel-Container für Altpapier?" geben die Befragten in Ostdeutschland eine im Durchschnitt kürzere Wegstrecke an als die Befragten in Westdeutschland. Es ist zwar so, daß den westdeutschen Haushalten häufiger die "Bequemst-Lösung" geboten wird, daß der Haushalt direkt eine eigene Altpapiertonne hat.[6] Aber auch dann, wenn man dies in Rechnung stellt, verbleibt - gemessen an der Entfernung - insgesamt ein Bequemlichkeitsvorteil für die ostdeutschen Haushalte. Genauso verhält es sich für den Weg zum nächsten Altglascontainer. Auch hier geben die Ostdeutschen eine im Durchschnitt kürzere Wegstrecke an als die Westdeutschen. Bei den Möglichkeiten, Altpapier und Altglas dem Recycling zuzuführen, kann mithin nicht (mehr) von einem Ost-West-Gefälle ausgegangen werden.

---

[6] In der Frage nach der Entfernung des nächsten Altpapiercontainers war die Antwortvorgabe "Haushalt hat eine eigene Altpapiertonne" enthalten.

Anders ist es bei Bio-Müll und bei Sonderabfällen. Die Frage "Gibt es an Ihrem Wohnort eine getrennte Müllabfuhr oder besondere Container für Bio-Müll (Braune Tonne)?" wird von 49% im Westen und 38% im Osten bejaht. Zudem geben mit 42% - gegenüber 38% im Osten - die Befragten im Westen etwas häufiger an, daß ihr Haushalt einen eigenen Kompost hat, wo Bio-Müll ganz oder teilweise kompostiert werden kann. Noch stärker ist der Ost-West-Unterschied bei den Möglichkeiten zur Entsorgung von Sondermüll. Der Frage "Gibt es - in erreichbarer Entfernung von Ihrer Wohnung - feste oder mobile Sammelstellen für Sondermüll wie Farbreste, Lösungsmittel, Chemikalien oder ähnliches?" stimmen 62% der Befragten in den alten Bundesländern, aber nur 33% der Befragten in den neuen Bundesländern zu.

Was schließlich das Duale System und Produkte mit dem Grünen Punkt anbelangt, wurde gefragt, in welcher Form das Duale System für den Haushalt der befragten Person geregelt ist (gelber Sack, zum Haus gehörende gelbe Tonne, in der Nähe gelegener gelber Container, entfernt gelegener gelber Container, nichts davon). Dabei ergibt sich, daß die Variante des gelben Sacks, die für die Verbraucher/innen vermutlich die bequemste Lösung darstellt, im Westen häufiger ist als im Osten (58% versus 42%). In Ostdeutschland stützt sich das Duale System mehr auf in der Nähe gelegene gelbe Container, die ebenfalls der Bevölkerung nicht allzu große Verhaltenszumutungen aufbürden. Überraschend ist bei der Frage nach der Form der Regelung des Dualen Systems, daß 15% im Westen und 6% im Osten darauf beharren, daß das Duale System sie "unversorgt" läßt.

6.2.2 Beteiligung am Recycling

Nach dieser Skizze der wahrgenommenen Infrastruktur für Recyclingaktivitäten soll jetzt die Beteiligung an der Mülltrennung betrachtet werden. Diese wurde erhoben, indem nach der Häufigkeit des getrennten Sammelns von neun verschiedenen Materialien gefragt wurde, die in einem Haushalt als Abfall anfallen. In zwei zusätzlichen Fragen wurde thematisiert, ob sich der Haushalt am Dualen System beteiligt und wie häufig recyclingfähige Materialien in den Restmüll geworfen werden. Über die Ergebnisse informieren die nachstehenden Tabellen 15 und 16.

Tabelle 15: Häufigkeit des Recyclings verschiedener Materialien (Angaben in Prozent)

	immer	häufig	gelegent-lich	nie
BEFRAGTE WEST				
Papier und Zeitungen	84	11	3	2
Glas	84	11	4	1
Batterien	76	11	7	6
Plastik	66	14	12	8
Konservenbüchsen	66	13	9	12
Medikamente	65	15	10	10
Aluminium	61	13	12	14
Textilien	60	17	12	11
Lebensmittelabfälle	52	15	14	19
BEFRAGTE OST				
Papier und Zeitungen	86	9	4	1
Glas	83	11	5	2
Batterien	61	10	13	16
Plastik	73	12	10	5
Konservenbüchsen	68	13	9	10
Medikamente	59	9	13	19
Aluminium	59	13	11	17
Textilien	68	14	10	8
Lebensmittelabfälle	56	11	12	21

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die in einem Haushalt als Abfall anfallen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diese: immer, häufig, gelegentlich oder nie vom Restmüll getrennt sammeln.

Tabelle 16: Zusätzliche Aspekte des Recyclingverhaltens (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Beteiligung am Dualen System		
ja	71	74
teils/teils	8	11
nein	21	15
Recyclingfähige Materialien in den Restmüll		
nie	24	22
selten	38	39
manchmal	26	29
oft	9	7
sehr oft	3	3

Fragen: (1) Beteiligt sich Ihr Haushalt am Dualen System, also bei der getrennten Sammlung der Verpackungen, die den Grünen Punkt haben? (2) Wie oft kommt es vor, daß Sie Dinge, die Sie getrennt sammeln könnten, aus irgendwelchen Gründen doch in den Restmüll werfen?

Eindeutig am häufigsten werden nach Tabelle 15 Altpapier und Altglas dem Recycling zugeführt. Begegnet man (angesichts sozial erwünschter Angaben in der Befragungssituation) bereits der Antwort "häufig" mit einer gewissen Skepsis, läßt sich sagen, daß es sich etwa 15-20% der Bevölkerung noch nicht zur Routine gemacht haben, ihr Altpapier und Altglas regelmäßig getrennt zu sammeln. Trotz der oben beschriebenen Unterschiede in den Entfernungen zum nächsten Altpapier- und Altglas-Container bestehen hier keine nennenswerten West-Ost-Differenzen.

Während im Westen Batterien häufiger getrennt gesammelt werden als im Osten, verhält es sich bei Plastik eher umgekehrt. Beim Recycling von Konservenbüchsen und Aluminium bestehen praktisch keine Ost-West-Unterschiede. Medikamente werden von den Westdeutschen häufiger vom Restmüll getrennt, im Gegenzug führen die Ostdeutschen etwas öfter ihre gebrauchten Textilien der Wiederverwertung zu. In beiden Landesteilen am seltensten werden Lebensmittelabfälle vom Restmüll getrennt. Vor dem Hintergrund der obigen Ergebnisse bezüglich der Infrastruktur zur Trennung von Bio-Müll überrascht, daß die Ostdeutschen sogar etwas häufiger angeben, Lebensmittelabfälle separat der Entsorgung zuzuführen.

Insgesamt sind die Ost-West-Unterschiede in Tabelle 15 recht heterogen, so daß sich der Gesamteindruck aufdrängt, daß kaum systematische Ost-West-Differenzen auf der Ebene des Verhaltens bestehen. Diese Interpretation wird auch durch einen Blick auf Tabelle 16 gestützt. Die Beteiligung am Dualen System unterscheidet sich in Ost und West nur marginal, wobei aber erwähnenswert erscheint, daß sich 21% im Westen und 15% im Osten gemäß ihren Aussagen dem Dualen System "verweigern". Lediglich 12% im Westen und 10% im Osten gestehen zu, daß sie oft oder sehr oft Materialien, die sie getrennt sammeln könnten, in den Restmüll werfen.

Vergeben wir, um einen Gesamtüberblick zu gewinnen, für jede "immer"-Nennung in Tabelle 15 einen Punkt und weitere Punkte, sofern sich die befragte Person am Dualen System beteiligt und "nie" oder "selten" recyclingfähige Materialien in den Restmüll wirft, erreichen die Befragten in West- und Ostdeutschland die gleiche durchschnittliche Punktzahl. Mit diesem Summenindex wird in Tabelle 17 zusätzlich untersucht, ob und inwieweit es Unterschiede im Recyclingverhalten in Abhängigkeit von fünf ausgewählten Merkmalen gibt.

Tabelle 17: Recyclingverhalten in Abhängigkeit von fünf Merkmalen (Mittelwerte auf einem Index des Recyclingverhaltens von 0-11)

BEFRAGTE	WEST	OST
Insgesamt	7.5	7.5
Geschlecht		
Männer	7.1	7.4
Frauen	7.8	7.5
Alter in Jahren		
18 - 30 Jahre	6.6	6.4
31 - 45 Jahre	7.3	7.3
46 - 60 Jahre	8.0	7.6
Älter als 60 Jahre	7.9	7.9
Schulbildung		
niedrig	7.4	7.7
mittel	7.5	7.3
hoch	7.5	7.3
Parteipräferenz		
CDU/CSU	8.1	7.4
SPD	7.1	7.4
Bündnis 90/Die Grünen	7.7	7.8
PDS	---	7.6
Ortsgröße		
Unter 5.000 Einwohner	7.8	8.1
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	8.4	7.9
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	8.0	7.9
100.000 Einwohner und mehr	6.4	6.1

Im Westen, nicht aber im Osten beteiligen sich die Frauen signifikant häufiger am Recycling als die Männer. Die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten zeigen ein deutlich geringeres Engagement bei der Mülltrennung. Dieses Auseinanderfallen von Bewußtsein und Verhalten speziell bei der jüngeren Generation war schon beim Einkaufsverhalten ein wichtiges Ergebnis. Auch die umweltbewußteren Personen mit höherer Bildung setzen dieses Bewußtsein offenbar nicht in eine vermehrte Mitwirkung an der Mülltrennung um. Das stärkste Engagement beim Recycling zeigen im Westen die Wähler/innen von CDU/CSU, und nicht wie erwartet die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen. In Abhängigkeit von der Ortsgröße zeigt sich schließlich, daß im Westen Mülltrennung am ehesten in mittelgroßen Orten betrieben wird; im Osten sinkt die Beteiligung am Recycling kontinuierlich mit der Ortsgröße.

6.3 Beurteilung verschiedener Vorschläge zur Bekämpfung der Müllflut

Mit Blick auf die Frage, was zur Bekämpfung der "Müllflut" getan werden könnte, wurde in der Erhebung auf drei IPOS-Vorgaben zurückgegriffen, was den Vorteil hat, daß sich der Zeittrend in der Beurteilung verschiedener Maßnahmen nachvollziehen läßt. Die zu beurteilenden Vorschläge in den IPOS-Studien bezogen sich auf eine Erhöhung der Müllgebühren, auf den Bau zusätzlicher Müllverbrennungsanlagen und auf die Einrichtung von mehr Mülldeponien. Zusätzlich wurde nun die Vorgabe eingebracht, daß den Herstellern von Produkten mehr gesetzliche Vorschriften gemacht werden sollten. Der genaue Fragetext und die Ergebnisse für den Beobachtungszeitraum von 1991 bis 1996 finden sich in der nachstehenden Tabelle 18.

Tabelle 18: Befürwortung verschiedener Maßnahmen zur Bekämpfung der Müllflut 1991 bis 1996 (Anteile derer, die die Maßnahmen befürworten)

Jahr	91	92	93	94	96
Mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten					
Befragte West	--	--	--	--	88
Befragte Ost	--	--	--	--	90
Bau von mehr Müllverbrennungsanlagen					
Befragte West	37	39	42	43	37
Befragte Ost	60	56	61	55	50
Einrichtung von mehr Mülldeponien					
Befragte West	25	22	23	22	31
Befragte Ost	29	28	26	22	42
Erhöhung der Müllgebühren					
Befragte West	33	23	21	17	7
Befragte Ost	19	10	12	7	5

Frage: Nach wie vor gibt es zuviel Müll. Deshalb wird über eine Reihe von Vorschlägen diskutiert, um dieses Problem zu lösen. Sind Sie dafür oder dagegen: (A) daß den Herstellern von Produkten mehr gesetzliche Vorschriften gemacht werden, (B) daß mehr Müllverbrennungsanlagen gebaut werden, (C) daß mehr Mülldeponien eingerichtet werden, (D) daß die Müllgebühren erheblich erhöht werden?

Mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten finden die höchste und eine geradezu überwältigende Zustimmung. Trotz vielfach berechtigter Kritik an Herstellern und bestehenden gesetzlichen Vorschriften wird an dieser Stelle eine gewisse Tendenz zur Verlagerung von Verantwortung sichtbar. An zweiter und dritter Position folgen (mit deutlichem Abstand) die Zustimmung zum Bau von mehr Müllverbrennungsanlagen und zur Einrichtung weiterer Mülldeponien. Praktisch nicht vorhanden ist die Bereitschaft, erheblich höhere Müllgebühren zu akzeptieren: 7% im Westen und 5% im Osten stimmen dem zu.

In Westdeutschland ist die Zustimmung zur Option höherer Müllgebühren von 1991 bis 1996 kontinuierlich von 33% auf 7% gesunken, im Osten von 19% auf 5%. Bei der Interpretation dieses Ergebnis muß berücksichtigt werden, daß die Gebühren für die Abfallentsorgung in den zurückliegenden Jahren - regional unterschiedlich - zum Teil erheblich gestiegen sind. Hinzu kommt die zweifellos "unglückliche" (d.h. die Motivation sicher nicht fördernde) Konstellation, daß sich die Gebühren erhöht haben, obwohl die Bürger/innen ihre Restmüllmenge vermindert haben.

Eine Verschiebung im Vergleich zu 1994 läßt sich im Meinungsbild "Müllverbrennungsanlagen versus Mülldeponien" konstatieren. Die Akzeptanz von Müllverbrennungsanlagen ist im West- und Ostdeutschland etwas zurückgegangen, die von Mülldeponien jedoch deutlich gestiegen. Sowohl Müllverbrennungsanlagen als auch Mülldeponien werden von der ostdeutschen Bevölkerung weniger häufig abgelehnt als von der westdeutschen Bevölkerung.

7. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "ENERGIESPAREN/ WASSERVERBRAUCH IM HAUSHALT"

Thema dieses Kapitels ist in erster Linie der Energieverbrauch und das Energiesparen im Haushalt. Ergänzend wird der Wasserverbrauch thematisiert. Im ersten Schritt werden Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt" untersucht, im zweiten Schritt wird auf das Verhalten und auf Rahmenbedingungen in verschiedenen energieintensiven Bereichen des Haushalts eingegangen.

7.1 Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt"

Mit den Facetten einer affektiven, kognitiven und konativen Komponente wurden auch die Einstellungen im Energiebereich über sechs Aussagen zu erfassen versucht. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 19.

Tabelle 19: Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt" (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST			BEFRAGTE OST		
	--	-/+	++	--	-/+	++
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Ich ärgere mich darüber, daß viele Leute Energie verschwenden, indem sie ihre Wohnungen überheizen	26	28	46	31	26	43
Es ist mir ziemlich egal, ob Leute ihre Wohnungen mit Kohle, Öl Gas oder Solarzellen beheizen	30	28	42	31	28	41
KOGNITIVE KOMPONENTE						
Staatliche Auflagen über Wärmedämmung und Energie-Einsparung beim Bau eines neuen Hauses sind meiner Meinung nach überflüssige Bürokratie	55	25	20	61	22	17
Um Energie zu sparen, sollte sich jeder einzelne selbst bemühen, möglichst wenig warmes Wasser zu verbrauchen	8	21	71	7	23	70
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Ich bin dazu entschlossen, in Zukunft den Energieverbrauch in meinem Haushalt (noch weiter) zu senken	15	32	53	9	23	68
Bei der Anschaffung neuer Haushaltgeräte bin ich bereit, vorrangig auf einen niedrigen Energieverbrauch zu achten	7	19	74	2	12	86

Erläuterung: -- stimme überhaupt nicht bzw. eher nicht zu; -/+ teils/teils; ++ stimme weitgehend bzw. voll und ganz zu.

Frage: Zum Thema "Energiesparen": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala mit 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=teils/teils, 4=stimme weitgehend zu, 5=stimme voll und ganz zu).

Emotional ruft der Bereich des Energiesparens schwächere Reaktionen hervor als das Müllproblem und ist in etwa vergleichbar mit dem Einkaufs- und Konsumbereich. Immerhin 46% im Westen und 43% im Osten geben an, daß sie sich darüber ärgern, daß viele Leute Energie verschwenden, indem sie ihre Wohnungen überheizen. Für 30% der Befragten im Westen und 31% im Osten ist es nicht gleichgültig, ob Leute ihre Wohnungen mit Kohle, Öl, Gas oder Solarzellen beheizen. Auf der affektiven Dimension sind also die Reaktionen im Westen und Osten ziemlich gleich. Sehr ähnlich ist das Bild auch auf der kognitiven Ebene. 55% im Westen und 61% im Osten halten staatliche Auflagen über Wärmedämmung und Energie-Einsparung beim Bau eines neuen Hauses nicht für überflüssige Bürokratie, wobei man bei der 6-Prozentpunkte-Differenz wiederum bedenken muß, daß staatliche Steuerungsmaßnahmen im Osten in der Regel auf eine etwas höhere Zustimmung stoßen. Der Aufforderung, jeder einzelne sollte sich bemühen, möglichst wenig warmes Wasser zu verbrauchen, stimmen 71% der Befragen im Westen und 70% der Befragten im Osten zu. Ein klarer Ost-West-Unterschied läßt sich allerdings auf der Ebene der Handlungsbereitschaft beobachten. Mit 68% - gegenüber 53% im Westen - zeigen sich die Ostdeutschen entschlossener, in Zukunft den Energieverbrauch in ihrem Haushalt zu senken; und auch bei der Anschaffung neuer Haushaltsgeräte sind sie mit 86% - gegenüber 74% im Westen - eher bereit, vorrangig auf einen niedrigen Energieverbrauch der Geräte zu achten. Anders als bei vielen Entscheidungen im Einkaufs- und Konsumbereich, wo "ökologische Produkte" meistens den Geldbeutel belasten, gehen im Energiebereich Ökologie und Ökonomie vielfach Hand in Hand; dies dürfte die stärkere Bereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung, private Energiesparmaßnahmen einzuleiten, zumindest teilweise erklären.

Der Vorsprung auf der Komponente der Handlungsbereitschaft führt dazu, daß das (freilich nicht notwendig auf ökologischen Erwägungen basierende) "Energiebewußtsein" im Osten insgesamt höher liegt als im Westen. Bei den Befragten in Ostdeutschland bestehen keine Unterschiede in Abhängigkeit vom Geschlecht und dem Alter; Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen erweisen sich als überdurchschnittlich energiebewußt. In Westdeutschland sind Frauen, jüngere Befragte, Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen signifikant stärker für die Probleme im Energiebereich sensibilisiert.

7.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"

Den Hauptanteil an den Energiekosten eines durchschnittlichen Privathaushalts machen die Heizkosten aus. Aus diesem Grund beginnen wir damit, Rahmenbedingungen und Aspekte des Verhaltens beim Beheizen von Wohnungen zu beleuchten. Zusätzlich enthielt die Befragung einige Fragen zum Wasserverbrauch, zum Einsatz von Energiesparlampen u.ä., deren Ergebnisse im zweiten Schritt dargestellt werden.

7.2.1 Heizungssysteme und Aspekte des Heizverhaltens

Es ist bekannt, daß in Ostdeutschland in der Zeit vor der Wiedervereinigung zahlreiche Wohnungen mit Kohleöfen beheizt wurden. Ein weiteres Kennzeichen der DDR bestand darin, daß die Heizkosten in vielen Mietwohnungen quasi "kollektiven Charakter" hatten, da der Verbrauch den Haushalten nicht individuell zugerechnet und finanziell angelastet wurde. Ob und inwieweit auf diesen beiden Dimensionen der Infrastruktur (Art der Heizung und Modus der Heizkostenabrechnung) noch Ost-West-Unterschiede bestehen, wurde im Rahmen mehrerer Einzelfragen zum Beheizen der Wohnungen als erstes überprüft.

Wie Tabelle 20 zeigt, lassen sich bei der Art, wie die Haushalte im Winter ihre Wohnungen hauptsächlich beheizen, noch signifikante Ost-West-Unterschiede beobachten. Die beiden dominierenden "Heizformen" im Westen sind die Ölzentralheizung mit 40% und die Gaszentralheizung mit 32%. An erster Stelle im Osten steht mit 33% die Fernwärme[7]; bereits an zweiter Stelle taucht mit 21% der Kohle- und Holzofen auf; die Gas- und Ölzentralheizung sind mit 19% und 13% vertreten. 76% im Westen und 74% im Osten geben an, daß die Heizkosten für ihren Haushalt mittlerweile genau nach dem Verbrauch berechnet werden. Nur für 8% im Westen und 9% im Osten werden die Heizkosten pauschal, also in Form einer festen Summe, berechnet. Daß dieser Anteil im Osten nicht mehr deutlich höher ist als im Westen, kann als ein durchaus überraschendes Ergebnis eingestuft werden.

---

[7] Ob die Fernwärme auf Gas, Öl, Kohle oder auf einem Mischsystem basiert, wurde - da es die Befragten oft nicht wissen - nicht zu erfragen versucht.

Tabelle 20: Art der Heizung und Modus der Heizkostenabrechnung (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Art der Heizung		
Ölzentralheizung	40	13
Ölofen	4	1
Gaszentralheizung	32	19
Gasetagenheizung	6	7
Nachtstromspeicherheizung	6	1
Fernwärme	8	33
Kohlezentralheizung	0	4
Kohleofen/Holzofen	2	21
Sonstiges	2	1
Modus der Heizkostenabrechnung		
Genau nach Verbrauch	76	74
Teilweise nach Verbrauch/Umlageverfahren	12	12
Feste/pauschale Abrechnung	8	9
Weiß nicht, sonstiges	4	5

Fragen: (1) Wie beheizen Sie im Winter Ihre Wohnung? Welche Heizform nutzen Sie hauptsächlich? (2) Wie berechnen sich für Ihren Haushalt die Heizkosten? Geht das genau nach dem Verbrauch, teilweise nach dem Verbrauch/Umlageverfahren oder ist das eine feste/pauschale Abrechnung?

Auf der Ebene des Verhaltens wurden beispielhaft drei Aspekte abgefragt: erstens die Art und Weise, wie die Befragten im Winter ihre Wohnung lüften, zweitens die Regelung der Raumtemperatur über Nacht und drittens das Verhalten bei längerer Abwesenheit. Die Ergebnisse zu diesen drei Fragen sind in Tabelle 21 zusammengestellt.

Die heizkostenintensiven Formen des Lüftens, nämlich Fenster mehrere Stunden zu kippen bzw. ganz zu öffnen, praktizieren im Westen nur 10% bzw. 5% der Befragten, im Osten nur 7% bzw. 3%. Die in der Regel günstigste Variante, nämlich täglich mehrmals für wenige Minuten zu lüften, geben 35% im Westen und 38% im Osten an. Hier bestehen also keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Befragten in West- und Ostdeutschland.

Bei den zwei Fragen zur Regulierung der Raumtemperatur beschränken sich die Aufgliederungen in Tabelle 21 auf diejenigen, die ihre Wohnung nicht hauptsächlich mit Kohleöfen beheizen (98% der Befragten im Westen und 79% im Osten). Die Frage, ob sie im Winter ihre Heizung nachts herunterdrehen, wird im Westen von 54% und im Osten von 62% bejaht. Die höhere Zustimmungsquote im Osten läßt sich aber nicht unmittelbar als Verhaltens-

Tabelle 21: Aspekte des "Heizverhaltens" (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Form des täglichen Lüftens der Wohnung im Winter		
mehrmals wenige Minuten	35	38
eine Viertelstunde durchlüften	48	51
mehrere Stunden Fenster kippen	10	7
mehrere Stunden Fenster ganz öffnen	5	3
sonstiges	2	1
Abdrehen/Herunterdrehen der Heizung über Nacht		
ja, drehe ab/herunter	54	62
nein, drehe nicht ab/herunter	10	9
Heizung wird automatisch heruntergestellt	34	23
Abdrehen ist technisch nicht möglich	2	6
Abdrehen/Herunterdrehen der Heizung bei längerer Abwesenheit		
ja, drehe ab/herunter	54	57
nein, drehe nicht ab/herunter	30	22
Heizungssystem läuft automatisch	13	15
Abdrehen ist technisch nicht möglich	3	6

Fragen: (1) Wenn Sie im Winter Ihre Wohnung lüften, wie machen Sie das in der Regel? (2) Drehen Sie im Winter Ihre Heizung nachts herunter? Was vom folgenden trifft zu? (3) Wenn Sie im Winter Ihre Wohnung für mehr als vier Stunden verlassen, drehen Sie da normalerweise die Heizung ab oder herunter? Was vom folgenden trifft auf Sie zu?

differenz interpretieren. Sie ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Westdeutschen häufiger ein Heizungssystem haben, das die Temperatur bei Nacht automatisch reduziert. Betrachten wir nur die Teilgruppe derer, deren Heizungssystem nicht automatisch geregelt wird und bei denen ein Ab- oder Herunterdrehen der Heizung technisch möglich ist, verringern im Westen 84% und im Osten 87% über Nacht die Raumtemperatur.

Strukturell ähnlich sind die Antworten auf die Frage, ob die Befragten normalerweise ihre Heizung ab- oder herunterdrehen, wenn sie im Winter ihre Wohnung für mehr als vier Stunden verlassen. 54% im Westen und 57% im Osten geben an, daß sie dies tun. Auch hier ist zu bedenken, daß zum einen zahlreiche Haushalte ein Heizungssystem haben, das automatisch gesteuert wird und in das der "Laie" am besten überhaupt nicht eingreifen sollte, und daß zum anderen eine Regulierung der Heizung gelegentlich technisch nicht möglich ist. Schließen wir diese beiden Gruppen aus der Betrachtung aus, reduzieren 65%

im Westen und 72% im Osten die Raumtemperatur, wenn sie ihre Wohnung für mehr als vier Stunden verlassen.

Bei allen drei Verhaltensaspekten deutet sich zwar an, daß die Befragten in Ostdeutschland etwas überlegter mit Heizenergie umgehen, die Unterschiede liegen jedoch im Bereich von Zufallsschwankungen einer Stichprobe, so daß man am besten an der Nullhypothese, die besagt, daß kein Unterschied besteht, festhalten sollte.

Da die Absenkung der Raumtemperatur über Nacht als das verläßlichste der drei Verhaltensmaße erscheint, sei speziell für dieses Maß noch überprüft, ob es Unterschiede in Abhängigkeit von bestimmten Merkmalen gibt: Einen signifikanten Effekt auf das Absenken der Raumtemperatur bei Nacht hat der Modus der Heizkostenabrechnung. Im Westen senken von den Befragten, bei denen die Heizkosten genau nach dem Verbrauch berechnet werden, 86% die Raumtemperatur ab; bei teilweise individueller Abrechnung nach dem Umlageverfahren sind es 84% und bei einer festen, pauschalen Abrechnung nurmehr 75%. Im Osten belaufen sich die entsprechenden Prozentwerte auf 90%, 84% und 74%. Dies bestätigt eine "alte Weisheit" der ökonomischen Theorie, daß individuelle Zurechnung zu einem schonenderen Umgang mit Ressourcen führt. Gegenüber diesem "strukturellen Effekt" bleiben die Unterschiede in Abhängigkeit von individuellen Merkmalen vergleichsweise gering. Weder im Osten, noch im Westen gibt es nennenswerte Unterschiede nach dem Geschlecht der Befragten. Im Osten lassen sich auch keine Unterschiede in Abhängigkeit vom Alter und der Schulbildung feststellen. Im Westen halten es die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten am seltensten für notwendig, über Nacht die Heizung abzudrehen, und auch die überdurchschnittlich energiebewußten Personen mit höherer Schulbildung drehen die Heizung nicht häufiger ab.

7.2.2 Wasserkosten und Wasserverbrauch

Die Wasserkosten und der Wasserverbrauch eines Haushalts wurden in drei Fragen des Interviews direkt angesprochen. Über den Inhalt dieser Fragen und die dazugehörigen Ergebnisse informiert zusammenfassend Tabelle 22.

Tabelle 22: Wasserkostenabrechnung und Hinweise auf den Wasserverbrauch (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Modus der Wasserkostenabrechnung		
nach Verbrauch	72	69
pauschales Verfahren	23	30
weiß nicht, sonstiges	5	1
Nutzung von Wasserspar-Einrichtungen im Haushalt	49	63
Abdrehen des Wassers beim Duschen während des Einseifens/Shamponierens der Haare		
ja	40	43
teils/teils	19	19
nein	37	25
sonstiges (z.B. keine Dusche)	4	13

Fragen: (1) Bemißt sich die Wasserkostenabrechnung für Ihren Haushalt nach dem tatsächlichen Wasserverbrauch (gemessen durch eine eigene Wasseruhr) oder nach einem pauschalen Verfahren? (2) Haben Sie in Ihrem Haushalt Wasserspar-Einrichtungen, z.B. eine Wasserspartaste an Ihrer Toilette? (3) Drehen Sie beim Duschen während des Einseifens oder während des Shamponierens der Haare das Wasser ab?

Aus der Tabelle läßt sich ablesen, daß Wasserkostenabrechnungen nach dem tatsächlichen Verbrauch (gemessen durch eine eigene Wasseruhr) im Westen etwas häufiger sind als im Osten, der Unterschied ist jedoch recht gering. Daß sie in ihrem Haushalt Wasserspar-Einrichtungen installiert haben, wird von den Befragten im Osten häufiger angegeben. Während die Frage nach der Installation von Wasserspar-Einrichtungen eher "Investitionsentscheidungen" anspricht, geht es bei der Frage zum Duschen um tägliches Routineverhalten. Auch hier beobachten wir, daß die ostdeutsche Bevölkerung stärker auf eine Einsparung von Wasser achtet. Klammern wir diejenigen, die keine Dusche in ihrer Wohnung haben (im Osten immerhin 13%) aus der Tabellierung aus, bejahen es im Westen 41% und im Osten 50%, daß sie beim Duschen während des Einseifens oder während des Shamponierens der Haare das Wasser abdrehen.

Überprüfen wir, von welchen Merkmalen die Wassersparbemühungen abhängen, ergibt sich das Bild in der nachstehenden Tabelle 23.

Tabelle 23: Wassersparbemühungen in Abhängigkeit von verschiedenen Merkmalen (Angaben in Prozent)

	Wasserspareinrichtungen im Haushalt		Abdrehen des Wassers beim Duschen	
BEFRAGTE	WEST	OST	WEST	OST
Insgesamt	49	63	41	50
Geschlecht				
Männer	47	65	39	46
Frauen	50	61	43	53
Alter in Jahren				
18 - 30 Jahre	48	57	36	47
31 - 45 Jahre	56	68	41	46
46 - 60 Jahre	46	68	46	50
Älter als 60	45	56	42	55
Schulbildung				
niedrig	41	58	42	51
mittel	57	65	41	49
hoch	60	71	40	49
Modus der Wasserkostenabrechnung				
nach Verbrauch	54	72	45	53
pauschal	33	42	30	42

Erläuterung: Wasserspareinrichtungen im Haushalt = Anteil der Befragten, die Wasserspareinrichtungen in ihrem Haushalt haben; Abdrehen des Wassers beim Duschen = Anteil der Befragten, die eine Dusche in ihrer Wohnung haben und beim Duschen während des Einseifens oder während des Shamponierens der Haare das Wasser abdrehen.

Die Tabelle verdeutlicht zunächst noch einmal, daß den Ostdeutschen offenbar mehr an einer Einsparung von Wasser gelegen ist. In Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten ergibt sich nur einmal ein signifikanter Gruppenunterschied: die ostdeutschen Frauen drehen beim Duschen häufiger das Wasser ab als die ostdeutschen Männer. Aufschlußreich sind wiederum die altersgruppenspezifischen Unterschiede. Bei dem Verhaltensmaß zur Alltagsroutine, dem Abdrehen des Wassers beim Duschen, sind es erneut die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten, die das individuelle Bemühen um Einsparungen beim Wasserverbrauch am wenigsten für notwendig erachten. Personen mit höherer Bildung neigen offenbar dazu, durch technische Vorkehrungen den Wasserverbrauch ihres Haushalts zu senken; im Verhalten beim Duschen unterscheiden sie sich nicht von Personen mit geringerer Bildung.

Sehr viel deutlicher ausgeprägt als diese individuellen Effekte ist - wie schon bei den Heizkosten - der strukturelle Effekt der Art der Wasserkostenabrechnung. Haushalte, deren Wasserkosten nach dem Verbrauch berechnet werden, investieren signifikant häufiger in Wasserspar-Einrichtungen und bemühen sich signifikant häufiger, das Alltagshandeln - wie in unserem Fall das Duschen - wassersparend zu organisieren.

7.2.3 Weitere Aspekte energiesparenden Verhaltens

Die Ergebnisse für drei weitere Fragen, die sich dem Bereich des Energiesparens zuordnen lassen, sind in Tabelle 24 aufgelistet.

Tabelle 24: Weitere Aspekte des Energiesparverhaltens (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Verwendung von Energiesparlampen im Haushalt		
ja, ausschließlich	8	11
teils/teils	44	46
nein	48	43
Abschalten des Lichts beim Verlassen eines Zimmers		
immer	31	45
oft	24	27
manchmal	24	16
selten	12	8
nie	9	4
Bereitschafts-Modus beim Fernsehgerät läuft über Nacht		
nein	47	47
teils/teils	16	13
ja	33	33
keine Fernbedienung/kein Fernsehgerät	4	7

Fragen: (1) Verwenden Sie in Ihrem Haushalt Energiesparlampen? (2) Wie häufig schalten Sie das Licht aus, wenn Sie ein Zimmer für kurze Zeit, z.B. für eine Viertelstunde, verlassen? (3) Um beim Fernsehen die Fernbedienung verwenden zu können, muß man das Gerät auf den sogenannten Bereitschaftsmodus schalten, so daß ein kleines Lämpchen am Gerät leuchtet. Lassen Sie den Bereitschaftsmodus in der Regel auch über Nacht eingeschaltet?

Nach Tabelle 24 geben 52% der Befragten im Westen und 57% im Osten an, daß sie in ihrem Haushalt ausschließlich oder zumindest teilweise Energiesparlampen verwenden. Während es sich 31% der Westdeutschen zur Gewohnheit gemacht haben, immer das Licht abzuschalten, wenn sie ein Zimmer für kurze Zeit verlassen, sind es im Osten 45%. Und von denjenigen, die ein Fernsehgerät mit Fernbedienung haben, schalten nach eigenen Angaben 49% im Westen und 51% im Osten regelmäßig über Nacht den Bereitschafts-Modus des Gerätes ab.

Verbindet man die Ergebnisse von Tabelle 24 mit den Ergebnissen der vorherigen Abschnitte zum Sparen von Energie und Wasser, erscheint die Schlußfolgerung legitim, daß insgesamt (wenn man denn eine Gesamtaussage formulieren will) die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur auf der Einstellungs-, sondern auch auf der Verhaltensebene etwas stärker um Einsparungen bemüht ist. Die Kongruenz von ökonomischen Erwägungen und ökologischen Belangen, wie sie für den Energiebereich typisch ist, dürfte diesen Gesamtbefund am besten erklären. Ein stärkerer ökonomischer Druck, wie er für die Haushalte in Ostdeutschland (im Durchschnitt) zweifellos vorhanden ist, stimuliert Bemühungen, Energie und Wasser einzusparen.

Die Aufgliederung der drei Fragen in Tabelle 24 nach den soziodemographischen Basismerkmalen Geschlecht, Alter und Schulbildung der Befragten zeigt folgendes: Erneut sind die Unterschiede nach dem Geschlecht der Befragten gering. Die überdurchschnittlich umwelt- und energiebewußten jüngeren Befragten im Alter von 18-30 Jahren verwenden nicht häufiger, sondern eher seltener in ihrem Haushalt Energiesparlampen; nicht häufiger, sondern eher seltener schalten sie über Nacht den Bereitschaftsmodus des Fernsehgeräts ab; und nicht häufiger, sondern eher seltener haben sie es sich zur Routine gemacht, beim Verlassen eines Zimmers das Licht auszuschalten. In Abhängigkeit von der Schulbildung schließlich ergibt sich - wie schon bei den Wassersparbemühungen - noch einmal, daß die Befragten mit höherer Schulbildung zwar nicht im alltäglichen Gewohnheitsverhalten (Licht und Bereitschaftsmodus abschalten), aber in ihren "Entscheidungen bezüglich der Ausstattung des Haushalts" (Energiesparlampen installieren) sich positiv von den Befragten mit geringerer Schulbildung abheben.

8. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "AUTO/VERKEHR"

Aus zahlreichen Arbeiten, die sich mit der Umweltproblematik im Spiegel der öffentlichen Meinung beschäftigt haben, ist bekannt, daß "sich am Auto letztlich die Geister scheiden". Zweifellos kann und darf der Bereich Auto und Verkehr in einer Umwelterhebung nicht fehlen, und auch in der vorliegenden Studie wurde ihm ein relativ breiter Raum zugestanden.

8.1 Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr"

Die Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr" wurden methodisch wie in den anderen Bereichen erhoben. Den Befragten wurden sechs Aussagen vorgelegt, denen sie auf einer fünfstufigen Skala mehr oder weniger zustimmen konnten. Aus Tabelle 25 läßt sich ablesen, daß - zunächst auf der emotionalen Ebene - die Reaktionen der Befragten im Westen und Osten sehr ähnlich sind. 52% im Westen und 51% Osten bekunden Verärgerung darüber, daß so wenige Leute bereit sind, ihren Fahrstil zu ändern, um Benzin zu sparen. 47% im Westen und 44% im Osten stört es, daß viele Leute aus Gewohnheit mit dem Auto fahren, obwohl sie Busse, Bahnen oder das Fahrrad verwenden könnten. Der starke Rückhalt, den das Auto noch immer in der Bevölkerung hat, zeigt sich am deutlichsten bei den Aussagen auf der kognitiven Ebene. Die Auffassung, die Umweltschützer kritisieren viel zu einseitig immer nur die Autofahrer, wird nur von 21% im Westen und 14% im Osten abgelehnt; umgekehrt stimmen 51% im Westen und 57% im Osten zu. Der Eindruck vom "Auto als Buhmann der Umweltschützer" besteht mithin bei etwa der Hälfte der Bevölkerung. So überrascht es auch nicht, daß mit 48% im Westen und 46% im Osten nur knapp die Hälfte eingesteht, daß in Deutschland das Auto auf jeden Fall zu den wichtigsten Umweltsündern gehört. Die Bereitschaft zu Verhaltensanpassungen scheint begrenzt. Aus Umweltschutzgründen versuchen 39% im Westen und 31% im Osten, so wenig wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Prozentwerten auch die Nichtautofahrer enthalten sind, die an dieser Stelle dazu neigen, Zustimmung zu signalisieren. Der reichlich Deutungsspielraum zulassenden Aussage "Wenn das Auto unvermeidbar ist und wenn es sich irgendwie regeln läßt, dann bin ich immer gerne bereit, mich einer Fahrgemeinschaft anzuschließen" stimmen 50% im Westen und 42% im Osten zu.

Tabelle 25: Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr" (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST			BEFRAGTE OST		
	--	-/+	++	--	-/+	++
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Es ärgert mich, daß so wenige Leute bereit sind, ihren Fahrstil zu ändern, um Benzin beim Autofahren zu sparen	18	30	52	16	33	51
Es ärgert mich, daß viele Leute, die Busse, Bahnen oder das Fahrrad verwenden könnten, aus Gewohnheit lieber mit dem Auto fahren	23	30	47	25	31	44
KOGNITIVE KOMPONENTE						
Die Umweltschützer kritisieren viel zu einseitig immer nur die Autofahrer	21	28	51	14	29	57
In Deutschland gehört das Auto auf jeden Fall zu den wichtigsten Umweltsündern	23	29	48	22	32	46
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Aus Umweltschutzgründen versuche ich, so wenig wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein, egal ob als Fahrer/in oder als Mitfahrer/in	28	33	39	37	32	31
Wenn das Auto unvermeidbar ist und wenn es sich irgendwie regeln läßt, dann bin ich immer gerne bereit, mich einer Fahrgemeinschaft anzuschließen	22	28	50	31	27	42

Erläuterung: -- stimme überhaupt nicht bzw. eher nicht zu; -/+ teils/teils; ++ stimme weitgehend bzw. voll und ganz zu.

Frage: Zum Thema "Verkehr und Auto": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala mit 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=teils/teils, 4=stimme weitgehend zu, 5=stimme voll und ganz zu).

Während auf der emotionalen und kognitiven Ebene die Westdeutschen nur eine geringfügig stärkere Sensibilisierung für die Probleme des Autoverkehrs bekunden, sind die Unterschiede auf der Ebene der Handlungsbereitschaft relativ deutlich. Ein Summenindex, der die sechs Aussagen zusammenfaßt, liefert einen signifikanten West-Ost-Unterschied in der Form, daß die Westdeutschen auf der Einstellungsebene die Probleme des Autoverkehrs kritischer reflektieren. Eine plausible und naheliegende Interpretation dieses Unterschiedes wäre, daß

ein bestimmter Prozentsatz der ostdeutschen Bevölkerung die neu erreichte "Autofreiheit" zunächst einmal "ausleben" möchte.

Wie schon in den anderen Bereichen sind es auch beim Thema Auto/Verkehr im Westen die Frauen, die jüngeren Befragten, die Personen mit höherer Schulbildung und die Wähler/-innen von Bündnis 90/Die Grünen, die überdurchschnittlich problembewußt sind. Im Osten sind die Abhängigkeitsmuster weniger klar strukturiert. Auch dort erreichen die Frauen und die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen höhere Werte als die Männer und die Wähler/innen der anderen Parteien; in Abhängigkeit vom Alter sind es nicht die Jüngeren, sondern die Befragten über 60, die den Autoverkehr am kritischsten sehen; nennenswerte Unterschiede nach der Schulbildung der Befragten gibt es in Ostdeutschland nicht.

8.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Auto/Verkehr"

Im Vordergrund des Interesses bezüglich der Wahl der Verkehrsmittel steht die Nutzung des Autos. Die Nutzung eines Privat-PKW setzt voraus, daß im Haushalt ein Auto vorhanden ist. Deshalb soll im ersten Schritt die "Bestückung" der Haushalte mit einem Auto betrachtet werden. Im zweiten Schritt wird es um den Einsatz des Autos für verschiedene Zwecke gehen - zunächst für Freizeit, Urlaub und Einkaufen und dann für den Weg zum Arbeitsplatz bzw. zur Ausbildungsstätte.

8.2.1 Verkehrsmittel im Haushalt

Das Thema Verkehr und Auto wurde in dem Erhebungsbogen mit der Frage eingeleitet: "Welche der folgenden Verkehrsmittel haben Sie in Ihrem Haushalt?". Die Autoausstattung folgt im Westen der Verteilung 23% ohne Auto, 57% ein Auto und 20% zwei oder mehr Autos. Im Osten haben 31% der Haushalte kein Auto, 55% ein Auto und 14% zwei oder mehr Autos. Wie nicht anders zu erwarten, sind also die westdeutschen Haushalte (derzeit noch) häufiger "automotorisiert" als die ostdeutschen Haushalte.

Das Vorhandensein eines oder mehrerer Autos im Haushalt bedeutet noch nicht, daß die befragte Person auch regelmäßig über ein Auto verfügen kann. Um dies zu eruieren, wurden die Personen, die ein oder mehrere Autos im Haushalt haben, zusätzlich gefragt, inwieweit sie dieses oder diese Autos persönlich benutzen. Dabei ergibt sich, daß 51% der Befragten im Westen und 48% im Osten "ein Auto haben" in dem Sinne, daß sie regelmäßig frei über ein Auto verfügen können.

Kaum überraschend ist, daß im Westen und Osten die Frauen seltener ein Auto zur Verfügung haben als die Männer. Angesichts seiner Größenordnung verdient der Unterschied trotzdem Erwähnung: 65% der Frauen, aber nur 31% der Männer im Westen haben kein Auto; im Osten sind die entsprechenden Prozentwerte 72% bei den Frauen und 30% bei den Männern. Altersmäßig ist es im Westen und Osten nicht die jüngste Altersgruppe (18-30 Jahre), die am seltensten über ein Auto verfügt, sondern die Gruppe der über 60-Jährigen; am häufigsten ein Auto haben die Altersgruppen zwischen 31 und 60 Jahren. Mit zunehmender Schulbildung der Befragten nimmt die Verfügung über ein Auto zu, wobei hier der Unterschied im Osten stärker ausgeprägt ist als im Westen. Und: die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen haben seltener ein Auto als die Wähler/innen der anderen Parteien.

Bleibt noch die Frage, inwieweit das Nichtvorhandensein eines Autos bzw. das Nichtverfügen über ein Auto etwas mit Umweltüberlegungen zu tun hat oder ob eher andere Gründe (z.B. finanzielle Restriktionen) ausschlaggebend sind. Diejenigen, die kein Auto in ihrem Haushalt haben bzw. nicht Hauptnutzer eines Autos sind, wurden im Interview direkt danach gefragt, ob Umwelt-Gesichtspunkte ein entscheidender Grund dafür seien. Von denjenigen, die in ihrem Haushalt kein Auto haben, geben 5% im Westen und 2% im Osten an, daß Umweltschutz-Gesichtspunkte ein entscheidender Grund sind; und von denjenigen, die zwar ein oder mehrere Autos im Haushalt haben, aber nicht Hauptnutzer eines Autos sind, nennen 7% im Westen und 2% im Osten Umwelterwägungen als entscheidenden Grund. Im Aggregat aller Befragten ergibt dies eine verschwindend kleine Zahl von Haushalten und eine verschwindend kleine Zahl von Personen, die mit Blick auf den Umweltschutz auf das Auto verzichten. Von allen Haushalten in West- und Ostdeutschland erfüllen z.B. nur 1.2% im Westen und 0.6% im Osten die beiden Bedingungen, daß sie kein Auto im Haushalt haben und daß die befragte Person gleichzeitig angibt, daß Umwelt-Gesichtspunkte ausschlagge-

bend für das Nichtvorhandensein eines Autos sind. Der Verzicht auf das Auto aus Gründen des Umweltschutzes ist trotz hoher "ökologischer Sensibilisierung" offenbar noch immer außerordentlich selten anzutreffen.

8.2.2 Autonutzung für Freizeit, Urlaub und Einkaufen

Mit Blick auf den sog. "Freizeitverkehr", der in den zurückliegenden Jahren im gesamten Verkehrsgeschehen bekanntlich enorm an Bedeutung dazugewonnen hat, wurde erhoben, welches Verkehrsmittel die Befragten hauptsächlich verwenden, wenn sie am Wochenende einen Ausflug machen, mit welchem Verkehrsmittel sie in den letzten Urlaub gefahren sind, wie sie in der Regel größere Haushaltseinkäufe erledigen, und wie oft sie "einfach so zum Spaß mit dem Auto in der Gegend umherfahren". Die Ergebnisse zu diesen Fragen sind in der nachstehenden Tabelle 26 zusammengestellt.

Mit 65% im Westen und 64% im Osten ist das Auto eindeutig das dominierende Verkehrsmittel für Ausflüge am Wochenende. Klammern wir die 12% im Westen und 9% im Osten, die angeblich nie einen Wochenendausflug machen, aus der Prozentuierung aus, steigt die Auto-Quote im Westen auf 74% und im Osten auf 70%. Rund sieben von zehn Wochenendausflügen werden im Westen und Osten mit dem Auto gemacht. Diese Schätzung ist wahrscheinlich noch etwas zu niedrig gegriffen, weil sich in den Befragungsdaten zusätzlich zeigt, daß die Autonutzung positiv mit der Häufigkeit von Wochenendausflügen korreliert. Diejenigen, die fast jedes Wochenende oder ein- bis zweimal im Monat einen Wochenendausflug machen (45% der Befragten im Westen und 43% im Osten), nutzen signifikant häufiger das Auto als diejenigen, die am Wochenende seltener unterwegs sind.

Auch für den Urlaub ist das Auto das häufigste Verkehrsmittel. 46% im Westen und Osten geben an, daß sie mit dem Auto in ihren letzten Urlaub gefahren sind. Bei Ausschluß derjenigen, die gemäß ihren Angaben noch nie in Urlaub gefahren sind (8% im Westen und 9% im Osten), erreicht das Auto im Westen und Osten genau die 50%-Marke. Auffallend bei der Fahrt in die Ferien ist noch, daß die Westdeutschen häufiger das Flugzeug benutzen als die Ostdeutschen, und daß die Ostdeutschen mehr als doppelt so häufig wie die Westdeut-

schen sich dem Bus eines privaten Reiseunternehmens anvertrauen. Dieser Unterschied verweist erneut auf stärkere finanzielle Restriktionen der Haushalte in Ostdeutschland.

Tabelle 26: Verkehrsmittelnutzung für Freizeit, Urlaub und Einkaufen (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Hauptsächliches Verkehrsmittel für Wochenendausflüge		
Auto	65	64
öffentliche Verkehrsmittel	11	17
Fahrrad	8	6
immer zu Fuß	3	3
Motorrad/Moped/Mofa	1	1
Person macht keine Ausflüge	12	9
Verkehrsmittel für letzten Urlaub (Mehrfachnennungen)		
Auto	46	46
Flugzeug	26	14
Bus eines Reiseunternehmens	9	21
Bahn	10	12
Fahrrad	1	1
Motorrad/Moped/Mofa	1	0
Person war nie in Urlaub	8	9
Verkehrsmittel für größere Haushaltseinkäufe (Mehrfachnennungen)		
Auto	60	57
zu Fuß	22	28
Fahrrad	12	11
öffentliche Verkehrsmittel	4	5
Motorrad/Moped/Mofa	1	0
Person erledigt keine Einkäufe	3	3
Häufigkeit des Herumfahrens mit dem Auto "einfach so zum Spaß"		
nie	62	67
selten	23	21
manchmal	11	8
oft	3	3
sehr oft	1	1

Fragen: (1) Welches Verkehrsmittel verwenden Sie hauptsächlich, wenn Sie am Wochenende einen Ausflug machen? (2) Mit welchem Verkehrsmittel sind Sie in Ihren letzten Urlaub gefahren? (3) Wie erledigen Sie in der Regel größere Haushaltseinkäufe? (4) Wie oft kommt es vor, daß Sie einfach so zum Spaß mit dem Auto in der Gegend umherfahren oder auch mitfahren?

Was die Wahl der Verkehrsmittel für die Erledigung größerer Haushaltseinkäufe anbelangt, läßt sich aus Tabelle 26 ablesen, daß auch hier das Auto eindeutig dominiert. 60% im Westen und 57% im Osten greifen bei größeren Haushaltseinkäufen auf das Auto zurück.

Kaum überraschend dabei ist, daß mit zunehmender Entfernung des Geschäfts, in dem größere Haushaltseinkäufe normalerweise erledigt werden, die Auto-Quote kräftig steigt. Bei Entfernungen bis 1 km verwenden immerhin "nur" 39% im Westen und 31% im Osten das Auto; bei Entfernungen zwischen 1 km und 2 km steigt die Auto-Quote im Westen bereits auf 70% und im Osten auf 77%; und jenseits von 2 km erreicht das Auto im Westen und Osten über 90%. Selbst wenn also das Geschäft in einem Radius von 1 km um die Wohnung liegt, benutzt rund ein Drittel der Bevölkerung bei "größeren Haushaltseinkäufen" in der Regel das Auto.

Daß sie sehr oft oder oft einfach so zum Spaß mit dem Auto in der Gegend umherfahren, geben nur jeweils 4% im Westen und Osten an. Angesichts möglicherweise sozial erwünschter Antworten in der Befragungssituation sollte man wohl auch noch diejenigen, die mit "manchmal" geantwortet haben, zu den "Spaß-Fahrern" zählen, was dann zu 10-15% solcher Fahrer führt. Im Westen und Osten sind es signifikant häufiger die Männer und signifikant häufiger die (im Durchschnitt umweltbewußteren) jüngeren Befragten, die der Gruppe der so definierten Spaß-Fahrer angehören.

Insgesamt sind die Ost-West-Unterschiede bei der Wahl der Verkehrsmittel im "Freizeitbereich" relativ schwach ausgeprägt. Die Ausnahme beim Urlaub - die Westdeutschen benutzen häufiger das Flugzeug, die Ostdeutschen den Bus eines Reiseunternehmens - spiegelt wohl hauptsächlich Unterschiede in der finanziellen Ausstattung der Haushalte wider, und die nur tendenziell etwas niedrigere Gesamtnutzung des Autos im Osten dürfte Folge der (noch) geringeren Autodichte sein.

8.2.3 Der Weg zum Arbeitsplatz

Von den Befragten im Westen waren 52% und im Osten 48% erwerbstätig bzw. in Ausbildung. Einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz, der es erforderlich macht, daß man "fast jeden Tag oder zumindest mehrmals die Woche eine bestimmte Strecke zurücklegen muß", hatten 49% der Befragten im Westen und 46% der Befragten im Osten. Auf diese Teilgruppe der Erwerbstätigen bzw. in einer Ausbildung stehenden Personen beschränken

sich die Analysen dieses Abschnitts. Es wird untersucht, mit welchen Verkehrsmitteln der Weg zum Arbeitsplatz bzw. zur Ausbildungsstätte normalerweise bewältigt wird.[8]

Anhand einer Listenvorlage, die auch die Möglichkeit der Kombination verschiedener Verkehrsmittel berücksichtigte, sollten die Befragten angeben, welches Verkehrsmittel sie in der Regel und überwiegend benutzen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Tabelle 27 gibt die Auszählung der Antworten.

Tabelle 27: Verkehrsmittel für den Weg zum Arbeitsplatz und zur Ausbildungsstätte bei Erwerbstätigen und in Ausbildung stehenden Personen (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Allein mit Auto	57	53
Mit Auto in Fahrgemeinschaft	11	10
Kombination Auto/öffentl. Verkehrsmittel	3	3
Motorrad/Moped/Mofa	1	1
Öffentliche Verkehrsmittel	14	15
Fahrrad	8	8
Zu Fuß	5	9
Kombination Fahrrad/öffentl. Verkehrsmittel	1	1

Frage: Welches Verkehrsmittel benutzen Sie in der Regel und überwiegend, um zu Ihrem Arbeitsplatz (zu Ihrer Ausbildungsstätte) zu kommen?

Allein mit dem Auto fahren nach Tabelle 27 im Westen 57% und im Osten 53% zur Arbeit, einer Auto-Fahrgemeinschaft gehören 11% bzw. 10% an, und die vielumworbene Kombination von Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln findet nur bei jeweils 3% im Osten und Westen Anklang. Die in der Regel als "umweltfreundlich" deklarierten Optionen (öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, zu Fuß), die ohne Privat-PKW oder Motorrad/Moped/Mofa auskommen, werden im Westen von 28% und im Osten von 33% gewählt.

Wollen wir einen Einblick in den Zeittrend bei der Wahl der Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz erhalten, müssen wir das Spektrum der Möglichkeiten etwas vereinfachen und uns

[8] Zwecks sprachlicher Vereinfachung werden die Erwerbstätigen bzw. in Ausbildung stehenden Personen kurz als "Erwerbstätige" angesprochen (rund 90% sind erwerbstätig); der Weg zum Arbeitsplatz bzw. zur Ausbildungsstätte wird zusammengefaßt als "Weg zum Arbeitsplatz".

gleichzeitig auf die voll- bzw. teilzeit Erwerbstätigen beschränken, da die IPOS-Studien die Frage nach dem Arbeitsweg nur an diese Teilgruppe richteten. Trotz gewisser Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit, die u.a. ein Umrechnen der früheren IPOS-Zeitreihen erforderlich machten, läßt sich der Zeittrend, wie in Tabelle 28 dargestellt, ziemlich verläßlich nachzeichnen.

Tabelle 28: Verkehrsmittel für den Weg zum Arbeitsplatz bei Erwerbstätigen 1991 bis 1996 (Angaben in Prozent)

JAHR	91	92	93	94	96
BEFRAGTE WEST					
Allein mit Auto	52	52	51	59	61
Mit Auto in Fahrgemeinschaft	16	16	16	12	12
Nicht mit Auto	32	32	33	29	27
BEFRAGTE OST					
Allein mit Auto	31	42	53	53	57
Mit Auto in Fahrgemeinschaft	10	16	13	13	10
Nicht mit Auto	59	42	42	34	33

Im Westen gab es von 1991 bis 1993 praktisch keine Veränderung, im Zeitraum von 1993 bis 1996 hat sich jedoch der Anteil derer, die allein mit dem Auto zur Arbeit fahren, um 10 Prozentpunkte erhöht. Diese Erhöhung ging sowohl zu Lasten der Auto-Fahrgemeinschaften als auch zu Lasten der Nicht-Autofahrer. Im Osten ist ein kontinuierlicher Aufwärtstrend der Allein-Autofahrer zu verzeichnen. Der Aufwärtstrend war in der Periode von 1991 bis 1993 erheblich und hat sich danach abgeflacht.

Wie nun ist es um die Chancen bestellt, Allein-Autofahrer möglicherweise auf andere Verkehrsmittel umzulenken? Indirekte Hinweise auf dieses "Umlenkungspotential" können die Antworten der Allein-Autofahrer auf die drei Fragen in Tabelle 29 geben. Aus der Tabelle geht hervor, daß 37% der Allein-Autofahrer im Westen und 46% derjenigen im Osten angeben, zumindest teilweise ihr Auto auch für Fahrten während der Arbeitszeit zu brauchen. Folgt man den Angaben der Befragten, ist es im Westen für 38% der Allein-Autofahrer "ganz und gar unmöglich" und für 26% nur "mit größten Schwierigkeiten möglich", auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Im Osten sind diese Prozentwerte mit 44% und 30% sogar noch höher. Im Westen verbleiben damit 36% und im Osten 26%,

denen ein Umsteigen "möglich" bzw. "mit Einschränkungen möglich" wäre. Der stärkere (gemäß den Beurteilungen der Befragten berufs- und verkehrswegbedingte) "Zwang zum Auto" im Osten spiegelt sich auch in den Reaktionen auf die Frage nach einer hypothetischen Verdoppelung der Benzinpreise wider. 69% im Osten und 54% im Westen würden am Auto für den Weg zum Arbeitsplatz festhalten.

Tabelle 29: Rahmen- und Handlungsbedingungen der Personen, die allein mit dem Auto zu ihrem Arbeitsplatz fahren (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Auto wird auch für Fahrten während der Arbeitszeit gebraucht		
ja	25	30
teils/teils	12	16
nein	63	54
Möglichkeit der Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel		
ganz und gar unmöglich	38	44
möglich unter größten Schwierigkeiten	26	30
möglich mit Einschränkungen	17	14
wäre möglich	19	12
Autonutzung auch bei Verdoppelung der Benzinpreise		
ja	54	69
nein	20	9
weiß nicht	26	22

Fragen: (1) Brauchen Sie Ihr Fahrzeug auch für Fahrten während der Arbeitszeit, also für berufsbedingte Fahrten (für ausbildungsbedingte Fahrten)? (2) Für den Weg zu Ihrer Arbeit (zu Ihrer Ausbildungsstätte), inwieweit wäre es da für Sie möglich, ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden? Was vom folgenden trifft am ehesten zu? (3) Wenn sich der Benzinpreis verdoppeln würde, würden Sie dann auch weiterhin das Auto für den Weg zu Ihrem Arbeitsplatz (zu Ihrer Ausbildungsstätte) benutzen?

Wie die Befragten die Bedingungen einer alternativen Verkehrsmittelwahl einschätzen, wird annäherungsweise in Tabelle 30 deutlich. Dort wird versucht, einen Einblick in die (subjektive) "Zeitbilanz" bei der Verwendung unterschiedlicher Verkehrsmittel zu gewinnen. Nach ihren eigenen Angaben brauchen die Allein-Autofahrer für den einfachen Weg mit dem Auto zu ihrem Arbeitsplatz - für den Weg von Tür zu Tür - im Westen im Durchschnitt 23 Minuten und im Osten im Durchschnitt 25 Minuten. Im Fall der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird die einfache Wegzeit im Westen im Durchschnitt auf 56 Minuten und

im Osten auf 53 Minuten beziffert. Die von den Allein-Autofahrern perzipierte Zeitdifferenz zwischen öffentlichen Verkehrsmitteln und Auto beläuft sich damit im Westen auf 33 Minuten und im Osten auf 28 Minuten. Selbst wenn man annimmt, daß die Autofahrer zu einer Unterschätzung der "Auto-Zeit" und zu einer Überschätzung der Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln neigen (was freilich nichts an der subjektiven Situationsdefinition der Akteure ändert), ist die Zeitdifferenz mit jeweils rund einer Stunde (für Hin- und Rückweg) in der Tat beträchtlich.

Tabelle 30: Tatsächliche und alternative Zeiten für den einfachen Weg zum Arbeitsplatz (Durchschnittswerte in Minuten)

	BEFRAGTE WEST		BEFRAGTE OST	
	Auto-Zeit	ÖPNV-Zeit	Auto-Zeit	ÖPNV-Zeit
Allein-Autofahrer	23	56	25	53
Autofahrer in Fahrgemeinschaft	26	62	42	69
Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel	20	31	24	37

Erläuterung: Auto-Zeit = Zeitbedarf für den einfachen Weg zum Arbeitsplatz mit dem Auto; ÖPNV-Zeit = Zeitbedarf für den einfachen Weg zur Arbeit bei ausschließlicher Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Bei den Allein-Autofahrern und den Autofahrern in Fahrgemeinschaft werden nur diejenigen betrachtet, denen eine Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel möglich wäre.

Anders sieht das Bild für diejenigen aus, die ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel für ihren Arbeitsweg verwenden: Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln brauchen sie im Westen durchschnittlich 31 Minuten und im Osten durchschnittlich 37 Minuten; bei einem Wechsel zum Auto würden sich gemäß ihrer Einschätzung diese Zeiten im Westen auf 20 Minuten und im Osten auf 24 Minuten verkürzen. Die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel sind also bereit, sogar einen (wenngleich geringen) Zeitverlust in Kauf zu nehmen.

Die Unterschiede in der Zeit, die man benötigt, um zum Arbeitsplatz zu kommen, hängen nicht nur vom gewählten Verkehrsmittel ab, sondern ganz wesentlich auch von der zu bewältigenden Wegstrecke. Von den Befragten wurde daher erhoben, welche Strecke sie zurücklegen müssen, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Dabei zeigt sich, daß die

Erwerbstätigen in Ostdeutschland mit durchschnittlich 15.5 km einen weiteren Arbeitsweg haben als die Erwerbstätigen in Westdeutschland mit 13.8 km. Die weitesten Distanzen überwinden im Osten und Westen die Autofahrer in Fahrgemeinschaften, gefolgt von den Allein-Autofahrern und den Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel. Betrachtet man speziell die Allein-Autofahrer etwas genauer, verdient Beachtung, daß im Westen 23% und im Osten 29% eine Wegstrecke bis 5 km zurückzulegen haben; eine Wegstrecke über 5 km bis 10 km haben 32% der Allein-Autofahrer im Westen und 24% im Osten. Für die erstgenannte Gruppe der "Kurzstrecken-Fahrer" sollte man am ehesten annehmen, daß sie möglicherweise eine Alternative zum Auto haben.

Die voranstehenden Ausführungen verweisen in die Richtung, daß wohl vor allem Handlungsrestriktionen und (wenngleich subjektiv gefilterte) objektive Rahmenbedingungen wie Entfernung und Zeit für die Wahl des Verkehrsmittels zum Arbeitsplatz ausschlaggebend sind. Ob und inwieweit - bei Kontrolle für die "strukturellen Faktoren" - trotzdem noch Unterschiede nach individuellen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Bildung, Umweltbewußtsein) bestehen bleiben, soll in dem späteren analytischen Ergebnisbericht überprüft werden.

8.3 Beurteilung verschiedener Vorschläge im Bereich "Auto/Verkehr"

Was mögliche politische Maßnahmen im Bereich "Auto/Verkehr" anbelangt, kann (wie schon im Bereich "Müll/Recycling") zum Teil auf Fragen aus den früheren IPOS-Studien zurückgegriffen werden. Als erstes wurde - speziell zur Thematik von Geschwindigkeitsbegrenzungen - gefragt, ob die Zielpersonen für oder gegen ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen sind. Die Ergebnisse für den Zeitraum von 1991 bis 1996 sind in Tabelle 31 zusammengefaßt.

Aus der Tabelle läßt sich ersehen, daß im gesamten Beobachtungszeitraum 1991 bis 1996 die Zahl der Befürworter einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zurückgegangen ist bzw. umgekehrt die Zahl der Gegner gestiegen ist. Im Westen ist der Anteil derer, die sich auf jeden Fall gegen ein Tempolimit aussprechen, von 24% auf 32% gestiegen; im Osten beläuft sich der entsprechende Anstieg von 10% auf 20%. In allen Erhebungen liegt die Zahl

der Gegner einer Geschwindigkeitsbegrenzung bei den Befragten in Westdeutschland höher als bei den Befragten in Ostdeutschland.[9]

Tabelle 31: Befürwortung bzw. Ablehnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen 1991 bis 1996 (Angaben in Prozent)

	BEFRAGTE WEST					BEFRAGTE OST				
JAHR	91	92	93	94	96	91	92	93	94	96
dafür	72	70	70	61	51	72	76	78	71	68
abhängig von Höhe	4	3	3	3	17	18	14	9	14	12
dagegen	24	27	27	36	32	10	10	13	15	20

Frage: In der Umweltpolitik wird viel über Autos diskutiert: Was halten Sie von einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen? Sind Sie dafür oder sind Sie dagegen?

Selbst bei denjenigen, die sich bedingt oder unbedingt für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen aussprechen, scheinen sich die Vorstellungen bezüglich der gewünschten Höhe der Begrenzung im Zeitablauf nach oben verschoben zu haben. Dies geht aus den Antworten auf die - an die Befürworter eines Tempolimits - zusätzlich gestellte Frage hervor, wie hoch die Höchstgeschwindigkeit (ausgedrückt in Stundenkilometern) auf Autobahnen sein sollte. In Ostdeutschland ist der Anteil derer, die eine Geschwindigkeit bis 110 Stundenkilometer zulassen wollen, von 33% im Jahr 1991 auf 22% im Jahr 1996 gesunken. Etwas schwächer ist mit 14% auf 11% der Trend in Westdeutschland, wobei freilich zu

[9] Auch hier sei vermerkt, daß Tabelle 31 ein methodisches Problem aufweist, das die Vergleichbarkeit der Erhebung mit den früheren IPOS-Studien geringfügig beeinträchtigt: Die Quote derer, die sich bedingt für eine Geschwindigkeitsbegrenzung aussprechen (d.h. ihre Zustimmung von der Höhe der Begrenzung abhängig machen), liegt in den Westbefragungen 1991-1994 auf einem sehr viel niedrigeren Niveau als in der Westbefragung 1996 und in allen Ostbefragungen. Der Grund hierfür könnte sein, daß die Westbefragungen 1991-1994 als Telefonumfragen durchgeführt wurden, und ganz offensichtlich ist es so, daß sich die Befragten in der Telefonsituation weniger oft auf Diskussionen mit dem Interviewer einlassen und mithin seltener auf die - nicht im Fragetext, aber bei den Antwortvorgaben enthaltene - Vorgabe "abhängig von der Höhe der Begrenzung" drängen. Trotz dieser methodischen Vorbehalte ist der Zeittrend in Tabelle 31 so eindeutig, daß Probleme der Vergleichbarkeit auch hier das Gesamtergebnis sicher nicht wesentlich beeinträchtigen. Bei einer ausführlicheren Interpretation des Zeittrends in Tabelle 31 wäre zu berücksichtigen, daß in den zurückliegenden Jahren auf weiteren Autobahnabschnitten Geschwindigkeitsbegrenzungen eingeführt wurden, so daß die Einstellungsänderungen möglicherweise damit zusammenhängen, daß ein generelles Tempolimit weniger oft für notwendig erachtet wird.

berücksichtigen ist, daß hier die Zahl der "unbedingten Gegner" eines Tempolimits inzwischen rund ein Drittel der Bevölkerung ausmacht. Betrachtet man noch, welche Höchstgeschwindigkeit sich im Durchschnitt diejenigen wünschen, die in der aktuellen Erhebung sagen, sie seien für oder bedingt für eine Geschwindigkeitsbegrenzung, ergibt sich folgendes: Bei den unbedingten Befürwortern eines Tempolimits erreicht die gewünschte Höchstgeschwindigkeit einen Durchschnittswert von 124 im Westen und 122 im Osten. Bei den bedingten Befürwortern klettern diese Werte auf 138 bzw. 132, wobei 52% bzw. 40% Grenzwerte nennen, die über der Richtgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern liegen.

Neben dem Tempolimit sind verkehrspolitische Maßnahmen zur Reduktion und Beschränkung des Autoverkehrs in größeren Städten und Wohngebieten ein regelmäßiges Thema der Diskussion um das Auto. Zu einer Auswahl von Maßnahmen wurde auch dazu in der Erhebung die Befürwortung bzw. Ablehnung seitens der Bevölkerung erfaßt, und die Ergebnisse sind in Tabelle 32 festgehalten.

Tabelle 32: Befürwortung verkehrspolitischer Maßnahmen in größeren Städten und Wohngebieten (Anteile derer, die die Maßnahmen befürworten)

Jahr	91	92	93	94	96
Mehr Fußgängerzonen in größeren Städten					
Befragte West	--	--	--	--	81
Befragte Ost	--	--	--	--	91
Mehr Tempo-30-Zonen in Wohngebieten					
Befragte West	--	--	--	--	79
Befragte Ost	--	--	--	--	88
Sperrung der Innenstadt für Autoverkehr in größeren Städten					
Befragte West	73	74	69	68	61
Befragte Ost	84	79	74	69	67
Erhöhung der Parkgebühren in größeren Städten					
Befragte West	--	--	--	--	28
Befragte Ost	--	--	--	--	22

Fragen: (1) Sind Sie dafür oder dagegen, daß in größeren Städten: a) mehr Fußgängerzonen eingerichtet werden, b) die Innenstadt für den Autoverkehr gesperrt wird, c) die Parkgebühren erhöht werden? (2) Und sind Sie dafür oder dagegen, daß in reinen Wohngebieten mehr Tempo-30-Zonen eingerichtet werden?

Mit Befürwortungsquoten von 79% bis 91% finden mehr Fußgängerzonen in größeren Städten und mehr Tempo-30-Zonen in Wohngebieten eine breite Zustimmung, wobei die Zustimmung in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland. 61% im Westen und 67% im Osten sprechen sich auch dafür aus, daß in größeren Städten "die Innenstadt für den Autoverkehr gesperrt wird". Seit 1991 hat sich jedoch die Zustimmung zu dieser Maßnahme stetig verringert, von 73% auf 61% in Westdeutschland und von 84% auf 67% in Ostdeutschland. Dieser Trend bekräftigt das, was sich schon beim Tempolimit angedeutet hat, nämlich daß sich - trotz ausgeprägten Umweltbewußtseins - das Auto eher "im Vor- denn im Rückwärtsgang bewegt". 28% im Westen und 22% im Osten sind dafür, daß die Parkgebühren in den Städten erhöht werden. Bei der Frage nach den Parkgebühren fehlt der Zeittrend, da diese Frage in den IPOS-Studien nicht enthalten war. Der Zeittrend mit Blick auf die finanzielle Zugeständnisbereitschaft läßt sich jedoch in einer allgemeineren Form in einem letzten Fragenblock erkennen, bei dem es um die Befürwortung bzw. Ablehnung verschiedener Vorschläge zur Entlastung der Straßen ging. Tabelle 33 informiert über die Ergebnisse der diesbezüglichen Fragen.

Tabelle 33: Befürwortung von verkehrspolitischen Vorschlägen zur Entlastung der Straßen (Anteile derer, die die Maßnahmen befürworten)

Jahr	91	92	93	94	95
Öffentlicher Personenverkehr sollte ausgebaut werden					
Befragte West	93	94	93	91	92
Befragte Ost	97	96	94	95	90
Radnetz sollte ausgebaut werden					
Befragte West	94	94	91	90	87
Befragte Ost	98	96	95	96	92
Güterverkehr sollte stärker auf die Schiene verlagert werden					
Befragte West	94	95	96	94	90
Befragte Ost	95	97	98	97	95
Autofahren sollte verteuert werden					
Befragte West	39	39	36	31	26
Befragte Ost	28	27	24	20	20

Frage: Stimmen Sie folgenden Vorschlägen eher zu oder eher nicht zu: (A) Der öffentliche Personenverkehr sollte ausgebaut werden. (B) Das Radnetz sollte ausgebaut werden. (C) Der Güterverkehr sollte stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden. (D) Das Autofahren sollte verteuert werden.

Eine überwältigende Zustimmung finden nach Tabelle 33 die drei Vorschläge, der öffentliche Personenverkehr sollte ausgebaut werden, das Radnetz sollte ausgebaut werden und der Güterverkehr sollte stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Weitgehend auf Ablehnung stößt aber der Vorschlag, daß das Autofahren verteuert werden sollte. Lediglich 26% der Befragten im Westen und 20% der Befragten im Osten sprechen sich dafür aus. Und: Die Befürwortung einer Verteuerung des Autofahrens ist im gesamten Beobachtungszeitraum 1991 bis 1996 stetig gesunken, von 39% auf 26% im Westen und von 28% auf 20% im Osten.

9. UMWELTWISSEN UND UMWELTENGAGEMENT

Thema dieses Kapitels ist im ersten Schritt das umweltbezogene Faktenwissen der Bevölkerung und im zweiten Schritt das öffentliche Engagement der Bürger/innen für Belange des Umweltschutzes.

9.1 Umweltbezogenes Faktenwissen

Zahlreiche Akteure im Bereich des Umweltschutzes verfolgen das Anliegen von Information, Aufklärung und Wissensvermittlung. Ähnlich wie beim Umweltbewußtsein steht hinter den Bemühungen um Wissensvermittlung letztlich zumeist die Vorstellung, auf diese Weise einen Beitrag zu einem stärker umweltgerechten Verhalten der Bevölkerung leisten zu können. Ob ein solcher Beitrag tatsächlich geleistet wird, hängt zunächst einmal davon ab, inwieweit die Wissensvermittlung gelingt. Selbst bei gelungener Wissensvermittlung muß weiter gefragt werden, inwieweit Wissensbestände in Verhalten umgesetzt werden.

Im Rahmen von Bevölkerungsumfragen sind Wissensfragen erfahrungsgemäß eine recht "prekäre Angelegenheit", bei der man schnell an Grenzen der Kooperationsbereitschaft der Befragten stößt. Mit dem "Trick" eines kleinen Umwelt-Quiz wurde dennoch versucht, Hinweise auf den Stand des Umweltwissens zu gewinnen. Um Antwortbarrieren bei den Befragten abzubauen, wurde das Quiz mit folgenden Ausführungen eingeleitet: "In früheren

Studien wurde festgestellt, daß die Bundesbürger oft falsche Vorstellungen über die Probleme im Umweltbereich haben. Damit Sie einmal testen können, wie gut und treffsicher Ihre Vorstellungen sind, möchten wir Sie im folgenden um einige Schätzungen bitten. Nach jeder Frage sage ich Ihnen dann, wie gut Ihre Schätzung war". Für das Quiz wurden acht Fragen ausgewählt, die sich überwiegend auf Faktenwissen im Bereich des Umweltschutzes beziehen. Komplexere Fragen über Kausalzusammenhänge erwiesen sich in Vortests des Fragebogens als nicht gangbar. Außerdem war der gesamte Frageblock am Ende des Fragebogens plaziert, um mögliche Ausstrahlungseffekte der Quiz-Resultate auf Fragen zum Umweltbewußtsein und Umweltverhalten zu vermeiden. Die acht Einzelfragen des Quiz und die Ergebnisse dazu sind zusammenfassend in Tabelle 34 dargestellt.

Die Frage nach dem durchschnittlichen Wasserverbrauch eines Bundesbürgers pro Tag wird - wenn man Nennungen zwischen 100 und 200 Litern als korrekte Antwort bewertet - von 16% im Westen und 25% im Osten richtig beantwortet. Die Schätzungen zum Anteil des gesamten Stroms, der in Deutschland in Kernkraftwerken erzeugt wird, ergeben - bei der Wertung von Nennungen im Bereich von 21% bis 40% als korrekte Antwort - 29% richtige Antworten bei den Westbefragten und 34% richtige Antworten bei den Ostbefragten. Der Preis für eine Kilowattstunde Strom, den ein Haushalt in Deutschland bezahlen muß, ist regional unterschiedlich; er bewegt sich in der Regel zwischen 20 und 30 Pfennigen. Daß der Strompreis in dieser Höhe liegt, wissen in Westdeutschland 42% der Befragten, in Ostdeutschland hingegen 73%. Dieser deutliche West-Ost-Unterschied ist wohl (neben knapperen Haushaltsbudgets) darauf zurückzuführen, daß sich die ostdeutsche Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren erstmals in die mehr oder weniger "leidige Materie" verbrauchsabhängiger Stromrechnungen einarbeiten mußte. Im Westen gestehen 35% zu, daß sie den Strompreis nicht wissen, im Osten nur 17%. Am ehesten alltagspraktisches Handlungswissen wird mit der Frage danach angesprochen, wofür - unter vier Antwortmöglichkeiten -im Haushalt die meiste Energie verbraucht wird. Die korrekte Antwort "Heizung" geben 54% der Westbefragten und 53% der Ostbefragten, also jeweils etwas mehr als die Hälfte. Relativ hoch ist das Wissen, wenn direkt und ohne Antwortvorgaben danach gefragt wird, welches Gas hauptsächlich zum Treibhauseffekt beiträgt. 61% im Westen und 64% im Osten haben hier die richtige Antwort präsent, nämlich Kohlendioxid. Vor die Alternative gestellt, ob hohe Ozonwerte am Boden oder hohe Ozonwerte in der Erdatmosphäre eine Ge-

Tabelle 34: Umweltbezogenes Faktenwissen (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Durchschnittlicher Wasserverbrauch einer Person pro Tag (richtig: rund 145 l)		
1 - 100 l	62	58
101 - 199 l	16	25
200 l und mehr	4	4
weiß nicht, keine Angabe	18	13
Anteil des Stroms aus Atomkraftwerken in Deutschland (richtig: 33%)		
1 - 20 %	21	31
21 - 40 %	29	34
41 - 100 %	28	14
weiß nicht, keine Angabe	22	21
Kosten einer Kilowattstunde Strom für Haushalte (richtig: 20-30 Pf.)		
1 - 19 Pf.	8	3
20 - 30 Pf.	42	73
mehr als 30 Pf.	15	7
weiß nicht, keine Angabe	35	17
Wofür wird im Haushalt die meiste Energie verbraucht? (richtig: Heizung)		
Beleuchtung	6	11
Kochen/Backen	16	16
Warmwasser	17	14
Heizung	54	53
weiß nicht, keine Angabe	7	6
Welches Gas trägt hauptsächlich zum Treibhauseffekt bei? (richtig: Kohlendioxid)		
Kohlendioxid genannt	61	64
andere Angabe	15	11
weiß nicht, keine Angabe	24	25
Wo sind hohe Ozonwerte eine Gefahr für Mensch und Umwelt? (richtig: am Boden)		
am Boden	47	50
in Erdatmoshäre	40	31
weiß nicht, keine Angabe	13	19
Welches Tier steht auf der Roten Liste? (richtig: Fischotter)		
Maikäfer	16	11
Fischotter	40	50
Igel	11	11
Tagpfauenauge	10	6
weiß nicht, keine Angabe	23	22

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

Fortsetzung von Tabelle 34

BEFRAGTE	WEST	OST
Name der Bundesumweltministerin (richtig: Dr. Angela Merkel)		
Merkel genannt	50	62
andere Angabe	17	13
weiß nicht, keine Angabe	33	25

Fragen: (1) Was schätzen Sie: Wieviel Liter Wasser verbraucht ein Bundesbürger zu Hause durchschnittlich pro Tag? (2) Was schätzen Sie: Wieviel Prozent des gesamten Stroms, der in Deutschland verbraucht wird, kommt aus Atomkraftwerken? (3) Wieviel muß Ihr Haushalt für eine Kilowattstunde Strom bezahlen? (4) Für welche der vier folgenden Dinge wird im Haushalt die meiste Energie verbraucht: für Beleuchtung, Kochen/Backen, Warmwasser oder Heizung? (5) Können Sie mir sagen, welches Gas hauptsächlich zum Treibhauseffekt beiträgt? (6) Man redet heute viel über Ozonwerte. Wo stellen hohe Ozonwerte eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar: am Boden oder in der Erdatmosphäre? (7) Als offiziellen Katalog gefährdeter heimischer Tiere und Pflanzen haben wir in Deutschland die sogenannte Rote Liste. Im folgenden nenne ich Ihnen vier Tiere; eines davon steht auf der Roten Liste der gefährdeten Tierarten, was glauben Sie, welches: Maikäfer, Fischotter, Igel, Tagpfauenauge? (8) Wissen Sie, wer zur Zeit Bundesumweltminister bzw. -ministerin ist?

fahr für Mensch und Umwelt darstellen, treffen 47% im Westen und 50% im Osten die richtige Entscheidung, nämlich hohe Ozonwerte am Boden. Mit Blick auf den Schutz von Tieren und Pflanzen wurden die Befragten mit vier "Tiervorgaben" konfrontiert und sollten angeben, welches der vorgegebenen Tiere auf der Roten Liste (dem offiziellen Katalog gefährdeter Tiere und Pflanzen in Deutschland) steht. 40% im Westen und 50% im Osten wählten den Fischotter als zutreffende Antwort. Der Bekanntheitsgrad der Bundesumweltministerin (Dr. Angela Merkel) ist mit 62% im Osten höher als im Westen, wo 50% den Namen der Bundesumweltministerin angeben können. Dies dürfte sicher darauf zurückzuführen sein, daß Frau Dr. Merkel als Bürgerin der ehemaligen DDR schon unmittelbar nach der Wende an prominenter Stelle tätig war.

Ein wichtiges Gesamtergebnis aus Tabelle 34 ist, daß die ostdeutschen Befragten das Umwelt-Quiz erfolgreicher bewältigen als die westdeutschen Befragten. Selbst wenn man die beiden Fragen zur Höhe des Strompreises und zur Bundesumweltministerin aufgrund der erwähnten Besonderheiten außer acht läßt, verbleiben auch bei anderen Fragen (v.a. beim Wasserverbrauch und bei der Roten Liste) nennenswerte Unterschiede. Neben dem Ost-

West-Unterschied liefern auch Aufgliederungen nach elementaren soziodemographischen Faktoren sowie nach der Parteipräferenz beträchtliche Unterschiede im Umweltwissen. In Tabelle 35 sind die Durchschnittswerte richtiger Antworten in Abhängigkeit von dem Geschlecht, dem Alter, der Schulbildung und der Parteipräferenz der Befragten notiert.

Tabelle 35: Umweltbezogenes Faktenwissen in Abhängigkeit von demographischen Merkmalen und von der Parteipräferenz (Mittelwerte auf einen Index des Umweltwissens von 0-8)

BEFRAGTE	WEST	OST
Insgesamt	3.4	4.1
Geschlecht		
Männer	3.9	4.5
Frauen	3.0	3.8
Alter in Jahren		
18 - 30 Jahre	3.8	4.3
31 - 45 Jahre	3.6	4.3
46 - 60 Jahre	3.4	4.2
Älter als 60 Jahre	3.0	3.8
Schulbildung		
niedrig	3.0	3.6
mittel	3.6	4.3
hoch	4.4	4.9
Parteipräferenz		
CDU/CSU	3.4	4.0
SPD	3.6	4.3
Bündnis 90/Die Grünen	4.1	4.6
PDS	---	4.3

Erläuterung: Bei dem Index des Umweltwissens wurde für jede richtige Antwort ein Punkt vergeben, so daß der Index (auf der Grundlage der acht Einzelfragen des Umwelt-Quiz) Werte zwischen 0 und 8 annehmen kann.

In der Tabelle zeigt sich, daß Männer im Umwelt-Quiz besser abschneiden als Frauen, Jüngere besser als Ältere, Personen mit hoher Schulbildung besser als Personen mit niedriger Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen besser als Wähler/innen der anderen Parteien, wobei alle Gruppenunterschiede statistisch signifikant sind. Eine genauere Untersuchung, die in dem späteren analytischen Ergebnisbericht erfolgen soll, verdienen auf jeden Fall die geschlechtsspezifischen Unterschiede, zumal sich der Befund eines geringeren

"Umweltwissens" der Frauen schon in mehreren (oft aber nicht auf repräsentativen Stichproben basierenden) Vorläuferstudien gezeigt hat.

9.2 Engagement für Belange des Umweltschutzes

Nachdem in den Kapiteln 5-8 alltägliches und gleichsam "privates Umwelthandeln" im Mittelpunkt des Interesses stand, kommen wir jetzt zu "öffentlichem Umwelthandeln" im Sinne von nach außen gerichtetem Engagement für Belange des Schutzes von Umwelt und Natur. Während das alltägliche Umwelthandeln einen direkten, wenngleich - aus der Perspektive des einzelnen - oft nur marginalen Effekt auf den Zustand der Umwelt zu haben scheint, sind mögliche Effekte des Umweltengagements eher indirekter Art, indem sie in den Bereich der Öffentlichkeit und der Politik hineinwirken. So betreiben z.B. Umweltorganisationen Aufklärungs- und Pressearbeit und versuchen, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen; Unterschriftensammlungen zielen auf eine Mobilisierung der Bevölkerung; und mit Demonstrationen soll auf Probleme im Bereich des Umweltschutzes aufmerksam gemacht werden.

Als erstes zeigt sich in diesem Zusammenhang im Rahmen der Erhebung, daß das Interesse an Themen des Umweltschutzes nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung so weit reicht, daß sie Mitglied einer Gruppe oder einer Organisation werden, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt. Nach Tabelle 36 geben 5.6% der Befragten im Westen und 2.6% im Osten eine solche Mitgliedschaft an. Zusätzlich danach gefragt, ob sie irgendeine Funktion in der Gruppe/Organisation ausüben bzw. sich aktiv an irgendwelchen Tätigkeiten und Aktionen der Gruppe/Organisation beteiligen, stufen sich von den Mitgliedern im Westen 34% und im Osten 44% als "aktive Mitglieder" ein. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ergibt dies 1.9% aktive und 3.7% passive Mitglieder im Westen und 1.1% aktive und 1.5% passive Mitglieder im Osten. Die Mitgliedschaft in Umweltgruppen und -organisationen liegt also generell auf einem niedrigen Niveau, und sie ist im Osten nur etwa halb so häufig wie im Westen. Es deutet sich zwar an, daß die ostdeutschen Befragten, so sie denn Mitglied sind, sich etwas häufiger aktiv engagieren, aufgrund der geringen Fallzahlen sollte man diesen Befund aber nicht überinterpretieren.

Tabelle 36: Mitgliedschaft in Gruppen bzw. Organisationen, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzen (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Insgesamt	5.6	2.6
Geschlecht		
Männer	5.5	3.2
Frauen	5.6	2.2
Alter in Jahren		
18 - 30 Jahre	8.8	3.7
31 - 45 Jahre	6.1	3.2
46 - 60 Jahre	5.2	2.8
Älter als 60 Jahre	2.9	1.6
Schulbildung		
niedrig	3.0	1.0
mittel	6.1	3.0
hoch	12.3	5.2
Parteipräferenz		
CDU/CSU	2.9	0.8
SPD	4.3	2.8
Bündnis 90/Die Grünen	12.5	13.3
PDS	---	4.0

Frage: Sind Sie Mitglied einer Gruppe oder einer Organisation, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt?

Weder im Westen noch im Osten gibt es signifikante Unterschiede bei der Mitgliedschaft nach dem Geschlecht der Befragten. Das vollständig ausgeglichene Verhältnis im Westen erscheint insofern bemerkenswert, als es nicht der gängigen Männer-Frauen-Differenz entspricht, die man sonst bei Organisationsmitgliedschaften (etwa in Parteien oder bei Gewerkschaften) beobachtet. Wenig überraschend hingegen ist, daß es im Westen und Osten vor allem die jüngeren Befragten und die Personen mit höherer Schulbildung sind, die Umweltgruppen und -organisationen angehören. Wie schon des öfteren in den voranstehenden Analysen sind die alters- und bildungsspezifischen Unterschiede im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Ebenfalls kaum erstaunlich ist das Ergebnis, daß sich Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen sehr viel häufiger Umweltgruppen und -organisationen anschließen als Wähler/innen der anderen Parteien.

Die Mitgliedschaft in einer Gruppe oder Organisation, die sich für den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt, ist nur eine mögliche Form des Engagements für Belange des Umweltschutzes. Zusätzlich gibt es eine ganze Reihe von weiteren, mehr sporadischen Handlungsmöglichkeiten. Beispielhaft wurden für die Erhebung sechs solcher Handlungsmöglichkeiten ausgewählt, und es wurde danach gefragt, ob die Zielperson die jeweilige Aktivität im Verlauf der letzten fünf Jahre ausgeführt hat. Geordnet nach der Häufigkeit ihrer Nennung, sind die Aktivitäten in Tabelle 37 aufgelistet.

Tabelle 37: Beteiligung an sechs ausgewählten Aktivitäten (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Bei Unterschriftensammlung zu einem Umweltproblem unterschrieben	29	22
Bei Umweltgruppe Geld gespendet	20	8
Treffen/Veranstaltung einer Umweltgruppe besucht	11	7
An konkreter Aktion zum Schutz von Umwelt und Natur beteiligt	9	7
Sich bei einer öffentlicher Stelle über ein Umweltproblem beschwert	7	10
An Protestaktion/Demonstration zu einer Umweltfrage teilgenommen	7	5

Frage: Haben Sie in den letzten fünf Jahren: (A) bei einer Unterschriftensammlung zu einem Umweltproblem unterschrieben, (B) bei einer Umweltgruppe oder Umweltorganisation Geld gespendet, (C) ein Treffen oder eine Veranstaltung einer Umweltgruppe besucht, (D) an einer Protestaktion oder einer Demonstration zu einer Umweltfrage teilgenommen, (E) sich bei einer öffentlichen Stelle über ein Umweltproblem beschwert, (F) sich an einer konkreten Aktion zum Schutz von Umwelt und Natur beteiligt?

Eindeutig am häufigsten ist nach Tabelle 37 die Beteiligung an Unterschriftensammlungen. An zweiter Stelle im Westen, nicht aber im Osten, stehen Geldspenden an Umweltgruppen oder Umweltorganisationen. Ein Treffen oder eine Veranstaltung einer Umweltgruppe haben in den letzten fünf Jahren 11% im Westen und 7% im Osten besucht. Der - im Sinne einer Restkategorie - bewußt etwas diffus gehaltenen Vorgabe "Sich an einer konkreten Aktion zum Schutz von Umwelt und Natur beteiligt" ordnen sich 9% der Befragten im Westen und 7% der Befragten im Osten zu. Bei einer öffentlichen Stelle über ein Umweltproblem

beschwert haben sich 7% im Westen und 10% im Osten, und die Teilnahme an einer Protestaktion oder an einer Demonstration zu einer Umweltfrage ist schließlich die Aktivität mit der geringsten Häufigkeit.

Insgesamt vermittelt die Rangreihe in Tabelle 37 den Eindruck, daß die Teilnahmebereitschaft mit zunehmendem Aufwand, den die Aktivitäten erfordern, sinkt. Eine Unterschrift kann man/frau gleichsam im Vorbeigehen abliefern; Geld zu spenden ist schon etwas schmerzhafter; die Teilnahme an einer Umweltdemonstration ist hingegen in der Regel mit einem größeren Aufwand und mit mehr Imponderabilien verbunden. Mit der Ausnahme der Beschwerden bei öffentlichen Stellen erscheint zudem der relativ klare West-Ost-Unterschied bemerkenswert.

Zählt man für jede Person die Zahl der Aktivitäten, die genannt wurden, ergibt sich, daß 61% der Befragten im Westen und 69% im Osten sich in den zurückliegenden fünf Jahren an keiner der sechs Aktivitäten beteiligt haben. Mit zunehmender Zahl der Aktivitäten sinken im Westen und Osten die Beteiligungsquoten kontinuierlich ab, so daß man also auch nicht sagen kann, daß einer Gruppe von "Inaktiven" eine Gruppe von "Hyperaktiven" gegenübersteht. Die Übergänge sind eher fließend und dürften, wie schon gesagt, in erster Linie von Gesichtspunkten des "Aufwands" gesteuert werden. Ein hohes Engagement im Sinne von vier oder mehr Aktivitäten erreichen im Westen 6% und im Osten 4% der Befragten, und diese beiden Teilgruppen sind in hohem Maße deckungsgleich mit den Mitgliedern von Umweltgruppen.

Die geringere Mitgliedschaft in Umweltgruppen und die geringere Zahl von Aktivitäten, die wir für die Befragten in Ostdeutschland festgestellt haben, kann wohl auf mehrere Gründe zurückgeführt werden. Zunächst muß man wahrscheinlich konzedieren, daß es im Osten so etwas wie eine "generelle Organisationsmüdigkeit" gibt, unter der zahlreiche Vereine, Verbände und Organisationen zu leiden haben. Eine Rolle spielt sicherlich auch das geringere Angebot an Umweltgruppen und -initiativen, denen sich interessierte Personen überhaupt anschließen könnten. Eine weitere Möglichkeit der Erklärung bestünde darin, daß das Engagement für Belange des Umweltschutzes in der ostdeutschen Bevölkerung eine geringere Wertschätzung genießt, d.h. normativ schwächer verankert ist. Speziell auf diese Erklärungs-

möglichkeit zielte eine Frage in dem Erhebungsbogen, bei der die mutmaßlichen Reaktionen von Freunden und Bekannten im Falle eines Engagements für den Umweltschutz erkundet wurden. Tatsächlich deutet sich an, daß im Freundes- und Bekanntenkreis der Befragten im Westen das Engagement in einer Umwelt- oder Naturschutzgruppe positiver bewertet und anerkannt wird als im Freundes- und Bekanntenkreis der Befragten im Osten. 51% der Befragten im Westen - gegenüber 35% im Osten - glauben, daß es ihre Freunde und Bekannten "gut" oder "sehr gut" fänden, wenn sie in einer Umwelt- oder Naturschutzgruppe aktiv wären. Dabei ist es aber nicht so, daß ein solches Engagement im Osten kritischer und mit mehr Zurückhaltung beurteilt würde, der Hauptunterschied liegt vielmehr in der Indifferenz, d.h. die Befragten im Osten sind häufiger der Ansicht, daß es ihren Freunden und Bekannten "egal wäre". Eine solche Indifferenz wirkt allerdings sicher nicht stimulierend, und sie ist indirekt ein Hinweis darauf, daß aktives Engagement für Belange des Schutzes von Umwelt und Natur in der ostdeutschen Bevölkerung als normative Vorgabe schwächer verankert ist als in der westdeutschen Bevölkerung.

Welche Rolle das Thema Umweltschutz im Freundes- und Bekanntenkreis der Befragten spielt, wurde noch mit der zusätzlichen Frage danach, wie häufig die befragten Personen mit ihren Freunden und Bekannten über Probleme des Umweltschutzes diskutieren, zu erfassen versucht. Jeweils 20% der Befragten im Westen und Osten geben an, daß sie mit ihren Freunden und Bekannten "häufig" oder "sehr häufig" über Probleme des Umweltschutzes diskutieren; für 45% im Westen und 42% im Osten liefert die Umweltthematik nur "manchmal" Gesprächsstoff für private Diskussionen; und 35% bzw. 37% diskutieren in ihrem privaten und persönlichen Umfeld "selten" oder "nie" über Probleme des Umweltschutzes. Diese Prozentwerte können dazu beitragen, den hohen Stellenwert, den der Umweltschutz bei relativ pauschalen Wichtigkeitsurteilen normalerweise erhält, beträchtlich zu relativieren. Vertraut man darauf, daß das, was "den Leuten auf den Nägeln brennt"; in der Regel auch im Freundes- und Bekanntenkreis besprochen und diskutiert wird, muß festgestellt werden, daß der Prozentsatz derjenigen, für die Probleme im Bereich des Umweltschutes "kein Thema sind", den Prozentsatz derjenigen übertrifft, denen Umweltprobleme ein "ernsthaftes Anliegen sind".

10. UMWELTPOLITIK: AKTEURE, GESETZLICHE REGELUNGEN UND HANDLUNGSPERSPEKTIVEN

Aspekte der Umweltpolitik wurden bereits in den bisherigen Kapiteln wiederholt mehr oder weniger indirekt angesprochen, so etwa bei der Erfassung des Umweltbewußtseins (wo beispielhaft die Aussage verwendet wurde "Es ist noch immer so, daß die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun"), bei der Beurteilung von Vorschlägen zur Bekämpfung der Müllflut oder bei der Einschätzung von möglichen Maßnahmen im Bereich des Autoverkehrs. In diesem letzten Kapitel soll nun die Umweltpolitik aus der Sicht der Bevölkerung im Mittelpunkt der Analysen stehen.

10.1 Vertrauen in die Leistungsfähigkeit verschiedener Akteure

Mit Blick auf die Akteure spielt in der einschlägigen Diskussion sehr häufig das Konzept der "Problemlösungskompetenz" eine wichtige Rolle, d.h. das Urteil bzw. die Wahrnehmung der Bevölkerung, wer am ehesten in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu bewältigen. An dieses Konzept der Problemlösungskompetenz war in der Erhebung die Frage geknüpft, in welchem Ausmaß verschiedenen Einrichtungen und Organisationen zugetraut wird, Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten. Ihr Zutrauen zu jeder der vorgegebenen Einrichtungen/Organisationen konnten die Befragten auf einer Antwortskala von 0=kein Vertrauen bis 10=volles Vertrauen abstufen. Die Mittelwerte der Urteile für die insgesamt zehn vorgelegten Einrichtungen/Organisationen sind in Tabelle 38 aufgelistet.

Überblickt man Tabelle 38 zunächst unter dem Gesichtspunkt von West-Ost-Unterschieden, läßt sich feststellen, daß die Urteile in den beiden Landesteilen sehr ähnlich sind. Dabei gibt es nur eine markante Ausnahme, nämlich die sehr viel günstigere Einschätzung der PDS seitens der ostdeutschen Befragten. Bei fünf der zehn Vorgaben handelt es sich um politische Parteien, und hier folgen die Urteile dem Muster: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/-CSU, F.D.P., PDS im Westen und Bündnis 90/Die Grünen, PDS, SPD, CDU/CSU, F.D.P. im Osten. Bündnis 90/Die Grünen hebt sich in der zugeschriebenen Problemlösungskompetenz klar von den anderen Parteien ab, was angesichts der spezifischen Ausrichtung dieser

Partei nicht weiter überraschen mag, aber trotzdem beachtlich erscheint, weil der Weg von der bloßen Proklamation hin zum Vertrauen der Bürger bekanntlich nicht automatisch verläuft.

Tabelle 38: Vertrauen in die "Problemlösungskompetenz" verschiedener Einrichtungen/Organisationen für Probleme im Bereich des Umweltschutzes (Mittelwerte auf einer Skala von 0=kein Vertrauen bis 10=volles Vertrauen)

BEFRAGTE	WEST	OST
Umweltbürgerinitiativen	6.5	6.4
Umweltschutzorganisationen/-verbände	6.5	6.3
Umweltschutzbehörden	5.4	5.6
Gewerkschaften	3.8	3.9
Industrie	2.9	2.5
Bündnis 90/Die Grünen	5.4	5.4
SPD	4.0	3.8
CDU/CSU	3.6	3.3
F.D.P.	2.9	2.9
PDS	2.1	3.9

Frage: Wem trauen Sie es am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten? Im folgenden nenne ich Ihnen dazu verschiedene Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir, wieviel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes Sie in jede Einrichtung haben.

Die höchste Kompetenz wird aber nicht den Parteien (und speziell Bündnis 90/Die Grünen) zugeschrieben, sondern den Umweltbürgerinitiativen und den Umweltschutzorganisationen und -verbänden. Auch die Umweltschutzbehörden, also staatliche Stellen im Bereich des Umweltschutzes, erreichen durchaus beachtliche Mittelwerte, die vom Niveau her den Werten von Bündnis 90/Die Grünen entsprechen. Die Positionierung der Gewerkschaften entspricht in etwa der der SPD, und der Industrie trauen schließlich nur sehr wenige Bürger/innen zu, sinnvolle Lösungskonzepte im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten.

In Tabelle 39 wird dargestellt, wie es sich mit der Einschätzung der Problemlösungskompetenz der Parteien in Abhängigkeit von der Parteipräferenz der Befragten verhält. Hier würde man erwarten, daß die Befragten "ihrer eigenen Partei" auch jeweils die höchste Problemlösungskompetenz einräumen. Aber lediglich für die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen findet diese Erwartung im Westen und Osten eine klare Bestätigung, d.h. die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen gestehen ihrer Partei die höchste Problemlösungskompetenz zu. Eine "knappe Bestätigung" ergibt sich auch für die Wähler/innen von CDU/CSU

Tabelle 39: Vertrauen in die "Problemlösungskompetenz" der Parteien für die Pro-bleme im Bereich des Umweltschutzes in Abhängigkeit von der Parteipräferenz der Befragten (Mittelwerte auf einer Skala von 0=kein Vertrauen bis 10=volles Vertrauen)

	PARTEIPRÄFERENZ DER BEFRAGTEN			
	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	PDS
BEFRAGTE WEST				
Einschätzung CDU/CSU	5.3	3.1	2.7	---
Einschätzung SPD	4.2	4.9	3.6	---
Einschätzung Bündnis 90/ Die Grünen	5.2	5.6	6.7	---
Einschätzung PDS	2.1	2.3	2.3	---
BEFRAGTE OST				
Einschätzung CDU/CSU	4.7	3.3	2.9	2.6
Einschätzung SPD	4.2	4.6	3.7	3.6
Einschätzung Bündnis 90/ Die Grünen	5.6	6.1	6.8	5.2
Einschätzung PDS	3.7	4.3	4.0	5.1

im Westen. Die ostdeutschen Wähler/innen der CDU plazieren jedoch Bündnis 90/Die Grünen eindeutig vor ihrer eigenen Partei. Die Wähler/innen der SPD räumen im Westen und Osten den Grünen eine höhere Kompetenz ein als ihrer eigenen Partei, und auch die ostdeutschen PDS-Wähler/innen tendieren etwas stärker zu Bündnis 90/Die Grünen. Mithin besteht für die beiden großen Parteien offenbar ein Bedarf, ihre eigenen Wähler/innen davon zu überzeugen, daß sie im Bereich der Umweltpolitik die "besseren Konzepte" anzubieten vermögen.

10.2 Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium

Ein wichtiger Akteur im Bereich der staatlichen Umweltpolitik ist zweifellos das Bundesumweltministerium. Aus den früheren IPOS-Erhebungen wurde die Frage übernommen, wie zufrieden die Zielpersonen mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums sind. Den Befragten wurde hierzu eine sog. Thermometer-Skala vorgelegt, die Einstufungen im Bereich

von +5=sehr zufrieden bis -5=ganz unzufrieden ermöglicht. Die Durchschnittswerte der Einstufung des Bundesumweltministeriums für den Zeitraum 1991 bis 1996 sind in Tabelle 40 notiert.

Tabelle 40: Zufriedenheit mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums 1991 bis 1996 (Mittelwerte auf einer Skala von -5 bis +5)

Jahr	91	92	93	94	96
Befragte West	-0.2	-0.3	-0.8	-0.6	-0.4
Befragte Ost	+0.3	-0.3	-0.3	-0.5	-0.4

Frage: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums in Bonn? Wir haben hier eine sogenannte Thermometer-Skala von plus 5 bis minus 5 abgebildet. Plus 5 bedeutet "sehr zufrieden"; minus 5 bedeutet "ganz unzufrieden"; der Wert 0 liegt in der Mitte. Welchen Zufriedenheitswert würden Sie dem Bonner Bundesumweltministerium geben?

Mit einer Ausnahme (Ostdeutschland 1991) liegen die Durchschnittswerte im gesamten Zeitraum im Minusbereich der Skala. Gliedert man die Zufriedenheitsurteile in der aktuellen Befragung 1996 nach dem Geschlecht, dem Alter, der Schulbildung und der Parteipräferenz der Befragten auf, ergibt sich folgendes: Während im Westen die Männer weniger zufrieden sind als die Frauen, bestehen im Osten praktisch keine Unterschiede nach dem Geschlecht der Befragten. Die jüngeren Befragten und die Befragten mit höherer Schulbildung sind mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums häufiger unzufrieden als die älteren Befragten und die Befragten mit geringerer Schulbildung, wobei die Unterschiede im Westen jeweils stärker ausgeprägt sind als im Osten. Die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen vergeben schlechtere Noten, aber auch bei den Wähler/innen von CDU/CSU erreicht das Bundesumweltministerium nur leicht positive Durchschnittswerte der Zufriedenheit (+0.4 im Westen und +0.3 im Osten).

10.3 Umweltschutzgesetze und ihre Einhaltung

Ebenfalls in Anknüpfung an die früheren Erhebungen wurden die zwei Fragen gestellt: erstens, ob die Befragten glauben, daß in Deutschland die bestehenden Gesetze zum Schutz

der Umwelt im großen und ganzen ausreichen, und zweitens, ob die Befragten der Ansicht sind, daß die Einhaltung der Gesetze streng genug überwacht wird. Die Antwortverteilungen auf diese beiden Fragen finden sich in Tabelle 41.

Tabelle 41: Umweltschutzgesetze und ihre Einhaltung (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Umweltschutzgesetze sind		
ausreichend	31	32
nicht ausreichend	54	51
weiß nicht	15	17
Einhaltung der Gesetze wird		
genug überwacht	16	11
nicht genug überwacht	70	73
weiß nicht	14	16

Fragen: (1) Glauben Sie, daß in Deutschland die bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt im großen und ganzen ausreichen, oder glauben Sie das nicht? (2) Und wird die Einhaltung der Gesetze Ihrer Meinung nach streng genug überwacht, oder wird sie nicht genug überwacht?

Aus der Tabelle läßt sich entnehmen, daß nur knapp ein Drittel der Befragten in West- und Ostdeutschland die bestehenden Gesetze im Bereich des Umweltschutzes für ausreichend hält. Schließt man diejenigen, die kein Urteil abgeben (Antwort "weiß nicht"), aus der Prozentuierung aus, steigt die Mehrheit derer, die die Gesetze nicht für ausreichend halten, auf über 60%. Noch skeptischer ist die Bevölkerung hinsichtlich der Einhaltung der bestehenden Gesetze. Nur 16% der Befragten in Westdeutschland und 11% in Ostdeutschland sind der Meinung, daß die Gesetze streng genug überwacht werden. Während bei der Einschätzung des Ausmaßes der gesetzlichen Regulierung keine West-Ost-Unterschiede bestehen, ist die ostdeutsche Bevölkerung bei der Einschätzung der Überwachung der Gesetze kritischer. Mehr noch als auf neue und zusätzliche gesetzliche Regelungen drängt mithin die Bevölkerung auf eine stärkere Kontrolle bei der Einhaltung bereits vorhandener Gesetze.

Im Zeittrend von 1991 bis 1996 haben sich die Einschätzungen, ob die Gesetze im Bereich des Umweltschutzes ausreichend sind und ob die Gesetze hinreichend überwacht werden,

sowohl im Westen als auch im Osten leicht verbessert. Dies geht aus Tabelle 42 hervor. Die Anteile derer, die die bestehenden Umweltschutzgesetze für ausreichend halten, sind von 1991 bis 1996 im Westen von 26% auf 31% und im Osten von 26% auf 32% gestiegen. Bei der genügenden Überwachung der Gesetze ist im Westen ein Anstieg von 10% auf 16% und im Osten ein Anstieg von 8% auf 11% zu verzeichnen.

Tabelle 42: Ausreichende Umweltschutzgesetze und genügende Gesetzesüberwachung 1991 bis 1996 (Angaben in Prozent)

Jahr	91	92	93	94	96
Umweltschutzgesetze sind ausreichend					
Befragte West	26	26	28	32	31
Befragte Ost	26	27	35	29	32
Gesetze werden genug überwacht					
Befragte West	10	13	11	14	16
Befragte Ost	8	8	11	11	11

Insgesamt freilich bewegen sich die zeitlichen Veränderungen auf einem sehr schmalen Pfad (d.h. im Bereich von möglichen Zufallsschwankungen der jeweiligen Stichproben), so daß bei der Interpretation des Zeittrends in Tabelle 42 eine gewisse Vorsicht angebracht erscheint. Dominierend ist und bleibt der Gesamtbefund, daß eine klare Mehrheit der Bevölkerung die bestehenden Umweltschutzgesetze nicht für ausreichend hält und eine stärkere Überwachung der Einhaltung von Gesetzen wünscht.

Bei den zwei voranstehenden Fragen ging es allgemein um "die Gesetze zum Schutz der Umwelt", ohne daß ein Bereich spezifiziert wurde, auf den sich diese Gesetze beziehen. Um auch einen Einblick in die Urteile der Bevölkerung zumindest für einen speziellen Bereich zu gewinnen, wurde beispielhaft die Gentechnik herausgegriffen. In einer Einstiegsfrage dazu wurde erhoben, inwieweit die technologische Entwicklung im Bereich der Gentechnik überhaupt für gefährlich gehalten wird. Sodann wurde gefragt, ob der Staat in diesem Bereich genug tut, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Ergebnisse zu diesen beiden Fragen liefert Tabelle 43.

Tabelle 43: Einschätzungen der Entwicklung im Bereich der Gentechnik (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Entwicklung im Bereich der Gentechnik		
ist eher gefährlich	68	61
ist eher ungefährlich	11	14
weiß nicht	21	25
Für Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung wird vom Staat im Bereich der Gentechnik		
genug getan	11	9
teils/teils	20	19
nicht genug getan	48	45
weiß nicht	21	27

Fragen: (1) Ein umstrittener Bereich in der neueren Umweltdiskussion ist die Gentechnik. Für wie gefährlich halten Sie die technologische Entwicklung in diesem Bereich: eher für gefährlich oder eher für ungefährlich? (2) Glauben Sie, daß der Staat im Bereich der Gentechnik genug tut, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten?

Mit 68% stufen die Befragten im Westen die Entwicklung im Bereich der Gentechnik häufiger als "eher gefährlich" ein als mit 61% die Befragten im Osten. Daß der Staat im Bereich der Gentechnik genug tut, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten, wird nur von 11% im Westen und 9% im Osten eingeräumt. Mithin bestätigt sich für den speziellen Bereich der Gentechnik, daß die Bürger/innen auf Seiten des Staates einen hohen und nicht hinreichend ausgeschöpften Handlungsbedarf sehen.

10.4 Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben

Eine Einlösung dieses Handlungsbedarfs ist bekanntlich in vielen Fällen (aber nicht immer) mit finanziellen Aufwendungen verknüpft, und so ist es konsequent und folgerichtig, daß die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung - die sog. "willingness to pay" - in der Diskussion um umweltpolitische Maßnahmen regelmäßig eine wichtige Rolle spielt. Nach der Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz wurde in der Erhebung direkt gefragt, und die Ergebnisse der Auszählung dieser Frage präsentiert die nachstehende Tabelle 44. Mit der einschränkenden Vorgabe, daß die höheren Steuern und Abgaben direkt dem Umweltschutz zugute kommen, bekunden 21% der Befragten im

Westen und 13% im Osten, daß sie zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz bereit wären; rund 30% weichen auf die - eher Vorbehalte signalisierende - Mittelkategorie einer teilweisen Bereitschaft aus; 48% im Westen und 57% im Osten erklären sich dazu nicht bereit.

Tabelle 44: Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
bereit	21	13
teils/teils bereit	31	30
nicht bereit	48	57

Frage: Eine Verbesserung des Umweltschutzes ist in der Regel nicht kostenlos zu haben. Wären Sie bereit, höhere Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt wäre, daß diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?

Damit liegt die Zahlungsbereitschaft im Osten signifikant niedriger als im Westen, was einem Antwortmuster entspricht, dem wir schon bei der Bereitschaft zur Zahlung höherer Preise für Öko-Produkte (in Abschnitt 5.1), bei der Bereitschaft zur Zahlung höherer Müllgebühren (in Abschnitt 6.1) und bei Maßnahmen zur Verteuerung des Autos (in Abschnitt 8.3) begegnet sind. Hält man sich vor Augen, daß es sich um eine Zahlungsbereitschaft handelt, die in einer relativ unverbindlichen Befragungssituation zum Thema "Umwelt" bekundet wurde, bleibt zu konstatieren, daß die "willingness to pay" trotz hohen Umweltbewußtseins doch begrenzt ist.

Tabelle 45 gliedert den Anteil derer, die sich zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben bereit erklären, nach dem Geschlecht, dem Alter, der Schulbildung und der Parteipräferenz der Befragten auf. Dabei zeigen sich im Westen keine und im Osten nur geringe Unterschiede in Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten. Sowohl im Westen als auch im Osten ist die Zahlungsbereitschaft in der Altersgruppe über 60 Jahre am geringsten. Mit zunehmender Schulbildung der Befragten steigt die Zahlungsbereitschaft kräftig an, was auf die im Hintergrund stehende größere Zahlungsfähigkeit (und eventuell auch auf eine stärkere "Einsicht in die Notwendigkeit") verweist. Bei der Parteipräferenz heben sich die Wähler/-innen von Bündnis 90/Die Grünen klar von den Wähler/innen der anderen Parteien ab.

Tabelle 45: Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz in Abhängigkeit von demographischen Merkmalen und der Parteipräferenz (Anteile derer, die zur Zahlung höherer Steuern/Abgaben bereit wären)

BEFRAGTE	WEST	OST
Insgesamt	21	13
Geschlecht		
Männer	20	15
Frauen	21	11
Alter in Jahren		
18 - 30 Jahre	23	18
31 - 45 Jahre	25	14
46 - 60 Jahre	21	15
Älter als 60 Jahre	15	10
Schulbildung		
niedrig	15	9
mittel	22	14
hoch	36	22
Parteipräferenz		
CDU/CSU	17	13
SPD	22	11
Bündnis 90/Die Grünen	40	34
PDS	--	18

Um auch einen Einblick in die konkrete Höhe der Zahlungsbereitschaft zu erhalten, wurde in einer Anschlußfrage speziell das Beispiel der Benzinpreise angesprochen. Dabei wurde nach dem Preis gefragt, den die Befragten für einen Liter Benzin maximal zu zahlen bereit wären. Mehr als 40% der Befragten zogen es vor, der Frage auszuweichen, indem sie mit "weiß nicht" bzw. "keine Angabe" reagierten (im Westen: 40% weiß nicht und 2% keine Angabe; im Osten 39% weiß nicht und 1% keine Angabe), und man kann wohl annehmen, daß in dieser Gruppe keine besondere Bereitschaft zur Zahlung höherer Benzinpreise besteht. 25% im Westen und 20% im Osten nennen einen Preis, der bei 2 DM und höher liegt. Beschränkt man sich auf diejenigen, die einen maximal akzeptablen Preis genannt haben, erreicht der Durchschnittswert des maximal akzeptierten Benzinpreises bei den Westbefragen 1.88 DM und bei den Ostbefragten 1.83 DM. Auch am Beispiel der Benzinpreise erweist sich also, daß die Zahlungsbereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung niedriger liegt als die der westdeutschen Bevölkerung; dies ist angesichts der knapperen Haushaltsbudgets im Osten

verständlich. Immerhin: Im Vergleich zur Zahlungsbereitschaft, wie sie allgemein bei höheren Steuern und Abgaben für den Umweltschutz bekundet wird, läßt sich dann, wenn es konkret wird, wie bei dem hier gewählten Beispiel der Benzinpreise, keine zusätzliche Verstärkung der Vorbehalte beobachten. Dies ändert aber nichts an dem Gesamtergebnis, daß sich das Potential der mit Blick auf höhere Steuern und Abgaben "Zahlungswilligen" bei optimistischer Schätzung im Westen höchstens auf 20-25% und im Osten höchstens auf 15-20% beläuft.

10.5 Ökologische Steuerreform und nachhaltige Entwicklung

Was mögliche Handlungsperspektiven im Bereich des Umweltschutzes und der Umweltpolitik betrifft, können zum einen die Vorschläge für eine ökologische Steuerreform und zum anderen die Bemühungen um eine Etablierung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung ("sustainable development") als zwei Kristallisationspunkte der aktuellen Diskussion angesehen werden. Anders als viele andere Umfragen, die das Urteil der Bevölkerung über "die Öko-Steuer" oder "eine ökologische Steuerreform" direkt zu erfassen versuchen, waren wir in unserer Erhebung vorsichtiger und haben zunächst einmal danach gefragt, ob die Befragten von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform bzw. um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung überhaupt schon etwas gehört haben. Die Ergebnisse zu den Fragen, die sich auf die ökologische Steuerreform beziehen, sind in der nachstehenden Tabelle 46 festgehalten.

30% der Befragten im Westen und 24% im Osten geben die Antwort, von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört zu haben. Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses erscheinen Befragungsstudien, die berichten, daß x-Prozent der Bevölkerung die Öko-Steuer befürworten und y-Prozent ablehnen, in hohem Maße fragwürdig. Jeder ernsthafte Versuch, die Meinung der Bevölkerung zur Öko-Steuer zu ergründen, muß zunächst einmal von dem Faktum ausgehen, daß bislang mehr als zwei Drittel der Bundesbürger/innen von der Diskussion über die entsprechende Problematik schlichtweg noch nichts oder nur sehr wenig mitbekommen haben.

Tabelle 46: Wissen um und Einstellungen zu einer ökologischen Steuerreform (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
Von Diskussion um ökologische Steuerreform		
schon gehört	30	24
noch nichts davon gehört	70	76
Einstellungen zur ökologischen Steuerreform bei allen Befragten		
rasche Reform wird befürwortet	8	5
schrittweise Reform wird befürwortet	17	13
man sollte auf eine Reform verzichten	5	6
von Reform noch nichts gehört	70	76
Einstellungen zur ökologischen Steuerreform bei den Befragten, die schon davon gehört haben		
rasche Reform wird befürwortet	26	20
schrittweise Reform wird befürwortet	58	57
man sollte auf eine Reform verzichten	16	23

Fragen: (1) In jüngster Zeit wird eine sogenannte ökologische Steuerreform diskutiert. Haben Sie von dieser Diskussion schon gehört? (2) Unter der Annahme, daß sich die gesamte Steuerbelastung für die Bevölkerung und die Unternehmen nicht verändert, was würde am ehesten Ihre Zustimmung finden: eine rasche ökologische Steuerreform, eine schrittweise ökologische Steuerreform, oder ein Verzicht auf eine solche Reform?

Bei Betrachtung aller Befragten sind es in Westdeutschland 8% und in Ostdeutschland 5%, die sich (gemäß der im Fragetext explizit formulierten Annahme einer unveränderten Gesamtsteuerbelastung für die Bevölkerung und die Unternehmen) für eine "rasche ökologische Steuerreform" aussprechen; 17% im Westen und 13% im Osten befürworten eine "schrittweise ökologische Steuerreform"; und 5% im Westen bzw. 6% im Osten sind gegen eine solche Reform. Auch in der Teilgruppe derer, die schon von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform gehört haben, überwiegt das Plädoyer für eine schrittweise Reform; mit 26% versus 16% übertreffen im Westen die Befürworter einer raschen Reform die Reformgegner; im Osten wird mit 23% die Verzichtsoption etwas häufiger gewählt als die rasche Variante, für die sich 20% aussprechen. Sowohl das Wissen um die Öko-Steuer, als auch deren Befürwortung ist in den neuen Bundesländern somit niedriger als in den alten Bundesländern.

Noch weniger allgemeine Verbreitung in der Bevölkerung hat bislang die Nachhaltigkeits-Debatte erreicht. Auf die Frage, ob sie schon einmal etwas von dem in der ökologischen Diskussion heute vielthematisierten umweltpolitischen Leitbildbegriff der "nachhaltigen Entwicklung" gehört haben, antworten die Befragten nach dem Muster von Tabelle 47.

Tabelle 47: Wissen um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	WEST	OST
ja, davon gehört	11	7
nein, noch nichts gehört	75	78
weiß nicht	14	15

Frage: Als Leitbild für den Umweltschutz taucht gelegentlich der Begriff der nachhaltigen Entwicklung auf. In der englischen Sprache wird der Begriff "sustainable development" verwendet. Haben Sie von dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung schon gehört, oder haben Sie davon noch nichts gehört?

Lediglich 11% im Westen und 7% im Osten geben die Auskunft, daß ihnen der Begriff der nachhaltigen Entwicklung schon einmal begegnet ist; die verbleibenden 89% bzw. 93% reagieren mit "nein" oder "weiß nicht". Will man tatsächlich - in welcher Form und Spezifikation auch immer - das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als politisches Leitbild etablieren, bedarf es mithin wohl noch beträchtlicher Bemühungen und Anstrengungen.

Die beiden Befunde zur ökologischen Steuerreform und zur nachhaltigen Entwicklung machen deutlich, daß - trotz einer hohen ökologischen "Grundsensibilisierung" - die ökologische Insider-Diskussion am Großteil der Bevölkerung weitgehend vorbeiläuft. Nimmt man den Gesamteindruck aus mehreren Einzelbefunden der voranstehenden Ausführungen hinzu, daß die Thematik des Umweltschutzes als gesellschaftspolitisches Problemfeld aktuell nicht gerade im Vordergrund des Interesses der Bevölkerung steht, bewegt sich die notwendige Informations- und Aufklärungsarbeit zweifellos auf einem schwierigen Terrain.